

70 JAHRE
SPD-FRAKTION
IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG



INHALTSVERZEICHNIS

Grußwort der Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder	2
Grußwort des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil	3
Der erste frei gewählte Landtag und das erste Kabinett Kopf	5
Die parlamentarische Demokratie – Notizen aus ihrem Alltag	12
Ein leidenschaftlicher Dickschädel: Robert Hoffmeister	18
Ein Streiter für die kleinen Leute – aus Göttingerode: Wilhelm Baumgarten	23
Gradlinigkeit und Unabhängigkeit: Helmut Kasimier	28
»Widersprich mir, dafür wirst du bezahlt«	32
Verbindlichkeit und Toleranz: Bernhard Kreibohm	35
»...wir bringen noch was auf die Reihe«: Karl Ravens	38
Ein starkes Team: Johann »Joke« Bruns und Gerhard Schröder	43
Ein Blick in die 90er Jahre: Wolf Weber	50
Die 13. Wahlperiode – Teil II: Heinrich Aller	55
2003 bis 2005: Tritt fassen in der Opposition. Sigmar Gabriel	61
»Wichtig ist, dass man den Menschen zuhört«	66
Die SPD-Landtagsfraktion 1999–2003. Axel Plaue	71
Die SPD-Landtagsfraktion 2005–2010. Wolfgang Jüttner	75
Die SPD-Landtagsfraktion 2010–2013. Stefan Schostok	80
Regierungspolitik gestalten: Johanne Modder	84
Impressum	88



Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

das Land Niedersachsen ist nach dem zweiten Weltkrieg aus den zuvor selbstständigen Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe gegründet worden. Die Gründung vor 70 Jahren nahm die Britische Militärregierung durch eine Verordnung mit der Nr. 55 vor. Geschaffen werden sollte aber ein Land mit starker Verfassung und demokratischen Strukturen. Aus den Trümmern der Willkürherrschaft sollte eine parlamentarische Demokratie erwachsen, in der das Parlament nicht nur rechtssetzende Funktionen besitzt, sondern das Handeln der gewählten Regierung zu jeder Zeit kontrolliert darf. Nachdem der erste niedersächsische Landtag eingesetzt war, fanden am 20. April 1947 die ersten freien Wahlen zum Landtag des neuen Landes Niedersachsen statt.

Dem ersten Landtag gehörten 149 Abgeordnete an. 65 von ihnen waren Abgeordnete der SPD. Davon waren über die erste Wahlperiode hinweg nur sechs weiblich. Die SPD war jedoch mit dieser starken Fraktion wesentlicher Bestandteil des demokratischen Neubeginns. Ihre Mitglieder kamen aus allen Teilen des neuen Landes und nicht zuletzt aus allen sozialen Schichten. Die Fraktion als parlamentarische Repräsentantin der Volkspartei SPD hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Landesteile zusammenwachsen konnten und eine Niedersachsen-Identität entstehen konnte, die unser Bundesland heute prägt.

Nicht nur die sprichwörtliche niedersächsische Bodenständigkeit, sondern auch Pragmatismus und Konsenssuche waren Kern sozialdemokratischer Politik, die dazu beigetragen hat, dass aus einem großen agrarisch strukturierten Flächenland ein modernes Industrieland wurde, indem es sozial gerecht zugeht.

In der vorliegenden Festschrift haben unsere Redakteure die Lebensläufe der führenden Köpfe der vergangenen sieben Jahrzehnte versammelt, der Fraktionsvorsitzenden. Sie haben viele Interviews geführt, Archivalien gesichtet und alte Aufnahmen zusammengetragen. Ich danke allen, die an diesem kleinen Werk mitgewirkt haben und freue mich besonders darüber, dass ich es Ihnen heute vorlegen kann.
Herzlichst Ihre
Johanne Modder



Stephan Weil
Niedersächsischer
Ministerpräsident

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

es ist gerade einmal sechs Monate her, dass wir den 70. Geburtstag unseres Landes Niedersachsen gefeiert haben. Ich wurde oft gefragt, wie sich unser Land seit dem 1. November 1946 entwickelt habe und wie es sich heute darstellt. Abwechslungsreich, stark, aufstrebend und jung, habe ich geantwortet. Die SPD-Landtagsfraktion ist ein Abbild Niedersachsens. Ihre Mitglieder sind so vielfältig wie die Region zwischen Ems und Elbe, Küste und Harz, Heide und Weserbergland. Heute kann Niedersachsen auf sieben sehr ereignisreiche Lebensjahrzehnte zurückblicken und mit großer Zuversicht in die Zukunft schauen.

Aus der Wahl zum ersten Niedersächsischen Landtag ging die SPD mit mehr als 43 Prozent der Stimmen als mit Abstand

größte Fraktion hervor. Wie schon im Ernannten Landtag von Dezember 1946 bis März 1947 führte Robert Hoffmeister aus Nienburg sie an. In diesen Jahren war es vor allem Aufgabe der SPD, das neue Land Niedersachsen zu gestalten, die Menschen aus den unterschiedlichen Regionen zusammenzuführen und aus den vier Ursprungsländern ein Niedersachsen zu formen. Hoffmeisters Leistung ist dabei nicht groß genug einzuschätzen. Bis zu seinem Tod 1966 führt er die Fraktion, begleitete die Regierungszeit Hinrich Wilhelm Kopfs (1946–1955 und 1959–1961), bereitete in den Jahren der Opposition 1955 und 1956 die Rückkehr in Regierungsverantwortung 1957 mit vor und gestaltete den Übergang zu dem aus Northeim stammenden dritten Ministerpräsidenten Niedersachsens, Georg Diederichs, mit.

Unter Hoffmeister und seinen Nachfolgern verstand sich die SPD-Landtagsfraktion stets als konstruktive politische Kraft, egal ob in Regierungs- oder Oppositionszeiten. Im Mittelpunkt stand immer das Wohl des Landes. Dafür traten alle Vorsitzenden von Hoffmeister bis Hanne Modder ein. Persönlichkeiten wie Helmut Kasimier, Karl Ravens, Gerd Schröder, Joke Bruns, Heiner Aller und Wolfgang Jüttner – um nur ein paar zu nennen – schrieben Landesgeschichte. Die Fraktion war für zahlreiche Politiker eine wichtige Station auf dem Weg in wichtige Regierungsämter auf Bundesebene. Egon Franke (1946–1951), Karl-Heinz Funke (1978–1998), Sigmar Gabriel (1990–2005), Thomas Oppermann (1990–2005) und

**Konstituierende Sitzung des Landtags
am 8. Juli 1970, v.l.n.r. Alfred Kubel,
Helmut Greulich, Dr. Peter von Oertzen,
Klaus-Peter Bruns.**



natürlich Gerhard Schröder (1986–1998) erlernten das parlamentarische Handwerk im Niedersächsischen Landtag.

Die Fraktion hat immer wieder herausragende Persönlichkeiten hervorgebracht – und nichts deutet darauf hin, dass es nicht auch in Zukunft so sein sollte. Woran liegt das? Ich vermute, es ist wie mit Niedersachsen selbst: Durch die besondere Vielseitigkeit des Landes sind die Abgeordneten des Landtages ebenso besonders gefordert. Viele unterschiedliche Herausforderungen und Aufgaben wollen bewältigt und erfüllt sein. Diese Qualitäten bringen wir Niedersachsen auf, das

haben wir in mehr als 70 Jahren Landesgeschichte gelernt. Und so arbeitet auch die SPD-Landtagfraktion. Deshalb gilt auch für die aktuelle Fraktion unter Hanne Modder das, was für das Land gilt: sie ist abwechslungsreich, stark, aufstrebend und jung. Und ich bin froh und auch ein wenig stolz darauf, dieser Fraktion angehören zu dürfen.

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident und
Abgeordneter des Wahlkreises 25

Die Parteien scheuten keinen Aufwand für gutes Werbematerial. Die Göttinger SPD warb mit einer achtseitigen Broschüre für ihren Kandidaten, den ehemaligen preußischen Kultusminister Adolf Grimme, der bei der Wahl gegen den Göttinger Oberbürgermeister Hermann Föge (FDP) unterlag.

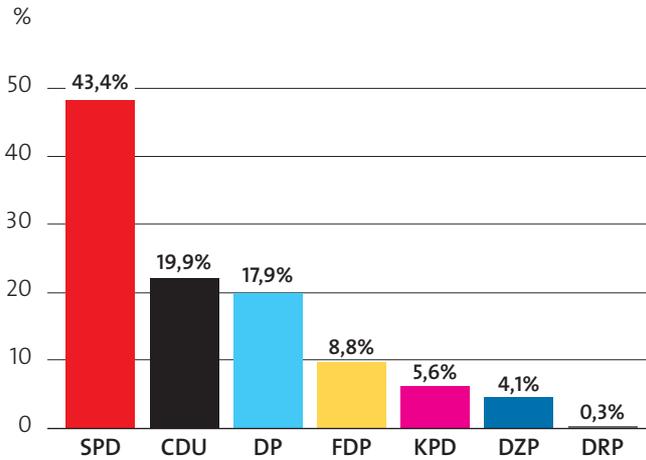
DER ERSTE FREI GEWÄHLTE NIEDERSÄCHSISCHE LANDTAG UND DAS ERSTE KABINETT KOPF

Den 20. April 1947 hatten die britischen Besatzungsbehörden für die Wahl des ersten frei gewählten Niedersächsischen Landtags festgesetzt. Das Datum hatte hohen Symbolcharakter, war doch zwei Jahre zuvor dieser Tag noch als »Geburtstag des Führers« Adolf Hitler gefeiert worden. Dieser erste demokratische Wahlakt für ein landesweites Parlament in dem neugeschaffenen Kunststaat aus den alten Ländern Hannover, Braunschweig und Schaumburg-Lippe konterkarierte gewissermaßen alles, was man bis dato mit diesem Tag verbunden hatte.

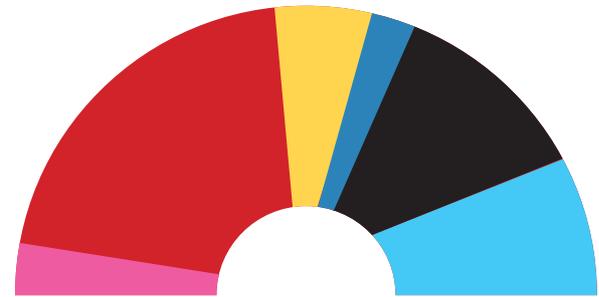


Dem frei gewählten Landtag war ein ernannter Landtag vorausgegangen, der aufgrund der Kreistagswahlergebnisse vom Herbst 1946 zusammengesetzt gewesen war. Die SPD war bereits in diesem provisorischen Gremium die mit Abstand stärkste Kraft gewesen und hielt 38 der insgesamt 86 Sitze. Zweitstärkste Kraft war damals die neue bürgerliche Sammelpartei CDU mit 20 Sitzen, dicht gefolgt von der weltentreuen konservativen Niedersächsischen Landespartei (NLP) mit 17 Sitzen. Die restlichen Sitze entfielen auf die liberale FDP mit sechs, die kommunistische KPD mit vier und die katholische Zentrumsparterie mit einem einzigen Sitz.

ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHL 1947 IN PROZENT



SITZVERTEILUNG IM LANDTAG 1947



VON 149 SITZEN ENTFALLEN AUF:

- KPD: 8 Sitze
- SPD: 65 Sitze
- FDP: 13 Sitze
- DZP: 6 Sitze
- CDU: 30 Sitze
- DP: 27 Sitze

Die Sozialdemokraten hatten bereits in den ernannten Landtag zahlreiche Persönlichkeiten entsendet, die auch in der ersten freien Abstimmung bestätigt wurden. Der langjährige Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, der ehemalige preußische und künftige niedersächsische Kultusminister Adolf Grimme, die spätere Braunschweiger Oberbürgermeisterin Martha Fuchs und auch Kopfs zwei Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten Georg Diederichs und Alfred Kubel gehörten der ersten ordentlichen SPD-Landtagsfraktion an. Dies waren die Frauen und Männer, die die Wiederaufbaujahre nach dem Zweiten Weltkrieg – sowohl die wirtschaftliche und soziale Konsolidierung des Landes als auch seine demokratische Ausgestaltung entscheidend prägten. Die meisten von ihnen hatten sich bereits in der Weimarer Republik politisch für die Sozialdemokratie engagiert, einige waren auch im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv gewesen. Auch Karl Olfers, der langjährige Landtagspräsident und Oberbürgermeister der Stadt Cuxhaven und Werner Hoffmeister, der bis zu seinem Tod 1966 die Fraktion führte, waren altgediente Sozialdemokraten.

Der alte ernannte Landtag, der nur wenige Monate im Amt gewesen war, hatte die Aufgabe, grundlegende Gesetze für das neue Land Niedersachsen zu verabschieden, so auch ein Wahlgesetz für den Landtag. Demnach sollten künftig mindestens 149 Sitze, höchstens 158 vergeben

werden. Die Mehrheit der Mandate wurde in 95 Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt, die übrigen mindestens 54 Mandate waren Ausgleichssitze, die nach dem Verhältniswahlrecht den politischen Parteien zugeteilt wurden. Dieses Wahlrecht gilt in seinen wesentlichen Grundzügen bis zum heutigen Tag. Personen, die im NS-Regime hohe Ämter innegehabt hatten, waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Auch mussten sich alle Kandidaten einer Überprüfung durch die Militärbehörden unterziehen.

Im Wahlkampf waren sich alle politischen Parteien einig darin, dass man gemeinsam und zielgerichtet den Mangel an Wohnraum und die Versorgungssituation für die gesamte Bevölkerung, zumal für die vielen Flüchtlinge, verbessern musste. Doch grundlegende politische Streitpunkte zwischen den politischen Parteien gab es ebenso wie die Auseinandersetzung um die Bodenreform, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und auch die paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammern durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die bürgerlichen Parteien CDU und NLP traten gemeinsam als »antimarxistischer Wahlblock« auf und warnten in ihren Wahlpamphleten vor einer »sozialistischen Zwangswirtschaft«. Das rote Schreckgespenst, als das die SPD durch die Konservativen dargestellt wurde, erinnert an die Propaganda der Rechtsparteien aus der Weimarer Zeit, deren Metaphorik nach dem Zweiten Weltkrieg leider auch von



den neuen konservativen Parteien wiederbelebt wurde. Aber dies nützte ihnen wenig.

Die Wirkung, die die wiedergegründete Sozialdemokratie entfalten konnte, zeigte sich nicht nur dadurch, dass sie mit dem »Büro Schumacher« ihr gesamtdeutsches Zentrum in der hannoverschen Odeonstraße bezogen hatte. Die SPD war im Gegensatz zu allen anderen politischen Parteien am wenigsten belastet durch die Gräueltaten des NS-Regimes. Sie sprach jetzt nicht mehr nur einheimische Arbeiter an, sondern auch viele Angehörige der Mittelschicht, die ihre frühere politische Heimat als kompromittiert ansahen. Auch viele Flüchtlinge aus dem Osten fanden bei der SPD Unterschlupf, denn die Partei machte im Gegensatz zur CDU oder der NLP keine Unterschiede in Bezug auf die Herkunft der Neuankömmlinge. Auch, dass eine große Mehrheit der Wähler weiblich gewesen war, könnte zur Attraktivität der SPD beigetragen haben, denn viele Männer waren im Krieg gefallen oder waren 1947 noch in Kriegsgefangenschaft. Die Sozialdemokraten verfügten auch rasch wieder über eine funktionierende straffe Parteiorganisation, denn nicht nur viele alte Mitglieder aus der Weimarer Zeit kehrten zur Partei zurück – bezahlten mitunter sogar ihre Beitragsmarken für die zwölf Verbotsjahre – sondern es kamen zehntausende Neumitglieder in kurzer Zeit dazu.

Die Partei unter ihrem Vorsitzenden Kurt Schumacher und dem Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf, der

zu diesem Zeitpunkt als unbescholtener Mann galt und daher hohes Ansehen genoss, hatte die besten Startvoraussetzungen, um aus dem Wahlkampf als Siegerin hervorzugehen. Und das in einem eher konservativen agrarisch strukturierten Land, in dem zu diesem Zeitpunkt die Urbanisierung noch nicht so stark fortgeschritten war wie heute. Bei einer Wahlbeteiligung von 65,1 Prozent erhielt die SPD 43,4 Prozent der Stimmen, darauf folgte die CDU mit 19,9 Prozent und die NLP mit 17,9 Prozent. Dahinter folgten noch weiter abgeschlagen mit 8,8 Prozent die FDP, mit 5,6 Prozent die KPD und mit 4,1 Prozent die Zentrumspartei. Gegenüber der Kreistagswahl vom Herbst 1946 konnte die SPD ihren Stand halten, CDU und NLP verloren hingegen jeweils etwa drei Prozentpunkte, leicht hinzugewinnen konnten auch FDP, KPD und vor allem die Zentrumspartei, die in den katholischen Landkreisen rund um Cloppenburg, Vechta und den Osnabrücker Raum der CDU mitunter eine größere Konkurrenz bereitete als die anderen dort aktiven Parteien.

Die SPD konnte an die Hochburgen der Weimarer Zeit anknüpfen, allerdings auf einem wesentlich höheren Niveau. In Hannover, Braunschweig und anderen größeren Städten des Landes erzielte sie überdurchschnittliche Ergebnisse, schnitt aber auch in ländlichen, zumal eher protestantisch geprägten Regionen wie im Ostfriesischen, im Schaumburger Land, im alten Land Braunschweig und

in der Region Hannover gut ab. Die CDU hatte wie heute noch ihre Bollwerke im katholischen Raum Ostniedersachsens, im Eichsfeld und rund um Hildesheim. Die NLP reüssierte im großagrarisch und ebenso protestantisch geprägten Raum Nordniedersachsens, rund um Celle, Lüneburg und Stade. Unter den kleineren Parteien ist noch die FDP hervorzuheben, die im Oldenburger Land und in Ostfriesland an alte Zeiten von DDP und DVP anknüpfen konnte.

Die Herausforderungen des ersten frei gewählten Landtags waren groß nach den Verheerungen des Krieges und des NS-Terrorregimes. Die Entnazifizierung, die die britische Besatzungsbehörde noch 1947 in niedersächsische Hände übergeben hatte, wurde äußerst lax gehandhabt. So genannte »Persilscheine« erhielten die allermeisten ehemaligen NSDAP-Funktionäre, auch jene, die an verantwortungsvolleren Stellen tätig gewesen waren. Bereits in den 1950er Jahren gab es nicht wenige alte Nazis, die in den niedersächsischen Behörden, auch unter SPD-Landesregierungen Karriere machen konnten. Immerhin erkannte das Land Niedersachsen Initiativen der Verfolgten an, z.B. den »KZ-Ausschuss Hannover« und auch andere Opferverbände, mit denen sich die Landesregierung austauschte. Die finanziellen Mittel für Wiedergutmachung waren in der britischen Zone allerdings lächerlich gering, und auch die Initiativen einzelner Landtagsabgeordneter reichten hier

nicht aus, um die Interessen der Geschädigten angemessen zu vertreten. Insgesamt war die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit sehr unpopulär. Es wollte kaum jemand etwas davon wissen, da man mehrheitlich vielmehr darauf bedacht war, die eigenen persönlichen Nöte zu beheben.

Die Regierungsbildung nach der freien Landtagswahl durch Hinrich Wilhelm Kopf gestaltete sich als schwierig, da sein Hauptziel – die Sozialisierung der Schlüsselindustrien – von den bürgerlichen Parteien ohnehin abgelehnt wurde. Die KPD war nur kurz an der ersten Allparteienregierung nach dem Krieg beteiligt, da sich Karl Abel deutlich hinter das polnische Auslieferungsbegehren gegen den Ministerpräsidenten Kopf gestellt hatte. Die 1948 öffentlich, auch parlamentarisch geführte Kontroverse über Kopfs Wirken als »Treuhänder« für enteigneten polnischen und jüdischen Besitz in Ostoberschlesien während des Zweiten Weltkriegs wurde seinerzeit mehrheitlich als kommunistische Kampagne abgetan. Die Forschungen der Göttinger Politologin Teresa Nentwig haben im Jahr 2013 gezeigt, dass von einem ideologisch motivierten Rufmord wohl kaum die Rede sein konnte. Kopf hat zumindest in diesem Punkt vor dem Landtag gelogen. Einzig und allein das Ausmaß seiner Verstrickung ist nach wie vor in verschiedener Hinsicht interpretierbar, zumal die Quellenlage nach wie vor dünn ist.



Landtagspräsident Karl Olfers überreicht Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf das erste Exemplar der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung am 3. April 1951.

Die erste richtige Nachkriegsregierung unter Kopfs Führung hatte es schwer in der ersten Wahlperiode, zumal sich die Mehrheitsverhältnisse nach der Entlassung des KPD-Ministers Abel und dem späteren Ausscheiden zunächst der Minister der Deutschen Partei (DP), wie sich die NLP nun nannte und 1950 schließlich auch der CDU-Minister immer schwieriger gestalteten. Nur das kleine Zentrum blieb an der Seite der SPD, weshalb auch der Einfluss der katholischen Kirche auf die Landespolitik, zumal der Bildungspolitik nicht unerheblich gewesen war. So konnte der reformpädagogisch orientierte Adolf Grimme, der

bereits damals für eine größere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und für eine längere Grundschulzeit gekämpft hatte, nur moderate Reformen durchführen. Er verließ dann das Kabinett bereits 1948, um Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) zu werden.

Die Leistungen des Ministerpräsidenten Kopfs beim Aufbau der demokratischen Strukturen Niedersachsens sind nach wie vor unbestritten, ebenso wie beim Wiederaufbau und der Integration von Hunderttausenden von Flüchtlingen aus dem Osten. Das Gleiche gilt für die gelungene Integration der Braunschweiger, Oldenburger und Hannoveraner in das neue Niedersachsen, für welches Kopf, der »rote Welfe«, wie er auch aufgrund seiner bodenständigen Natur und seiner Verbundenheit zum Welfenhaus genannt wurde, zu einer »Landesvater«-Figur wurde. In der ersten Regierung Kopf, und somit zugleich der ersten Wahlperiode der ersten frei gewählten SPD-Landtagsfraktion, wurden zumindest einige massive Grundsteine für das neue Land gelegt, in dem von der Wesermündung bis zum Harz sehr unterschiedliche Strukturen erfolgreich integriert werden konnten.

Von Clemens Wirries

DIE PARLAMEN- TARISCHE DEMOKRATIE – NOTIZEN AUS IHREM ALLTAG

WIE ERLANGT MAN EIN HAUPTAMTLICHES MANDAT?

Im Gegensatz zu den USA muss niemand Millionär sein, um Kandidat für ein parlamentarisches Amt in Deutschland zu werden. Eine Mitfinanzierung des Wahlkampfs setzt frühestens nach gewonnenem Mandat ein und ist auch eher moderat. Eine Einzelbewerbung ist praktisch aussichtslos; nur Nominierungen durch eine Partei sind chancenreich. Kandidatenauswahl ist das wichtigste Privileg politischen Engagements in einer Partei. Die Vorstellung, Kandidaturen würden von oben durchgesetzt, sind die absolute Ausnahme. Die Voraussetzungen für eine

Nominierung sind sehr unterschiedlich: nachgewiesenes Engagement, rhetorische Kompetenz, örtliche Verankerung. Seiteneinstieg ist die Ausnahme, klappt im Alltag auch nicht immer. Denn das politische Alltagsgeschäft ist eben ein eigenes Genre, spannend durch die vielen Kontakte in unterschiedliche Welten, fordernd vor allem aber auch hinsichtlich des Arbeitsumfangs und notwendiger hoher Nehmerqualitäten. Die Frage des Geschlechts spielt im Gegensatz zu früher – jedenfalls in der SPD – eine immer geringere Rolle, mindestens seit dem Quotenparteitag von Münster 1988. Auch in sicheren Wahlkreisen, vor allem in den größeren Städten, haben sich Frauen inzwischen eine hervorragende Ausgangsposition geschaffen. Schwieriger ist es, den Anspruch zu realisieren, das Parlament als soziales Abbild der Gesellschaft zu realisieren. Waren früher in der CDU überproportional Landwirte und Anwälte und in der SPD Gewerkschaftssekretäre vertreten, so dominiert heute der öffentliche Sektor in allen Teilen des Hohen Hauses.

Ein gefährliche Tendenz aus meiner Sicht: der direkte Weg von der Wiege über Kita, Schule, Hochschule, Assistenz des Abgeordneten zur Übernahme des Mandats. Etwas mehr Lebenserfahrung und sehr unterschiedliche Biographien tun einem Parlament ganz gut.

WARUM GIBT ES FRAKTIONEN?

Parteien und ihre Fraktionen sind aus der heutigen parlamentarischen Demokratie nicht wegzudenken. Sie sind quasi ihr Markenkern. Das war nicht immer so, und leider erleben wir in der aktuellen politischen Auseinandersetzung auch wieder stärker frühparlamentarische Attitüden. Der Parlamentarier des 19. Jahrhunderts jedenfalls sollte frei sein von wirtschaftlichen Zwängen, nur seinem Gewissen – oder was er dafür hielt – verantwortlich. Der Philosoph Robert von Mohl schrieb z.B. 1872, durchaus im Zeitgeist, die Bildung von Fraktionen sei »schädlicher Auswuchs und Unfug, ein Beweis von unfertiger staatlicher Erziehung«. So wurden Fraktionen im Deutschen Reich auch, obwohl sie bereits existierten, konsequent rechtlich ignoriert. Sie finden erstmalig 1922 in der Geschäftsordnung des Reichstags Erwähnung.

Heute haben wir eine entwickelte Rechtslage: die Parteien haben den Weg in die Verfassung gefunden. Der Artikel 21 regelt, dass sie bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. In einem eigenen Gesetz sind ihre Rechte und Pflichten beschrieben.

Nach den Wahlen konstituieren sich ihre Fraktionen. Bestimmungen über die Rechtsstellung der Fraktionen und eine inzwischen umfangreiche Rechtsprechung regelt zusammen mit den jeweiligen Abgeordnetengesetzen und den Geschäftsordnungen den Alltag dieser parlamentarischen Gremien. Beschlussorgan ist das Parlament

in seiner Gesamtheit, die wichtigen Vorarbeiten laufen aber in den Ausschüssen, den Arbeitskreisen der Fraktionen, in der Feinabstimmung zwischen der Regierungsfraktion und der Regierung und ihrer Verwaltung.

Das ändert aber nichts daran, dass in Teilen der Bevölkerung, der Wissenschaft, mitunter bis in den Politikbetrieb hinein ein traditionelles Parlamentsverständnis favorisiert wird, das der klassisch-liberalen Repräsentationsidee verhaftet ist und im Grunde die moderne Parteiendemokratie ablehnt.

PARTEI ODER FRAKTION – WER HAT DAS SAGEN?

Das Verhältnis von Parteigliederungen zu ihren jeweiligen Parlamentsfraktionen ist schwer zu beschreiben. Es ist selten einheitlich und hat eine rechtliche, vor allem aber viele praktische Seiten.

Bekannterweise treten bei Wahlen Parteien an; sie werben um die Zustimmung des Wahlvolks, haben im Idealfall ein Wahlprogramm, überzeugende Persönlichkeiten mit Charisma und Vertrauenspotential, haben einen schlagkräftigen hauptamtlichen Apparat. Dieser bestreitet natürlich hauptsächlich den Wahlkampf, unterstützt von den vielen ehrenamtlichen Mitgliedern. Nach der Wahl geht es um die Umsetzung der Wahlversprechen, gegebenenfalls in einer Koalition; Kompromisse sind notwendig, die Alltagsarbeit verbleibt nun bei denen,

die nicht nur für, sondern auch von der Politik leben. Für sie gilt nun ein eigener rechtlicher Regelkreis, zum anderen sind sie in der Pflicht, das von Ihrer Partei beschlossene Programm umzusetzen. Weisungen gegenüber Fraktionen sind rechtlich nicht statthaft. Der politische Alltag organisiert sich aber anders: Die Mitglieder in den Fraktionen sind in der Regel auch herausgehobene ehrenamtliche Mandatsträger in den Parteien, sind Mitglieder im Landesvorstand, repräsentieren einen Kreisverband. Sie sind also herausragend an ihrer eigenen Kontrolle beteiligt. Diese Durchdringung des Ehrenamts durch die hauptamtliche Politik ist schwer aufhebbar, sollte aber schon als Herausforderung verstanden werden.

Gefährlich wird es, wenn Parteien sich auf die Personalauswahl reduzieren lassen und insbesondere in Phasen eigener Regierungsbeteiligung als programmatischer Motor immer mehr ausfallen. Kontrolle ihrer Mandatsträger einerseits, Diskursfreudigkeit andererseits – das muss der Anspruch einer lebendigen Partei sein und bleiben.

DAS PARLAMENT KONTROLLIERT DIE REGIERUNG – GILT DAS NOCH?

Schon In einem Honoratiorenparlament des 19. Jahrhunderts war die Vorstellung ein Trugschluss, dass man während der Debatte im Parlament zu einer Festlegung seines Abstimmungsverhaltens gelangt. In einer repräsentativen

parlamentarischen Demokratie wäre dies Vorstellung geradezu naiv. Der vorurteilsfreie Mandatsträger hat in dieser Logik zu Recht keinen Platz. Es gilt die eigene Mehrheit zu nutzen, geschlossen die Wahlversprechen durch das Parlament zu bringen, mit aufeinander abgestimmten Mitteln kongruente Ziele von Partei und Fraktion zu realisieren. Entgegen der Traditionsnorm stehen sich also im modernen Parlamentsalltag nicht Regierung und Parlament gegenüber, sondern eine parlamentarische Opposition kontrolliert das kollektive Regierungshandeln von Regierung, Mehrheitsfraktion und Regierungspartei. Die niedersächsische Verfassung trägt diesem Modell übrigens Rechnung, indem im Artikel 19 festgelegt ist, dass die Oppositionsfraktionen eine bessere Finanzausstattung erhalten, um ihren spezifischen Aufgaben gerecht zu werden.

SPIELT DER FRAKTIONSZWANG EINE ROLLE IN DER PRAKTISCHEN PARLAMENTARISCHEN ARBEIT?

Ohne Arbeitsteilung ist parlamentarische Praxis gar nicht mehr zu organisieren, und diese vollzieht sich eben in den Fraktionen. Nur so ist zu gewährleisten, dass der Arbeitsaufwand bewältigt werden kann. Der niedersächsische Landtag hat beispielsweise in der letzten Wahlperiode (2008–2013) 271 Gesetzentwürfe und 800 Anträge diskutiert, jedem Abgeordneten wurden 5619 Drucksachen ins Fach gelegt. Das führt dazu, dass jeder sich um sei-



Im Dezember 2016 verabschiedete der Niedersächsische Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsfractionen den Doppelhaushalt 2017/2018 im Interimsplenarysaal im ehemaligen Georg-von-Cölln-Haus.

ne Themen kümmert und seinen Kollegen mit anderem Themenschwerpunkt einen Vertrauensvorschuss bei den Abstimmungen entgegenbringt – schließlich geht es ja auch darum, das gemeinsame Programm zu realisieren. Das nennt man Fraktionsdisziplin, sie ist unverzichtbar. Ohne Geschlossenheit keine Handlungsfähigkeit. Die Berufung auf die Gewissensfreiheit des freigewählten Abgeordneten, verfassungsrechtlich garantiert, hat wahrlich Seltenheitswert: in meinen 27 Jahren Zugehörigkeit zum

Landtag erinnere ich mich an 3 Themen (Gottesbezug in der Verfassung, Umgang mit Organspenden, Grundsätze des Bestattungswesens), bei denen unter Verweis auf die Gewissensfreiheit alle Fraktionen die Abstimmung freigegeben haben – und an den Beschluss über Neubau oder Sanierung des Landtags, keine Gewissensentscheidung, aber Grundlage der Arbeitsbedingungen jedes Abgeordneten. Wenn ich hingegen immer mal wieder auf mein Gewissen gepocht hätte, hätte ich als Vorsitzender der SPD in der Stadt Hannover 1987 keine Mehrheitsentscheidung für Rot-Grün gegen Teile meiner eigenen Ratsfraktion durchsetzen können. Denn wer Loyalität geringschätzt, darf sie anderer Stelle nicht für sich reklamieren.

MACHT DIE DISKUSSIONSKULTUR DEN BETEILIGTEN EIGENTLICH SPASS?

Ich neige persönlich eher zur Harmonie und zum Interessenausgleich, eine vollkommen falsche Voraussetzung, um den Job des Fraktionsvorsitzenden angemessen ausfüllen zu können. Notwendig ist, beim Aufwachen als ersten Gedanken »Wie kann ich dem politischen Gegner heute wieder zusetzen?« zu haben. Obwohl geschätzt 80 Prozent aller Entscheidungen im Landtag einmütig sind, darf der politische Gegner nicht recht haben – die eigenen Leute würden es als Schwäche auslegen, der Gegner einen immer zustimmend zitieren. Das gilt insbesondere bei der

Führung einer Oppositionsfraktion. Vielleicht führt der aktuelle Vertrauensverlust der Demokratie dazu, dass die rhetorischen Auseinandersetzungen auch in deutschen Parlamenten das Übereinstimmende angemessener würdigen und die Attacken auf die inhaltlichen Kontroversen reduziert würden. Dies setzt jedoch auch einen Lernprozess der die Politik begleitenden Medien (Einstimmigkeit gilt als langweilig) voraus. Dieses Ritual – ruppiger Streit vor der Kamera, dann friedlich gemeinsam an die Kaffeetasse – stößt verständlicherweise immer mehr ab.

WARUM GIBT ES DIE DEMOKRATIE NICHT ZUM NULLTARIF?

Was ist die angemessene Entlohnung für Abgeordnete, die für acht Millionen Menschen die Mitverantwortung tragen, einen jährlichen Haushalt von rund 30 Milliarden Euro beschließen, einem hauptamtlichen Personalkörper von rund 190.000 Beschäftigten gegenüberstehen, in der Regel mehr als 60 Stunden in der Woche zu tun haben und sich oft nach zwei Legislaturperioden um Rückkehr in ihren alten Beruf oder eine Neuorientierung bemühen müssen? In Niedersachsen orientieren sich die Diäten der Abgeordneten an den Einkommen der Leitung eines Gymnasiums, eine sehr vertretbare Regelung. Die oft kritisierten Altersentschädigungen früherer Tage, die wirklich überzogen waren, sind inzwischen auf angemessenes Normalmaß gebracht worden. Dass die Abgeordneten über ihre Einkünfte

selbst zu entscheiden haben, macht ihnen übrigens wenig Freude, sondern ist Konsequenz eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1975 und gilt bis heute.

Daneben entstehen natürlich Kosten zur Aufrechterhaltung des Parlamentarischen Betriebs. Die Landtagsverwaltung zum einen sowie die Fraktionsgeschäftsstellen verfügen über die notwendige Fachlichkeit, die parlamentarischen Debatten vorzubereiten und zu begleiten; die Finanzierung einer Teilzeitbeschäftigung gewährleisten dem einzelnen Abgeordneten das notwendige Mindestmaß an Assistenz.

Die Gesamtkosten des Landtags in Niedersachsen betragen 5,82 Euro pro Person im Jahr. Soviel sollte uns die Demokratie wert sein.

IST ES EIGENTLICH LEICHT, EINE GROSSE FRAKTION ZU FÜHREN?

Eine Unternehmensführung kann mit Hilfe des Direktionsrechts und der Personalentwicklung sein Augenmerk auf die Umsetzung ihrer unternehmerischen Entscheidungen setzen. Die Führung von Fraktionen verfügt über kein Direktionsrecht, kann sich selbst das Führungspersonal nicht frei aussuchen und sieht sich in jeder Phase einer öffentlichen Kontrolle ausgesetzt. Da gerät Führung vor allem zum Zusammenführen, oder, um eine Fachzeitschrift zu zitieren:

»Eine Fraktion zu führen heißt auch, ein Rudel von Alpha-Tieren mit ständigem guten Zureden, überzeugenden Argumenten und der Aussicht auf für alle vorteilhafte Entwicklungen möglichst unmerkbar in eine gemeinsame Richtung zu steuern. Mithin verwendet der gewählte Vorsitzende einen beachtlichen Anteil seiner Arbeitszeit darauf, enormen zentrifugalen Kräften entgegenzuwirken und die Eigeninteressen wie unterschiedlichen Sichtweisen der Fraktionsmitglieder so gut es eben geht zu einem positiven Gesamtbild des großen Ganzen zu bündeln – ein entscheidendes operatives Ziel zum Teil weit jenseits inhaltlicher Fragen. (M. Eilfort: Geschlossenheit und gute Figur. Ein Versuch über die Steuerung von Fraktionen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2003)

WAS KÖNNEN POLITIK UND MEDIEN BEITRAGEN, DEMOKRATIE ATTRAKTIVER ZU MACHEN?

Demokratie ist, entgegen unseren früheren Gewissheit, kein Exportschlager. Selbst in ihren Kernlanden in Europa und Amerika gerät sie unter Druck, autoritäre Denkweisen sind auf dem Vormarsch. Ökonomische Verunsicherung und Terror machen ihr zu schaffen; auch ökonomischer Erfolg, siehe China, ist ohne Demokratie zu organisieren.

Wir wissen um die Qualität unserer Gesellschaft und sind gewillt, alles für ihre Erhaltung zu tun. Die Aufrechterhaltung der Grundrechte, ein Leben in Frieden und To-

leranz, eine großer Raum für die individuelle Selbstentfaltung, die Gewährleistung äußerer und innerer Sicherheit – dafür lohnt es sich zu kämpfen. Das gelingt, wenn wir mit der Gleichgültigkeit brechen, die wir oft unserem Gemeinwesen entgegenbringen.

Bürger sind keine Kunden, der Staat nicht unser Generalversicherer. Die Frage, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt, ist keine technokratische Angelegenheit, sondern hochpolitisch. Es geht um die Definition von Gemeinwohl, und das ist nie die Summe aller Einzelinteressen der Bürgerschaft. Mehrheitsentscheidungen sagen nichts über die Wahrheit, kein Lösungsvorschlag ist alternativlos. Kompromisse sind, gerade in einem föderativen System, nicht von Übel, sondern oft angemessener Interessenausgleich, und selbst die Umkehrung eines Beschlusses kann gut begründet sein. Politik ohne Emotionalität ist nicht denkbar, aber die Aufklärung hat uns mit zivilisatorischer Rationalität ausgestattet, von der Gebrauch zu machen sehr hilfreich ist. Nur so geht eigene Interessenwahrnehmung mit Respekt vor dem Anderen Hand in Hand.

Dieses Selbstverständnis muss die Beziehungen, Diskurse und Konflikte in der Politik prägen und auch Richtschnur einer kritisch-begleitenden Medienszene sein. Wir sollten unsere Ansprüche selber mehr leben – das macht sie authentischer und letztlich attraktiv.

Von Wolfgang Jüttner

KURZBIOGRAFIE ROBERT HOFFMEISTER

Geboren am 22. Dezember 1899 in Dortmund,
gestorben am 30. Januar 1966 in Hannover.

Von 1906 bis 1914 Besuch der Volksschule in Dortmund,
1914 bis 1917 Buchdruckerlehre bei der Dortmunder
Zeitung, 1917 Kriegsteilnahme, 1918 bis 1924 Buchdrucker
in Dortmund.

1918 Eintritt in die SPD, 1924/25 Besuch der »Akademie
der Arbeit« in Frankfurt, seit 1928 hauptamtlicher
Parteisekretär für den UB Nienburg, 1929 bis 1933 Mitglied
des Rates der Stadt Nienburg, 1929 bis 1933 Mitglied des
Provinziallandtags der Provinz Hannover, 1933 Inhaftierung
in Nienburg, Moringen und Esterwegen, 1934 Eröffnung
eines Tabakwarengeschäfts, 1939 bis 1945 Kriegsteil-
nahme, seit November 1945 erneut Parteisekretär für den
Unterbezirk Nienburg, seit 1946 Bürgermeister der
Stadt Nienburg, Mitglied des Ernannten Landtags für
Niedersachsen 1946, 1947 bis 1966 Mitglied des Nieder-
sächsischen Landtags und durchgehend Fraktionsvor-
sitzender, zugleich Verlagsdirektor der »Hannoverschen
Presse« bis 1966.



Robert Hoffmeister
Fraktionsvorsitzender
20.4.1947 – 30.1.1966

EIN LEIDENSCHAFTLICHER DICKSCHÄDEL: ROBERT HOFFMEISTER

Die berufliche wie politische Biografie von Robert Hoffmeister zeugt von einem Politiker mit langem Atem. Niemand war so viele Jahre Fraktionsvorsitzender wie er, nämlich ganze zwanzig Jahre von 1946 bis zu seinem Tod im Jahr 1966, und hat somit die sozialdemokratische Landespolitik in den Nachkriegsjahren genauso entscheidend mitgeprägt wie die »großen«, noch heute bekannteren Namen wie Kopf, Diederichs, Albertz oder Grimme.

Hoffmeister war ein knorriger Typ, der eine einfache Sprache mit deutlichen Worten verwendete. »Ich bin Proletarier von Geburt und von Erziehung, aber ich habe mich

so früh wie möglich vom Proletariat weggearbeitet«, sagte Hoffmeister einmal in einem Gespräch, aus dem Helmut Beyer und Klaus Müller in ihrem Werk über das politische Niedersachsen der 1950er Jahre zitieren. Dieser klare Satz markiert nun auch, dass Hoffmeister nicht ohne Bildung war, sondern ein Autodidakt, der sich selbst eine breite Bildung angeeignet hatte. Politisch war er ein pragmatischer Typ, nicht durch ideologischen Ballast gebunden, wie man ihn häufig gerade in der niedersächsischen Landespolitik, zumal auch in der Sozialdemokratie antrifft. Einem Parteiflügel war er demnach nicht zuzuordnen, wie das bei den meisten anderen führenden Vertretern der niedersächsischen SPD seiner Zeit der Fall war.

Ursprünglich stammte er aus Dortmund, wo er 1899 zur Welt gekommen war und dort nach dem Besuch der Volksschule eine Buchdruckerlehre machte. Als Buchdrucker gehörte er, wie er es selbst sah und später als Verlagsdirektor seinen Lehrlingen zu vermitteln versuchte, zur »Elite« der Arbeiterschaft, und begründete dies mit den komplexen wie verantwortungsvollen Arbeitsprozessen dieses Berufs. Auf fachliche Professionalität legte er großen Wert und lockerte daher auch nicht die Zulassungsbedingungen für Lehrlinge in seinem Betrieb. Hoffmeisters Werdegang wurde wie die allermeisten seiner Zeitgenossen durch die Kriegsteilnahme unterbrochen, in seinem Fall gilt dies sogar für beide Weltkriege, in denen er an

die Front musste. Antimilitarist wurde er nach seinen Erfahrungen keineswegs und kritisierte auch die »Ohne mich«-Haltung der SPD-Bundespartei in den 1950er Jahren, als es um den Aufbau der Bundeswehr ging.

Gegen Ende seiner Kriegsteilnahme fand Hoffmeister durch seine Beteiligung in einem Arbeiter- und Soldatenrat zur Mehrheitssozialdemokratie, für die er dann ein Jahrzehnt später auch hauptamtlich tätig wurde. Denn 1928 wurde er Unterbezirkssekretär der SPD in Nienburg, wo er ein Jahr später auch in den Rat der Stadt gewählt und Wortführer des Bürgervorsteherkollegiums wurde. Der Stadt an der Weser sollte Hoffmeister bis an sein Lebensende verbunden bleiben. Auch ein Mandat im Provinziallandtag in Hannover, gewissermaßen dem Vorgängerparlament des Niedersächsischen Landtags, nahm er wahr. Gegen den aufkommenden Faschismus war er ein entschlossener Kämpfer des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. »Wir waren nicht stark genug, wir hätten noch mehr Trommeln, Pfeifen und Knüppel gebraucht, als es darauf ankam« kommentierte Hoffmeister den sozialdemokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, dessen Sieg er auch als persönliche Schande betrachtete. Nach der »Machtergreifung« 1933 wurde Hoffmeister in das KZ Esterwegen verschleppt und musste dort ein Jahr lang eine entwürdigende Haftzeit ertragen. Nach seiner Haftentlassung arbeitete er in einem Tabakgeschäft und hatte ein

eher karges Auskommen, bis er erneut zum Kriegsdienst eingezogen wurde.

Nach seiner Rückkehr aus dänischer Kriegsgefangenschaft 1946 begann sein erneuter rascher und beständiger Aufstieg in der Kommunal- und Landespolitik. In Nienburg wurde er in den Stadtrat und in den Kreistag gewählt, war bereits Mitglied des ernannten Landtags 1946 und wurde dort Vorsitzender dieser noch provisorischen nicht demokratisch legitimierten SPD-Landtagsfraktion. Seit der ersten demokratischen Landtagswahl im April 1947 vertrat Hoffmeister den direkt südlich seiner Wahlheimatstadt Nienburg gelegenen Wahlkreis Neustadt am Rübenberge.

Auch verkehrte er im direkten Umfeld Kurt Schumachers, des Wiederbegründers und ersten Vorsitzenden der SPD nach dem Krieg. Er verehrte den Antikommunisten Schumacher und die alte Arbeiterfunktionärs-SPD mit ihren Liedern und roten Fahnen, stand aber ebenso der Öffnung der Partei zu den breiten Mittelschichten aufgeschlossen gegenüber. Nach Beyer und Müller, die zahlreiche Gespräche mit ihm wiedergeben, war Hoffmeister jemand, der durch seine deftige Sprache häufig unbeweglich erscheinen mochte. In der politischen Realität aber war Hoffmeister ein stets verhandlungsbereiter, gemäßigter Politiker mit Zügen, die man durch die heutige Brille auch als konservativ deuten kann. Seine Herkunft,



**Fraktionssitzung am 10.12.1962
im damals frisch bezogenen
Oesterlen-Bau, Fraktionsvorsitzen-
der Robert Hoffmeister spricht zu
»seinen« Abgeordneten.**

seine Grundsätze, die er hatte, traten durch sein Klassenbewusstsein deutlich hervor, indem er beispielsweise im Plenarsaal wetterte, der »20. Juli 1944 gehört zunächst der CDU, denn da waren hauptsächlich Offiziere, Beamte, Adlige – unsere Leute nur am Rande. Der 17. Juli 1953 gegen die SPD in Ostberlin, das ist unsere Sache, das waren Arbeiter, enteignete Bauern, Gewerbetreibende – das, was die Bürgerlichen als die kleinen Leute bezeichnen.«

Seinen manchmal recht weitgehenden und von konservativen Ordnungsvorstellungen geprägten Pragmatismus kann man hingegen an seinem Verständnis für die

so genannten ehemaligen »kleinen Nazis« erkennen, für die Generation der HJ-Führer, von denen es vor allem in der FDP viele gab. Die Kirche hatte für Hoffmeister einen höheren Stellenwert als die atheistischen Strömungen, denen viele Sozialdemokraten seiner Zeit anhängen. Und auch die Gewerkschaften, seit jeher die engsten Verbündeten der SPD, waren nicht immer seine Freunde, womit er sich auch innerhalb seiner Fraktion häufig unbeliebt machte. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung waren für ihn, der Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik grundsätzlich zustimmte, »Leistungs-

minderung, solange es keine bessere Maschinenteknik gäbe«, zitieren ihn Beyer und Müller.

Im zersplitterten Vielparteiensystem der niedersächsischen Nachkriegszeit waren die Bündnismöglichkeiten der Sozialdemokratie äußerst kompliziert. Nur da sie bei allen Landtagswahlen als stärkste Kraft hervorging, hatte sie die beste Verhandlungsposition gegenüber den anderen Parteien. Auch die damals noch stark katholisch geprägte CDU und die erzkonservativ wie welfisch orientierte Deutsche Partei (DP) konnten ebenso keine Mehrheit alleine zusammenbringen. Die FDP galt für Hoffmeister als unzuverlässig ebenso wie die Flüchtlingspartei BHE, die er als »reaktionäre Gutsbesitzer a.D.« verhöhnte. Die Zusammenarbeit der SPD mit den beiden großen bürgerlichen Parteien über die Lagergrenzen hinweg war für ihn naheliegend. Somit war er ein »Großkoalitionär« der ersten Stunde, was nach dem Verschmelzen der DP mit der CDU nun auch arithmetisch Realität in Niedersachsen wurde.

Hoffmeister war nicht nur Berufspolitiker, er war auch lange Jahre Verlagsdirektor der »Hannoverschen Presse« und agierte auch dort politisch. Denn mit der Redaktion war er sich keinesfalls immer einig und mischte sich gerne ein. Er wandte sich gegen die meisten tagespolitischen Standpunkte des Chefredakteurs Wilhelm Korpeter, dem Ehemann der Celler Bundestagsabgeordneten Lisa Korpeter. Auch die Positionen des jungen Redakteurs Peter

Merseburger – später für viele Jahre herausragender Fernsehjournalist für »Panorama« und in den letzten Jahren Verfasser von Biographien großer Persönlichkeiten der bundesdeutschen Zeitgeschichte – waren Hoffmeister ein Dorn im Auge. Beide Jungredakteure standen für den linken Flügel der SPD, sie waren strikt gegen die Wiederbewaffnung und die Westbindung der Bundesrepublik. Das sich Fritz Heine als Herr über das sozialdemokratische Presseimperium loyal gegenüber den Redakteuren verhielt und die weiteren Granden der niedersächsischen SPD wie Ministerpräsident Kopf und Dr. Diederichs sich neutral verhielten, blieb Hoffmeister in dieser Auseinandersetzung um 1955 allein auf weiter Flur, wie Beyer und Müller zu berichten wissen.

Als Hoffmeister 1966 starb, gab es Trauer und ehrliche Anteilnahme auf Seiten aller Fraktionen. Er blieb nicht nur als leidenschaftlicher Dickschädel in Erinnerung, sondern auch als humorvoller Pragmatiker, mit dem eine Zusammenarbeit über die politischen Blockgrenzen hinweg immer möglich gewesen war. Ministerpräsident Dr. Diederichs würdigte Hoffmeister in seiner Rede anlässlich der Trauerfeier im Plenum des Niedersächsischen Landtags als einen »...lebensfrohen Menschen, der im Glauben an die Realisierbarkeit der Gerechtigkeit trotz aller schweren Schicksalsschläge sich nie seinen Mitmenschen versagte...«

Von Clemens Wirries

KURZBIOGRAFIE WILHELM BAUMGARTEN

**Geboren am 6. November 1913 in Groß Lafferde,
gestorben am 25. Dezember 1996 in Bad Harzburg.**

**1933 Abitur am Ratsgymnasium Peine, danach bis 1936
Studium der Erziehungswissenschaften an der TU Braun-
schweig, Bis 1939 Volksschullehrer in Blankenburg, Wieda,
Rübeland und Göttingerode. 1939 Kriegsteilnahme bei
der Luftwaffe, 1945 bis 1959 Hauptlehrer und Leiter der
Volksschule Göttingerode, Kaufmännische Lehre im
Großhandel, 1944/45 Kriegsteilnahme und Verwundung,
nach 1945 Hilfsarbeiter im Baugewerbe, Zeitungspacker,
Angestellter im Großhandel.**

**Nach dem Zweiten Weltkrieg Eintritt in die SPD, seit 1952
Mitglied des Rates der Gemeinde Harlingerode, 1952 bis
1967 zugleich Bürgermeister, 1956 bis 1974 Mitglied der
Kreistage des Landkreises Wolfenbüttel bzw. des Landkrei-
ses Goslar nach der Gebietsreform, Mitglied des Nieder-
sächsischen Landtags von 1959 bis 1978, 1966/67 Vorsitzen-
der der SPD-Landtagsfraktion, 1967 bis 1974 Präsident des
Niedersächsischen Landtags, 1974 bis 1978 Vizepräsident
des Niedersächsischen Landtags, 1977 bis 1981 Landrat des
Landkreises Goslar.**



Wilhelm Baumgarten
Fraktionsvorsitzender
7.2.1966 – 5.6.1967

EIN STREITER FÜR DIE KLEINEN LEUTE – AUS GÖTTINGERODE: WILHELM BAUMGARTEN

Wilhelm Baumgarten stammte aus Groß Lafferde im Landkreis Peine. Sein Vater, ein Hüttenarbeiter, war 1914 in den ersten Weltkrieg gezogen und erst 1920 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Nach Schulbesuch und erfolgreichem Studium der Erziehungswissenschaften an der Technischen Hochschule Braunschweig wurde er Lehrer an Volksschulen in verschiedenen Orten im Harz. Seine schulische Laufbahn aber währte nicht lange, denn 1939 wurde auch er für sechs Jahre zum Kriegsdienst eingezogen, bevor er 1945 wieder seinen Schuldienst in Göttingerode aufnehmen konnte. Zwischenzeitlich hatte er

1941 seine Frau Grete geheiratet, und 1945 zog die junge Familie, die sich inzwischen mit Sohn Wilhelm und Tochter Heide komplettiert hatte, nach Göttingerode.

Wilhelm Baumgarten ging dann erst einmal daran, mit seinen Kolleginnen und Kollegen, mit Eltern und Kindern, die Schule wiederaufzubauen und einzurichten und war dann bis 1959 ihr Schulleiter. Nach 1945 war auch Baumgartens politisches Interesse geweckt worden. Der erste Vorsitzende der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg, Kurt Schumacher, hatte den jungen Schulleiter mit seiner Interpretation des demokratischen Sozialismus bewegt, den damals in der Gesellschaft stark verbreiteten »Ohne mich«-Standpunkt aufzugeben und sich für die Allgemeinheit einzusetzen und in die SPD einzutreten. Auch aus seinem Elternhaus und seinen bitteren Erfahrungen im Krieg war seine tiefe innere Überzeugung gewachsen, die Lebensbedingungen der kleinen Leute ändern zu müssen. 1952 gab er dem Drängen, insbesondere seiner Göttingeröder Mitbürger nach und kandidierte für den Gemeinderat der Gemeinde Harlingerode. Konkreter Anlass dafür waren unter anderem die katastrophalen Schulbauverhältnisse in Harlingerode und die ebenfalls miserablen Straßenbauverhältnisse.

Die SPD war zwar die stärkste Kraft im Gemeinderat, aber heillos zerstritten. Diese Zerrissenheit führte dazu, dass Baumgarten für die anstehende Kommunalwahl

kandidierte und am 4.12.1952 völlig überraschend mit der höchsten Stimmenzahl gleich zum Bürgermeister gewählt wurde. Dass er selbst an den Auseinandersetzungen nicht beteiligt gewesen war, gereichte ihm also zum Vorteil. Bürgermeister blieb er dann nach jeder Kommunalwahl für ganze fünfzehn Jahre, bis er am 17.8.1967 sein Amt niederlegte, weil er zum Präsidenten des Niedersächsischen Landtags gewählt worden war.

1956 war Baumgarten auch in den Wolfenbütteler Kreistag gewählt worden, kurze Zeit später wurde er Vorsitzender der SPD-Fraktion. Nach der Umkreisung gehörte er auch dem Kreistag des neuen Landkreises Goslar an, dessen Landrat er wurde. Bis 1986 ist er Mitglied des Kreistags geblieben. In den Niedersächsischen Landtag kam der Göttingeröder 1959 und blieb es 20 Jahre lang.

Zum 50. Bestehen des Landes Niedersachsen hat sich Wilhelm Baumgarten in der Goslarschen Zeitung mit den für ihn wichtigsten politischen Ereignissen aus seinem Landtagsleben beschäftigt. Er erinnerte sich dabei vor allem an drei einschneidende Krisenmomente. Der erste war der Streit um das Konkordat mit der katholischen Kirche, der 1965 zum Bruch der damaligen SPD/FDP-Koalition führte.

»...jahrelang war mit dem Heiligen Stuhl verhandelt worden, zuletzt unter der Regie von Kultusminister Dr. Mühlendorf (FDP). Das Kabinett hatte dem paraphierten Konkordat und einem Schulgesetz als Junktim einmütig zugestimmt.

Deshalb waren wir auf der Fraktionsvorsitzendenbank wie vor den Kopf gestoßen, als der Kultusminister nach Einbringung des Gesetzentwurfes dem Landtag zu erkennen gab, dass die FDP ablehnen werde. Von den hinteren Bänken der SPD-Fraktion gab es spontane Unmutsäußerungen. Die Folge: Sitzungsunterbrechung, Zusammenkunft der Fraktion, Forderung eines eindeutigen Bekenntnisses der FDP zum Konkordat, Ablehnung. Nach einer schnellen Regierungsneubildung durch SPD und CDU wurde dann die Verabschiedung des Gesetzes doch noch erreicht.

Schon vorher, aber nun erst recht, brach ein Sturm über uns herein, wenn wir in Versammlungen und Kundgebungen klarzumachen versuchten, dass Konkordat und Schulgesetz zur Auflösung vieler Zwergschulen und zur Bildung gegliederter Schulsysteme führen würden. Kollegen von der Lehrgewerkschaft zogen mit allen Registern zu Felde, auch manche Genossen. Von bevorstehender geistlicher Schulaufsicht wurde geredet, doch die Entwicklung hat uns Recht gegeben. Die katholische Bevölkerung wurde zur Mitarbeit an der Reform gewonnen, und aus mehr als 500 Bekenntnisschulen, meist Zwergschulen, sind Schulen für Schüler aller Bekenntnisse geworden.«

Die große Koalition zerbrach im Jahr 1970 – unter anderem infolge eines Streits über den Standpunkt des Landes im Bundesrat zu den Ostverträgen – nachdem Ministerpräsident Dr. Diederichs die CDU-Minister entlassen

musste, da Fraktionsvorsitzender Bruno Brandes, genannt »Der Greifer« oder auch »Greifvogel« mehrere Abgeordnete aus SPD und FDP zum Übertritt in die CDU-Fraktion bewegt hatte. Nachdem Brandes auch mit mehreren NPD-Abgeordneten Verhandlungen aufgenommen hatte, war für Diederichs das Maß endgültig voll gewesen. Aus der Neuwahl ging die SPD mit einer knappen absoluten Mehrheit als Siegerin hervor. Ein wichtiges Projekt der neuen Alleinregierung unter Alfred Kubel war eine umfassende Gebietsreform und führte zur nächsten großen Krise, die Baumgarten miterlebte und wie folgt schilderte:

»Sie brachte zunächst 33 Gesetze zur Neugliederung der Gemeinden eines jeweils größeren Gebietes ein. Zur Kreisneugliederung wurden nur Vorschläge gemacht, wenn durch die Zusammenlegungen Landkreise mit zu wenigen Gemeinden entstanden waren. Eine umfassende Neuordnung der Landkreise und Bezirke sollte in der folgenden Legislaturperiode durchgeführt werden. Gleich das erste der 33 Gesetze betraf das Harzgebiet. Ministerpräsident und Landtagspräsident wollten als erste demonstrieren, dass sie Pressionen örtlicher Parteigremien zur Erzwingung bestimmter Regelungen nicht nachgeben würden. Wegen der Nur-Einstimmenmehrheit im Landtag hätte jeder SPD-Abgeordnete zusammen mit der Opposition im Landtag ein Gesetz zu Fall bringen können. Solche Ansinnen wurden gestellt, auch im Harzbereich, denn immerhin wurden die

Kreise Goslar (alt), Zellerfeld und Blankenburg (Braunlage) aufgelöst. Die Kreisfreiheit Goslars wurde ebenfalls aufgehoben und deutlich gemacht, dass Schladen nicht beim neugebildeten Harzkreis Goslar verbleiben werde. Die Nur-Einstimmenmehrheit aber hielt bei allen Abstimmungen, keiner tanzte aus der Reihe.«

Die dritte große Krise, die Baumgartens politisches Leben markierte, war die fehlgeschlagene Wahl Helmut Kasimiers zum Ministerpräsidenten als Nachfolger Alfred Kubels und die schließlich erfolgte Wahl des CDU-Oppositionsführers Dr. Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten. Für Baumgarten war es die größte Enttäuschung seiner Landtagszeit.

»Bei der Abstimmung gab es dann eine Sensation. Drei Abgeordnete der SPD/FDP-Koalition gaben ungültige Stimmen ab, aber keiner wollte es gewesen sein. Bei einer Wiederholung der Abstimmung am nächsten Tag wurde Dr. Albrecht sogar mit absoluter Mehrheit gewählt, erhielt aber kurz darauf nicht die in der Verfassung geforderte Bestätigung seiner Regierung durch den Landtag, weil alle SPD- und FDP-Abgeordneten in offener Abstimmung dagegen votierten. Die einstigen Abtrünnigen waren zu feige, sich zu bekennen, und Albrecht war nicht mehr Ministerpräsident. Vor dem nun nötigen dritten Wahlgang versicherten alle 78 Abgeordneten der Koalition, einzeln befragt, hoch und heilig, dass sie den nun von der SPD benannten Kandidaten, Bundesminister Karl Ravens wählen würden.

Das Ergebnis: 79 Stimmen für Albrecht, der nun die Bestätigung des Landtages für seine Regierungsmannschaft laut Verfassung nicht mehr benötigte. Über die Wortbrüchigen und ihre Motive ist in der Folgezeit in den Medien und an den Stammtischen viel spekuliert worden – vergeblich!«

Wilhelm Baumgartens politische Tätigkeit war stets geprägt von der engen Verbindung und Verknüpfung von Landes-, Kreis- und Gemeindepolitik, wie man auch unschwer in seinen Ausführungen zur Gebietsreform mit Bezug auf seine heimatliche Harzregion erkennt. Kein Wunder also, dass er als Vater der aus der Verwaltungs- und Gebietsreform hervorgegangenen neuen Stadt Bad Harzburg bezeichnet wurde. Besonders die Gebietsveränderungen in den Gemeinden, die tief in das Leben vieler Menschen und Organisationen eingriffen, forderten ihn immer wieder neu heraus. Die herausragenden Merkmale seiner rund 40-jährigen kommunalpolitischen Tätigkeit waren seine Weitsicht, sein Verantwortungsbewusstsein für eine immer solide Finanzpolitik und seine Achtung von der Zumutbarkeit aller Initiativen für die Mitmenschen und die politischen Gegner.

Wer in der Politik Neues will, muss auch neue Wege gehen, die Widerspruch und Widerstand auslösen. Das war nicht leicht, aber Baumgarten hat es geschafft und durchgehalten. Er ging seinen geraden Weg, aber er erlaubte sich auch den Umweg, wenn er sein Ziel über den direkten

Weg nicht erreichen konnte. Der Kompromiss gehörte zu seinem politischen Instrumentarium, weil er Pragmatiker war und nicht viel von großen ideologischen Statements hielt. Er sah es immer ganz klar, wie wichtig ein Mindestmaß an gesellschaftlichem Konsens für gestaltende Politik ist. Wie nur wenige hat er sich den verschiedenen, sich gegenseitig ergänzenden Aufgaben und Verflechtungen der drei Ebenen Land, Kreis und Stadt gestellt und dafür immer die Verantwortung übernommen.

Er hat dabei den Bogen nie überspannt. Ob er beim Finanzminister anklopfte oder beim Kreiskämmerer. Er wusste immer, was er dem Land oder dem Kreis zumuten konnte, weil er den Landeshaushalt ebenso gut kannte wie den des Kreises oder den der Stadt. So war es, als er die Mittel für die vielen kommunalen Einrichtungen in unserer Stadt freimachte, oder als er beim damaligen Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller in Bonn den ersten Investitionszuschuss in der Bundesrepublik überhaupt für das Silberbornbad loseiste.

Ratsherr, Kreistagsabgeordneter, Bürgermeister, Landrat, Fraktionsvorsitzender, Landtagspräsident, Parteivorsitzender und Aufsichtsratsvorsitzender ist Wilhelm Baumgarten gewesen. Alle seine Aufgaben hat er der Hingabe wahrgenommen, die man allen Amtsinhabern immer wünschen möchte.

Von Horst Voigt und Clemens Wirries

KURZBIOGRAFIE HELMUT KASIMIER

**Geboren am 17. Oktober 1926 in Breslau,
gestorben am 16. April 2013 in Hannover.**

**Besuch der Volksschule in Breslau.
Kaufmännische Lehre im Großhandel,
1944/45 Kriegsteilnahme und Verwundung,
nach 1945 Hilfsarbeiter im Baugewerbe,
Zeitungspacker, Angestellter im Großhandel.**

**1947 Eintritt in die SPD,
1948 bis 1963 Parteisekretär in Hannover,
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hannover,
1952 bis 1963 Mitglied des Rates der Stadt Hannover,
1963 bis 1986 Mitglied des Niedersächsischen Landtags,
1967 bis 1974 Fraktionsvorsitzender,
1974 bis 1976 Finanzminister des Landes Niedersachsen.**



Helmut Kasimier
Fraktionsvorsitzender
28.6.1967 – 20.6.1974

GRADLINIGKEIT UND UNABHÄNGIGKEIT: HELMUT KASIMIER

Als ich 1969 nach Hannover kam und als junger Studienassessor an der Leibnizschule in Hannover nach Materialien für den Unterricht in politischer Bildung suchte, begab ich mich auch in die SPD-Landtagsfraktion und traf dort erstmals Helmut Kasimier. Er war für mich eine bekannte Figur und als Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion ein »ganz großes Tier«. Dennoch habe ich seine Freundlichkeit, Bescheidenheit und Hilfsbereitschaft in sehr präziser Erinnerung.

Nach der vorzeitigen Auflösung des Niedersächsischen Landtages im Frühjahr 1970 kandidierte Helmut

Kasimier im damaligen Wahlkreis 3 in Hannover, der geteilt war: im Osten die Stadtteile Buchholz, Bothfeld, Roderbruch, im Westen Stöcken, Herrenhausen, Ledeburg.

Für diesen westlichen Bereich habe ich 1970 für Helmut Kasimier koordinierend den Wahlkampf organisiert. Bei der Aufstellung der Landesliste hatte ich den letzten Platz bekommen, weil es damals noch die Regelung gab, dass Landesbeamte zu Zwecken des Wahlkampfes, wenn sie kandidierten, von Dienstverpflichtungen befreit werden konnten. Davon habe ich in den letzten sechs Wochen vor der Wahl hin und wieder Gebrauch gemacht und bin mit Helmut Kasimier über Marktplätze gegangen, habe mit ihm Hausbesuche gemacht – was er ungern tat wegen einer Gehbehinderung seit dem Krieg – oder bin im Lautsprecherwagen durch die Straßen gefahren, was damals noch erlaubt war.

In dieser Zeit erzählte er mir begeistert von den Auseinandersetzungen in der Nachkriegszeit, die er als Juso mit seinen Genossen gegen die noch gar nicht alten Nazis hatte. Damals ging es noch fast tätlich zu.

In den aufkommenden innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links seit Ende der 60er Jahre hat Helmut Kasimier immer eine vermittelnde Position eingenommen. Kein Verständnis hatte er für die sich als links verstehenden SPD-Abteilungen in Linden, die bei der Aufstellung des Landtagskandidaten den ehemaligen Land-

tagspräsidenten und amtierenden Innenminister Richard Lehnert einfach abwählten und den Betriebsratsvorsitzenden Bruno Orzykowski aufstellten, der auch bis 1978 im Landtag saß.

Unvergessen ist ein Satz auf einem Parteitag der Hannoverschen SPD, in der jeder Kandidat für ein Parteiamt sich genötigt sah anzugeben, ob er dem linken oder rechten Flügel angehöre. Helmut Kasimier stellte trocken fest »Ich bin Rumpf«. Er verfügte über eine große Portion Humor und erschrak manchmal über die befreiende Wirkung seines Witzes. Helmut Kasimier war als Fraktionsvorsitzender einer SPD-Regierung, die im Landtag nur über eine Stimme Mehrheit verfügte (75 SPD, 74 CDU), ein strenger, aber auch diskutierender und gerechter Mann.

Sein Prestige, das er sich als kundiger und gründlicher Kenner vieler Sachgebiete erworben hatte, brachte ihm nach der Landtagswahl 1974 das Amt des Finanzministers in der SPD/FDP-Koalition ein. Er wurde Finanzminister in einer Zeit, in der man noch mit ganz schlechtem Gewissen in die Kreditaufnahme zum Ausgleich des Haushalts ging. So weigerte er sich, für den Haushalt 1976 etwa 50 ausgebildete Studienassessoren in den Schuldienst einzustellen, weil dies seiner Ansicht nach zu einer Überschuldung geführt hätte. Angesichts des damals aus Lehrermangel herrschenden Unterrichtsausfalls eine überaus konfliktträchtige Entscheidung.

Die politische Unruhe, die hiermit zusammenhing und große Teile der Elternschaft ergriff, wurde offensichtlich von der CDU-Opposition genutzt, um die wichtigste Entscheidung der Legislatur intrigant vorzubereiten. Ministerpräsident Alfred Kubel hatte zu Beginn der Wahlperiode angekündigt, dass er in der Mitte der üblicherweise vierjährigen Amtszeit zurücktreten wolle. Seine Parkinsonerkrankung ließ ihn diese Entscheidung auch nicht revidieren.

In der Koalitionsvereinbarung mit der FDP hatte die SPD für die Nachfolge Kubels Helmut Kasimier, Sozialminister Helmut Greulich und Bundesbauminister Karl Ravens vorgeschlagen. Die FDP war mit allen dreien einverstanden. Als Helmut Greulich aus Gesundheitsgründen zurückzog und Karl Ravens Helmut Kasimier den Vortritt ließ, fand im Januar 1976 die Wahl im Niedersächsischen Landtag statt. Sie endete am 14. und 15. Januar mit einer Niederlage für Helmut Kasimier und der Wahl des CDU-Kandidaten Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten, der im dritten Wahlgang am 6. Februar – dieses Mal gegen Ravens, da Kasimier zurückgezogen hatte – endgültig gewählt wurde und eine CDU-Minderheitsregierung bilden konnte.

Helmut Kasimier hat diese Niederlage wie eine persönliche Kränkung erlebt. Er wirkte wochenlang wie versteinert und grübelte immer wieder darüber nach, ob er vielleicht doch der falsche Kandidat gewesen sein könnte. Über die persönliche Betroffenheit braucht man nicht



Helmut Kasimier, Alfred Kubel und Dr. Georg Diederichs (v.l.n.r.) im lockeren Gespräch.

lange nachzudenken. Dieser grundehrliche und solide Sozialdemokrat war fern von allen raffinierten politischen Ränken. Die Treulosigkeit einiger Abgeordneter (SPD- und FDP-Fraktion hatte in geheimen Abstimmungen vorher einstimmig ihre Zustimmung bekundet) machte ihn faszungslos und hat ihn nach meiner Einschätzung ein ganzes Leben lang gekränkt und tief verbittert.

Dass hier ein viel größeres Spiel gespielt wurde und diese Wahl den langen Abstieg der sozialliberalen Koalition in Bonn unter Helmut Schmidt einleitete, haben wir damals geahnt, aber nicht wahrhaben wollen. Dass die so-

zialdemokratisch geführte Ära in Niedersachsen zu Ende war und erst mit Gerhard Schröder 1990 wieder aufgenommen werden konnte, hat Helmut Kasimier erlebt.

Er war fasziniert von der brillanten Intellektualität von Peter von Oertzen, wenngleich er nicht alle Positionen teilte. Helmut Kasimier ist nach 1976 trotz seines Verbleibs bis 1986 im Landtag politisch nicht mehr sichtbar in Erscheinung getreten. Seine Geradlinigkeit und sein unabhängiges Urteil sind unbestritten. Dennoch hatte jeder, der ihn seither traf, ein gewisses bedauerndes Dauererinnern an seine Niederlage 1976 im Kopf. Er war ein Mann, dessen Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus lag und der nach der Kriegsverwundung in jungen Jahren seine ganze Kraft dem demokratischen Wiederaufbau widmete, die für ihn nur sozialdemokratisch sein konnte.

Das affektierte Getue in der späten Bundesrepublik und die Doppelbödigkeit politischer Sprache waren ihm fremd. Dass er die Einheit Deutschlands begrüßte, wäre zu schwach ausgedrückt. Er wusste, dass er, in Breslau geboren, mit der Einheit Deutschlands einem großen historischen Moment beiwohnte. Trotzdem hatte er den revisionistischen Tönen der Vertriebenenverbände nie etwas abgewinnen können.

Von Rolf Wernstedt

KURZBIOGRAFIE PROF. DR. ERNST GOTTFRIED MAHRENHOLZ

Geboren am 18. Juni 1929 in Göttingen.

Studium der Theologie, Psychologie und Philosophie, später der Rechtswissenschaften an den Universitäten Göttingen und Tübingen, 1958 Promotion zum Dr. jur., 1960/61 persönlicher Referent von Hinrich Wilhelm Kopf in der Niedersächsischen Staatskanzlei, 1962/63 Konkordatsreferent im Niedersächsischen Kultusministerium, 1963 bis 1965 Leiter des Bauverwaltungsamts der Stadt Hannover, 1965 bis 1970 Direktor des Funkhauses Hannover des NDR, 1981 bis 1994 Richter am Bundesverfassungsgericht, 1987 bis 1994 Vorsitzender des zweiten Senats und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts.

1950 Eintritt in die SPD, Mitglied des Niedersächsischen Landtags von 1974 bis 1981, 1970 bis 1974 Staatssekretär und Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei, 1974 bis 1976 niedersächsischer Kultusminister.



**Prof. Dr. Ernst Gottfried
Mahrenholz**

»WIDERSPRICH MIR, DAFÜR WIRST DU BEZAHLT«

Erinnerungen von Ernst Gottfried Mahrenholz an den »Roten Wolfen« und die turbulenten 70er

Der 87-Jährige ist munter wie eh und je. »Wer damals in den öffentlichen Dienst des Landes wollte, der musste ein ganztägiges Kolloquium bestehen. Im Bewerberteam gab es auch die Genossin Ingeborg Westphal. Niemand wusste von unseren Heiratsplänen, denn solche Verbindungen waren im öffentlichen Dienst seinerzeit nicht gern gesehen«, erinnert sich Ernst Gottfried Mahrenholz.

Er war bei dieser Einstiegsprüfung offenbar der Beste, also holte sich der Sozialdemokrat Hinrich-Wilhelm Kopf,

der 1959 zum dritten Mal Ministerpräsident des Landes Niedersachsen geworden war, den jungen Sozialdemokraten Mahrenholz als persönlichen Referenten an die Seite. »Ich war sein Spion, wenn man so will. Kopf sagte zu mir: Ich will von jeder Fraktionssitzung, bei der ich nicht sein kann, einen genauen Bericht. Meistens war die Fraktion brav«, sagte er lachend.

Die Luft, so erinnert er sich, sei bei den Sitzungen zum Schneiden dick gewesen. Hinrich-Wilhelm rauchte seine Zigarillos, und man merkte allenfalls am heftigen Auf und Ab der Spitze, wie beteiligt er war. Man habe großen Respekt vor Kopf gehabt. Aber es gab auch: »Widerspruch mir, Gottfried. Dafür wirst Du bezahlt.«

Die Koalition, die Hinrich Wilhelm Kopfs letzte Regierung trug, mutet mit dem Blick von heute seltsam an: Die SPD koalierte mit der FDP und dem GB/BHE, dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Das Kabinett Kopf regierte bis zum 21. Dezember 1961. An diesem Tag starb der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf, den viele den »Roten Welfen« nannten, in Göttingen. Der neue Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs führte die Koalition fort.

Für Ernst Gottfried Mahrenholz führte der Weg weiter ins Kultusministerium. »Ich wurde Konkordatsreferent. Im Kern ging es bei den Verhandlungen um den Vorrang der Gemeinschaftsschule vor der katholischen

Bekenntnisschule. Ihn hielt die Landesregierung konzessionslos durch.« Etwas erschüttert wurde die Gegenposition des päpstlichen Nuntius Bafile – auch er Jurist und gewesener Anwalt – als Mahrenholz entdeckte, dass schon auf dem Katholikentag 1906 ein katholischer Professor seiner Kirche eine engstirnige Schulpolitik vorhielt: In ihr hatte dieser seinerzeit die Hauptursache dafür gesehen, dass es keine katholischen Professoren an den Universitäten in Deutschland gab. Mahrenholz hatte seinerzeit die Aufgabe, der Fraktion das Pro und Contra der einzelnen Bestimmungen zu erläutern. Die Fraktion akzeptierte das Konkordat nicht zuletzt deshalb, weil ihr Hauptgegner damit seinen Angriffspunkt, den Vorrang der Gemeinschaftsschule, verlor. So, wie Hinrich-Wilhelm Kopf mit der evangelischen Kirche den Loccumer Vertrag, den ersten Vertrag mit einer Kirche in Deutschland schloss, so tat es Dr. Georg Diederichs also mit der katholischen Kirche.

Mahrenholz wird 1963 Leiter des Bauverwaltungsamtes in Hannover unter Hillebrecht. »Ich lernte Städte sehen«, fasst er seine zweijährige Zeit heute zusammen.

1965 berief ihn der NDR zum Direktor des NDR-Funkhauses Hannover. Mahrenholz hielt fünfeinhalb Jahre die Fahne des Landes Niedersachsen in der Dreiländer-Anstalt hoch. Es ging vor allem um den Aufgabenbestand des Funkhauses Hannover.

Nach der Landtagswahl 1970 sprach Mahrenholz, inzwischen auch Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD, mit dem künftigen Regierungschef Alfred Kubel über dessen Politik. Kubel erklärte einiges und sagte dann: »Und Du machst mit.« So wurde Mahrenholz Chef der Staatskanzlei und wieder Teilnehmer der Fraktionssitzungen im Landtag. Sein Schwerpunkt war das öffentliche Auftreten der SPD, der Fraktion und der Landesregierung stärker als bisher zu inszenieren. Helmut Kasimier und Bernhard Kreibohm waren seine Mitspieler bei dieser Aufgabe.

Durch die Kreisreform in Niedersachsen war es in den 60er- und 70er Jahren sichtbar mit der Bravheit der Fraktion vorbei. Diese Reform betraf faktisch die meisten Bürger. Der Stratege im Hintergrund war Egon Hüper. 1974 wurde im zweiten Kabinett Kubel Mahrenholz Kultusminister. Hauptproblem ist 1975 die mangelhafte Unterrichtsversorgung. Das finanzschwache und sparsame Land Niedersachsen hatte zu wenig Lehrer eingestellt. Der Kultusminister badete es aus. »Ehrlich währt am längsten«, fand Mahrenholz, als er in Uelzen auf einer Bürgerversammlung die Lage des Landes schonungslos darstellte und nichts beschönigte. »Sie haben mir keinen Stich gegeben«, sagte ein CDU-Abgeordneter danach. Mahrenholz bekam für seine Offenheit Beifall.

Der große Fehler der führenden Genossen: Sie erlaubten Kubel 1976, zurückzutreten. Die FDP-Fraktion war mit

Helmut Kasimier als Ministerpräsident nicht einverstanden, und viele in der SPD vermuteten dort die notwendigen Stimmen für Ernst Albrecht. Mahrenholz fand sich danach als normales Fraktionsmitglied wieder und war mitverantwortlich für die Bereich Kultus und Recht und die Unabhängigkeit des Rundfunks. Hier lieferte er Albrecht eine Redeschlacht. Als Gerd Schröder Albrecht 1990 ablöste, war Mahrenholz bereits Richter des Bundesverfassungsgerichts. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand 1994 ist der Jurist wieder Hannoveraner und gelegentlicher Besucher der Landtagssitzungen.

Ratschläge will er nicht erteilen. Nur so viel vielleicht: »Man braucht als Abgeordneter Neugier und den Blick darauf, was läuft, was die Strömungen sind, was man aufgreifen sollte und muss. Man muss sich wichtigmachen. Das ist das politische Geschäft«, lacht er.

Von Frank Jungbluth

KURZBIOGRAFIE BERNHARD KREIBOHM

**Geboren am 9. August 1925 in Hannover,
gestorben am 8. Juni 2000 ebendort.**

Besuch der Mittelschule in Hannover, 1943 Einzug zur Wehrmacht und Kriegsteilnahme, nach 1945 Arbeit in der Jugendpflege, 1954 bis 1956 Vorsitzender des Landesjugendrings in Niedersachsen, Mitglied der AWO seit 1945, 1986 bis 1996 Vorsitzender des AWO-Bezirks Hannover und zugleich Landesvorsitzender, Mitaufbau der AWO in Sachsen-Anhalt.

1945 Eintritt in die SPD, bis 1956 Vorsitzender der Falken in Niedersachsen, 1956 bis 1974 Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, MdL von 1970 bis 1986, 1970 bis 1974 stv. Vorsitzender, 1974 bis 1978 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, 1978 bis 1986 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags.



Bernhard Kreibohm
Fraktionsvorsitzender
25.6.1974 – 20.6.1978

VERBINDLICHKEIT UND TOLERANZ: BERNHARD KREIBOHM

Bernhard Kreibohm war nicht der Typ eines lauten und beserwisserischen Politikers. Die leisen Töne und das saubere Argument lagen ihm mehr. Er konnte sich dies auch leisten, denn sein geistiges und politisches Fundament war solide, weil es aus Erfahrung gespeist war. Die Männer, die in den 1920er Jahren geboren wurden, waren die Hauptadressaten der Nazis und ihrer ideologiegetränkten Erziehungs- und Jugendpolitik. Unter Ausnutzung der Abenteuerlust und der Begeisterungsfähigkeit junger Leute wurden sie für den Krieg getrimmt und dann auf die Schlachtfelder geführt. Wie fast alle in der Nazizeit war er in der Hitlerjugend und hatte es dort zu einer kleinen Führungsfunktion gebracht, so dass er

Verantwortung für eine kleinere Gruppe von HJlern hatte.

Das wusste auch Heinz Müller, der von 1951 bis 1958 als Mitglied der FDP und von 1958- 1982 der CDU Mitglied des Landtages, zuletzt als Landtagspräsident, war und im Kriege als Berufsoffizier tätig gewesen war. Ausgerechnet Müller, dem man eine aktive Beteiligung an dem Terror der Reichspogromnacht 1938 zuschrieb, machte mehrfach im Landtag anzügliche Bemerkungen gegenüber Bernhard Kreibohm, dass er ja wisse, dass Kreibohm mit Freude in der Hitlerjugend tätig gewesen sei. Darüber hat sich Kreibohm immer sehr geärgert.

Aus dem Zweiten Weltkrieg kehrte Kreibohm verwundet zurück. Er hat unmittelbar nach dem Krieg seine Schlussfolgerungen gezogen: Nicht nur »Nie wieder Krieg«, sondern auch aktiver und tätiger Einsatz für andere in sozialer und politischer Verantwortung. Er gehörte also zu denen, die wussten, dass es nicht reicht, nur ein gutes Herz zu haben, sondern dass man dafür auch streiten muss, um es zu behalten und wirksam werden zu lassen.

Wer in so jungen Jahren existenziell berührt worden ist durch Umstände und Schicksal, die andere zu verantworten hatten und daraus seine geistige Orientierung gewinnt, wird stark. Seine Verbindlichkeit und Toleranz haben manche als Schwäche ausgelegt, wie es häufig vorkommt. Aber sie täuschten sich.

In seiner Zeit als Geschäftsführer der SPD- Landtagsfraktion von 1956 bis 1974 hat er die manchmal schwierigen

Koordinierungsaufgaben der unterschiedlichen Regierungsfractionen effektiv und geräuschlos gemeistert. Von 1970 bis 1974 war das Arbeitsverhältnis zu seinem Fraktionsvorsitzenden Helmut Kasimier besonders eng. Sie galten beide als eng befreundet.

Man muss dabei berücksichtigen, dass in dieser Zeit die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der Fraktion viel geringer war als heute. Zudem war er bis 1970 Mitglied des Rates der Stadt Hannover und hat das nie spannungsfreie Verhältnis der hannoverschen Sozialdemokraten zur Landtagsfraktion gut ausgleichen können. Den Titel eines Senators der Landeshauptstadt hat er mit Stolz getragen.

Wer länger mit Bernhard Kreibohm zu tun hatte, merkte sehr bald, dass seine wache Neugier und aufmerksame Zugewandtheit nicht innerer Unsicherheit entsprangen, sondern dem Willen, Ansatzpunkte für Erklärung und Engagement zu gewinnen. Solche Menschen sind ein Leben lang wach, und Larmoyanz gehörte nicht zu seinen Charaktereigenschaften. Er hat auch genügend Enttäuschungen erlebt und nach 1976 – die durch das Stimmverhalten von Abweichlern aus eigenen Reihen verhinderte Wahl von Helmut Kasimier zum Ministerpräsidenten – immer wieder die Frage umgewälzt, welchen Teil der Verantwortung er trage. Aber er wusste auch, dass man sein Herz nicht total der Politik widmen darf, ohne Schaden an sich zu nehmen. Ich erinnere mich an lange Gespräche über Kindererziehung, über

die Schwierigkeit, sich mit der nachwachsenden Generation respektvoll auseinanderzusetzen, über Solidarität und Verbot, über Verlässlichkeit und Hektik.

Als Fraktionsvorsitzender bis 1978 und danach als Vizepräsident des Landtages hat er die schwierigsten Jahre seiner Partei und seiner Fraktion durchlebt und durchlitten. Mit Ruhe und Souveränität hat er im Präsidium agiert und unter schwierigen Umständen seine Linie gehalten.

Er genoss bei allen Fraktionen hohes Ansehen. Er hat nie ein hohes außerparlamentarisches Amt bekleidet, nicht in der Kommune, nicht im Land, obwohl ihn viele gerne als Minister gesehen hätten. Auch so hat sich Kreibohm um unser Land verdient gemacht. Er repräsentierte einen Politiker, der Kontakte knüpfen, zuhören und Menschen gewinnen konnte.

Unter heutigen Bedingungen hätte er mit Sicherheit Abitur gemacht. Er gehört zu der Sorte Funktionäre der alten SPD, die ihre Fähigkeiten strebsam, fleißig und immer mit einem festen beruflichen Ziel verfolgt haben. Ihr Erfahrungsschatz im realen Leben war für die SPD eine Bereicherung und für die Bevölkerung eine Empfehlung.

Wir behalten einen Mann in Erinnerung, der gern und gut feiern konnte, mit dem es eine Lust war, auf Reisen zu sein (in Israel und in Polen war es sichtbar), der war, was er schien, und niemals schien, was er nicht war. Die gehörige Selbstdistanz teilte sich im häufigen Zitieren von Tucholsky mit.

Von Rolf Wernstedt

KURZBIOGRAFIE KARL RAVENS

Geboren am 29. Juni 1927 in Achim.

Nach Besuch der Volksschule Ausbildung zum Metallflugzeugbauer bei Focke-Wulf, 1944/45 Arbeitsdienst und Wehrdienst bei der Luftwaffe, 1946 bis 1948 Umschulung zum Kraftfahrzeugschlosser bei Borgward, 1952 bis 1961 ebendort Lehrlingsausbilder.

1950 Beitritt zur SPD, 1961 bis 1978 Mitglied des Deutschen Bundestags, 1969 bis 1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, 1972 bis 1974 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler, 1974 bis 1978 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Spitzenkandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten 1978 und 1982, Mitglied des Niedersächsischen Landtags von 1978 bis 1990, 1978 bis 1986 Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer, 1979 bis 1984 Landesvorsitzender der SPD, 1986 bis 1990 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags.



Karl Ravens
Fraktionsvorsitzender
9.6.1978 – 20.6.1986

»DAS WAR DRAMATISCH. WIR WAREN VÖLLIG ZERSTÖRT. ABER WIR HABEN DANN GESAGT: WIR BRINGEN NOCH WAS AUF DIE REIHE«:
KARL RAVENS

Karl Ravens ist 89 Jahre alt, gesundheitlich hat er einiges mitgemacht wie in seiner langen und lebendigen politischen Laufbahn. Wir sitzen in seinem schönen Garten in Hannover-Davenstedt beim Kaffee. Vorgestern hat er die Kamelien aus der Winterverschalung befreit. Er ist noch immer agil, flexibel im Denken und beim Erzählen, kommt vom einem Stein auf den anderen, und lacht dabei viel.

Gleich zwei Berufe hat er gelernt und auch viele Jahre ausgeübt, was heute nur noch die wenigsten von sich behaupten können, schon gar nicht in der Politik. Ein einschneidendes Erlebnis war für Karl Ravens, als er gegen Kriegsende in Bremerförde die Ankunft eines Transports von KZ-Häftlingen erlebte. Dass die ausgemergelten, hungernden Gestalten keine Untermenschen sein konnten wurde dem jungen Soldaten und seinen Kameraden schnell klar. »Dass so ein schlimmes Unrecht niemals wieder passieren darf, wird mir immer wieder klar, wenn ich mich an diese Bilder erinnere«, sagt Ravens.

Wenig später in die Politik gekommen ist er nicht nur über sein sozialdemokratisches Elternhaus, sondern auch durch sein berufliches Umfeld, schon bei Focke-Wulf und später bei Borgward. »Dort hatten wir sogar eine SPD-Betriebsgruppe und in der Gewerkschaft waren beinahe alle organisiert«, erzählt Ravens. Auch bei den Falken ist er gewesen. Sie haben eigenhändig ein Jugendheim in Achim gebaut und haben auch sonst viel unternommen, sind in die Natur gefahren, auch zu den sozialistischen Freunden ins Ausland. »In Roskilde in Dänemark sind wir gewesen, 1950 war das und ich habe ordentlich Federball spielen gelernt.« Zu unserem nördlichen Nachbarland hat er seitdem ein inniges Verhältnis, fährt noch immer jedes Jahr einmal zu einem alten Freund auf die Insel Fanö.

1956 kam er in den Stadtrat seiner Heimatstadt Achim, ein Jahr später in den Kreistag in Verden. »Und dann haben

mich unser Landtagsabgeordneter Martin Brüns und der Hamburger Bezirksgeschäftsführer Paul Kündler gefragt, ob ich nicht für den Bundestag kandidieren wollte.« Nach sorgfältiger Diskussion mit Familie und Freunden sagte Ravens ja zu dieser Aufgabe und wurde dann tatsächlich 1961 gleich direkt in das Hohe Haus am Rhein gewählt. Seine ganz praktische Berufserfahrung, sein Elan und sein Pragmatismus ermöglichten seinen schnellen Aufstieg im geschäftigen Bonner Politbetrieb. Zuerst parlamentarischer Staatssekretär, dann schließlich Bundesbauminister unter Helmut Schmidt. »Karl macht das« hatte der SPIEGEL 1977 einmal in einem Ravens-Portrait getitelt, welches im damals typisch leicht abschätzigen Tenor des Hamburger Magazins gehalten ist, was man aber auch gut und gerne heute noch für eine Auszeichnung halten kann. Höchst erfolgreich ist seine Bilanz als Minister: Das Städtebauförderungsgesetz machte die Erneuerung und Sanierung unserer Innenstädte möglich, mit der Einbeziehung betroffener Bürgerinnen und Bürger in die Planungen. Das Wohngeld für Geringverdiener wurde erheblich erhöht und sollte fortan regelmäßig angepasst werden. Das Mietrecht wurde sozialer gestaltet.

Der hervorragende Ruf des fleißigen wie volksnahen Ministers auch in Niedersachsen aber hatte dazu geführt, dass er 1975 auf die berühmte Liste des Ministerpräsidenten Alfred Kubel gekommen war, der dort drei Namen festgehalten hatte, die seiner Ansicht nach das Zeug haben würden,

ihm im Amt nachzufolgen. Helmut Greulich, damals Wirtschaftsminister hatte aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt, Ravens ebenso, da er in der Bundespolitik »seinen festen Platz hatte«. So blieb Finanzminister Helmut Kasimier übrig, der schließlich am 14. Januar 1976, inmitten der Wahlperiode, dem amtsmüden Kubel nachfolgen sollte. Die Mehrheit aus SPD und FDP war seinerzeit wie heute hauchdünn gewesen, denn Sozialdemokraten (67) und Liberale (11) hatten zusammen nur einen einzigen Sitz mehr als die CDU mit ihren 77 Mandaten. Für die CDU kandidierte damals Ernst Albrecht, ein konservativer Karrierebeamter, der bereits bei der EWG in Brüssel gewesen war, nun aber als Geschäftsführer des Hannoveraner Keksherstellers Bahlsen wirkte.

Probeabstimmungen waren abgehalten worden, alles schien nach Plan zu laufen. Als das Ergebnis verkündet wurde, gab es starre Mienen auf den Regierungsbänken. 77:75 Stimmen für Albrecht. Gleich drei Abgeordnete hatten ungültige Zettel abgegeben. Nach dem Schock glaubt man zunächst an einen Unfall und wiederholt die Wahl am folgenden Tag. Dieses Mal bekommt Albrecht die nötigen 78 Stimmen und wird zum Ministerpräsidenten gewählt, auf jeden Fall mit mindestens einer Stimme aus den Reihen der Regierungsparteien. Aber Albrecht kann kein Kabinett vorstellen, denn er weiß, dass sich in einem solchen Moment die Überläufer zu erkennen geben müssten und das sehr unwahrscheinlich wäre. Er will die in der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung

vorgesehenen 21 Tage ausnutzen und sich noch einmal in geheimer Abstimmung wählen lassen. Ein Kabinett bräuchte er sich dann nicht noch einmal offen bestätigen lassen, sondern könnte es ganz einfach ernennen.

Die Situation der Niedersachsen-SPD ist völlig zerrüttet, es ist klar, dass man einiges aufs Spiel gesetzt hatte mit einer unausgegorenen Gebietsreform, bei der offenbar viele Mitglieder der Koalition vor den Kopf gestoßen wurden. Helmut Kasimier schmeißt hin, nach dem zweiten Versuch, Ministerpräsident zu werden, und gilt fortan als schwer angeschlagen. Für die niedersächsischen Parteigremien und auch die führenden Bonner SPD-Spitzen ist klar: Ein größeres Kaliber muss nun her, es muss Ravens werden. Aber es geht auch noch um Größeres in Bonn, denn die Zustimmung bei den Ostverträgen im Bundesrat muss gesichert werden. »Schmidt hatte mich in Hamburg bedrängt und dann teilte mir Brandts Büro mit, dass der Kanzler persönlich nach Hannover kommen werde, um mich vorzuschlagen. Ich sagte schließlich zu und wurde gewählt. Wir haben dann hart gearbeitet, zwölf Tage lang richtig schwer gearbeitet.« Ein Regierungsprogramm wurde geschrieben zusammen mit dem Celler Abgeordneten Dr. Fritz Riege für das Sozialkapitel, Werner Kirschner hat viel für den Bildungsteil geschrieben, Michael Arndt und Helmut Greulich für Wirtschaft und Finanzen. Und mit der FDP haben wir viel gesprochen, wieder Einigkeit hergestellt in der Finanzpolitik.«

Es hat nichts genutzt. Am 6. Februar 1976 wählt der Niedersächsische Landtag in geheimer Abstimmung mit 79 Stimmen Ernst Albrecht endgültig zum Ministerpräsidenten. Ravens: »Das war dramatisch. Wir waren völlig zerstört. Kaputt, das hätte niemals passieren dürfen.« Wer die Schuldigen waren, ist bis zum heutigen Tag nicht bekannt. Ravens glaubt wie viele andere, dass die Überläufer nicht in der SPD-Fraktion zu suchen sind. »Es spricht vieles dafür, dass die klaren Ja-Stimmen aus der FDP-Fraktion kamen.«

Die niedersächsische SPD mit ihren vier Bezirken und ihren Erbhöfen wie ihren Flügeln war festgefahren. Wie der Vorsitzende des Landesausschusses, der linke Politikprofessor Peter von Oertzen sagte: »Diesen Franke-Laden müssen wir auflösen.« Der gemeinte Egon Franke, der ebenfalls aus Hannover stammende führende rechte »Kanalarbeiter« der Bundestagsfraktion sagte dasselbe über »PvOe« und seine Leute. »Da habe ich sie mir beide vorgenommen«, sagt Ravens in ruhigem Ton. Die Bundestagswahl stand kurz bevor, es ging wieder darum zu gewinnen, die Vergangenheit möglichst schnell hinter sich zu lassen. »Für die MP-Wahl war ich nicht freiwillig nach Hannover gekommen, aber nach der Niederlage war mir klar geworden: Du musst bleiben und die Partei zusammenhalten.«

Die Bundestagswahl 1976 wird trotz des erheblichen Gegenwindes durch den aufstrebenden wie populären Helmut Kohl gewonnen, durch einen engagierten Stra-

ßenwahlkampf – gerade in Niedersachsen. Die SPD in Niedersachsen, so schwer angeschlagen wie sie war, fand auch durch diesen Erfolg und durch ihre Disziplin wieder zu einem starken Zusammenhalt zurück. »Die Fraktion hat Bernhard Kreibohm nach 1976 gut beieinander gehalten. Wir haben den Wahlkampf 1978 gut vorbereitet, einen Gesetzentwurf zur Lehrmittelfreiheit zusammen mit Mahrenholz, Wernstedt und Kirschner. Rolf gehörte ja eher zum »linken Kreis«, war aber immer kooperativ und loyal«, berichtet Ravens. »Wir haben uns gut geschlagen« kommentiert Ravens sein Abschneiden bei der Wahl 1978, wo die SPD 42,2 Prozent der Stimmen erhält. Aber die FDP, die die Seiten endgültig gewechselt hatte und in das Kabinett Albrecht eingetreten war, erhält die Quittung für ihren Seitenwechsel und fliegt mit 4,8 Prozent aus dem Landtag. Albrecht regiert weiter mit absoluter Mehrheit. Die SPD macht Opposition und stellt sich auch in der Unterlegenheit gut auf. Sie gewinnt die Europawahlen 1979 in Niedersachsen und auch die Kommunalwahlen ein Jahr später laufen gut.

Die Themen der Fraktion Ende der 70er Jahre waren ganz ähnliche wie heute: »Gorleben, das war Albrechts großes Vorhaben gewesen. Wir sind da damals als Fraktion offen hineingegangen in diesen Prozess. Erst als dann ein großes öffentliches Kolloquium mit Carl Friedrich von Weizsäcker veranstaltet wurde, ist uns klargeworden, wieviel Widersprüchliches da ist. Und was das bedeutet, wenn

wir einfach so ein Loch graben, und etwas hineinkippen, was dann eine Million Jahre strahlt. Da wuchs die Skepsis. Und dann bekamen wir auch Hinweise, dass der Salzstock nicht so sicher sei, denn da war auch Wasser oben drüber. Da bin ich dann zu Schmidt gefahren und habe ihm gesagt, dass die Landtagsfraktion nicht hinter der Bundesregierung stehen könnte in dieser Frage«, fasst Ravens das große Dilemma zusammen. »Das war im Nachhinein gesagt, der erste Schritt zur Umsteuerung. Gegen die vorherrschende politische und gegen die öffentliche Meinung.«

Auch in anderen Politikfeldern positioniert sich die SPD-Landtagsfraktion klar und deutlich wie fachlich kundig und ambitioniert. Eine verbesserte Krankenhausfinanzierung und eine fortschrittliche Schulpolitik gehörten dazu. Fraktion und Partei stabilisierten sich unter Karl Ravens trotz aller Niederlagen, auch 1982 gegen den »Strahlemann« Albrecht, der von den Medien hofiert wurde. Karl Ravens blieb noch bis 1984 Landesvorsitzender der SPD, des Landesverbandes, den er überhaupt erst nach 1979 zusammengemurmelt hatte. Fraktionsvorsitzender blieb er bis 1986 und wurde dann Landtagsvizepräsident, als Gerhard Schröder ihn ablöste. Karl Ravens hat Enormes geleistet, denn er hat die Partei und Fraktion nach der schmachvollen Niederlage 1976 zusammengehalten, Vertrauen wiederaufgebaut und auch inhaltlich Haltung bewiesen.

Von Clemens Wirries

KURZBIOGRAFIE JOHANN »JOKE« BRUNS

Geboren am 25. April 1932 in Emden.

**Besuch der Volksschule in Emden,
Lehre als Vermessungstechniker,
1954 Abitur am Braunschweig-Kolleg.
Ab 1958 Dozent an der Deutsch-Niederländischen
Heimvolkshochschule im Europa-Haus in Aurich,
von 1967 bis 1974 deren Leiter.
Ab Mitte der 1950er Jahre Jugendsekretär des
Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für Ostfriesland
und Emsland.**

**1951 Eintritt in die SPD, in den 1970er und
1980er Jahren viele Jahre Vorsitzender des SPD-Unter-
bezirks Weser-Ems.
Von 1970 bis 1994 Mitglied des Niedersächsischen Land-
tages, stv. Fraktionsvorsitzender von 1973 bis 1990,
1986 bis 1994 Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen,
ab 1994 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.**

KURZBIOGRAFIE GERHARD SCHRÖDER

Geboren am 7. April 1944 in Mossenberg-Wöhren.

**Besuch der Volksschule in Bad Salzuflen.
1961 Lehre zum Einzelhandelskaufmann,
1966 Abitur in Bielefeld,
1966 bis 1976 Studium der Rechtswissenschaften in
Göttingen.
1976 bis 1990 Rechtsanwalt in Hannover.**

**1963 Eintritt in die SPD,
1978 bis 1980 Bundesvorsitzender der Jusos,
1980 bis 1986 und 1998 bis 2005 Mitglied des Bundestags,
1986 bis 1998 Mitglied des Niedersächsischen Landtags,
1994 bis 1998 Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen,
1990 bis 1998 Niedersächsischer Ministerpräsident,
1999 bis 2004 SPD-Bundesvorsitzender,
1998 bis 2005 Bundeskanzler.**



Johann »Joke« Bruns
Fraktionsvorsitzender
13.6.1990 – 20.6.1994



Gerhard Schröder
Fraktionsvorsitzender
17.6.1986 – 20.6.1990

EIN STARKES TEAM: JOHANN »JOKE« BRUNS GERHARD SCHRÖDER

Die Fraktion wird 70, ich wurde 85, mit 38 wurde ich Mitglied der Fraktion. Unter den wachen Augen des Ministerpräsidenten Kubel und der Fraktionsführung des klugen Helmuth Kasimier durfte ich schnell meine erste Landtagsrede halten, nach Außen bemüht ruhig und souverän, im Inneren unsicher, aufgereggt. Schon bald wählte mich die Fraktion zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Und so erlebte ich aus der ersten Reihe den Rücktritt unseres Ministerpräsidenten, die Untreue von einigen Mitgliedern unserer Koalition mit der FDP und die spektakuläre Wahl des CDU-Abgeordneten Dr. Albrecht. Unnötig darzu-

stellen, was das für die Psychologie der Fraktion und unser Ansehen in der Öffentlichkeit bedeutete.

Dass die SPD in Niedersachsen – sowohl die Landtagsfraktion als auch die Gliederungen der Partei – eine potente Kraft in Niedersachsen blieb, verdanken wir unserem Genossen Karl Ravens. Intelligent und mit großem politischen Wissen führte er die Fraktion, nachdem er selbstlos seine Karriere im Bundeskanzleramt aufgab, um uns zu helfen. Neben Intelligenz und Wissen war es seine makellose Charakterstärke, seine gewinnende Menschlichkeit, die der Fraktion immer wieder innere Geschlossenheit und Anerkennung in der Öffentlichkeit brachte. Wir sollten das niemals vergessen.

Trotz all unserer Bemühungen war Ministerpräsident Albrecht bei den folgenden Wahlen nicht zu schlagen. Wir schienen ohne Siegesperspektive zu sein, wollten aber dennoch mit einem neuen personellen Angebot um die Regierungsmehrheit kämpfen. Doch mit wem? Namen wurden genannt. Bewerberinnen und Bewerber sowohl aus Niedersachsen als auch aus anderen Bundesländern. Alles lief normal, die Atmosphäre in der Partei war ruhig, man positionierte sich, eine Spitzenkandidatenwahl ohne Aufregung. Auch ohne besonderes öffentliches Interesse.

Das änderte sich schlagartig und spektakulär mit dem Namen »Gerhard Schröder«. Seine Kandidatur war unkonventionell. Er ließ sich nicht vorschlagen. Er schlug sich

selber vor. Demonstrativ. Gegen den Parteicomment. Der »Jusovorsitzende« als Spitzenkandidat – und das in Niedersachsen? War das etwa sogar der Beginn von Rot-Grün? Die Aufregung war groß. Mancher Direktabgeordneter wird um seine Chancen zur Wiederwahl im Wahlkreis gebangt haben. Sozialdemokratische Oberkreisdirektoren sanken ungläubig in ihre Chefsessel.

Ich kannte Gerd Schröder nicht persönlich. Bis ich ihn bei einer Parteiveranstaltung in Oldenburg agieren sah. Da wusste ich: Das ist ein außergewöhnliches Kaliber, der spielt in einer anderen Liga, mit dem werden die niedersächsischen Karten neu gemischt. Und vielleicht ergibt sich mit ihm doch noch Hoffnung auf den Sieg unserer Partei.

Wir trafen und besprachen uns. Gerd wurde Spitzenkandidat, ich Landesvorsitzender, und später Vorsitzender der Landtagsfraktion. Die SPD ging mit neuer Geschlossenheit verjüngt und frisch in den Kampf. Und gewann. Zunächst 1986 kräftig an Stimmen (Der Abstand zur CDU schmolz von 14 auf zwei Prozentpunkte), dann 1990 die relative Mehrheit und 1994 die Mehrheit sogar absolut. Es wurde Schröders Triumphzug.

Zunächst in Niedersachsen, dann auch im Bund. Schröders Jugendlichkeit, seine Karriere gegen das Parteiestablishment und die vermutete Verortung im linken Spektrum der Partei, seine Akzeptanz bei Intellektuellen und Künstlern,

sein damaliges Outfit: Alles deutete auf eine selbstverständliche Nähe Schröders zu den Grünen hin. Das von ihm zu erwartende Angebot der Zusammenarbeit in einer späteren Koalition schien nur noch eine Frage der Zeit.

Umgehend organisierte er eine harte und konsequente Opposition. Der Ministerpräsident und seine Koalition kamen nicht mehr zur Ruhe. Spektakuläre Skandale (Celler Loch, Spielbankenaffäre, Rücktritt des Innenministers) demontierten ihr Ansehen. Schröder riskierte den schärfsten ultimativen parlamentarischen Angriff: das konstruktive Misstrauensvotum. Er verlor. Ministerpräsident Albrecht genoss seinen Triumph. Er tat gut daran. Es war sein letzter. Die parlamentarische Mehrheit hatte er noch behalten, die gesellschaftliche aber war dahin. Schröder gewann die Zukunft.

Die Landtagswahl 1990 wurde gewonnen. Innerhalb von drei Wochen stand der Koalitionsvertrag mit den Grünen, Schröder wurde zum Ministerpräsidenten gewählt, Jürgen Trittin zum wichtigsten Minister unserer Koalitionspartner. Die erste rot-grüne Koalition, die erfolgreich zu Ende geführt wurde, ging an den Start.

Niedersachsen wurde von Schröder gut regiert, er war im Land schnell hoch geachtet und legte die Grundlagen für seine späteren Triumphe: die absolute Mehrheit seiner Partei bei den nächsten Landtagswahlen und dann den Sieg gegen Helmut Kohl bei den Bundestagswahlen 1998.

**Eröffnung des Landtagswahlkampf 1990
in Greetsiel. Johann »Joke« Bruns (links)
überreicht Gerhard Schröder eine Kelle, in der
Hoffnung, dass Ostfriesland ein wenig mehr
aus dem Landeshaushalt schöpfen kann.**



Die Voraussetzungen für die Haltbarkeit unseres rot-grünen Bündnisses nach der gewonnen Landtagswahl waren günstig. Die Fraktionsvorsitzenden Dr. Thea Dückert und ich vertraten selbstbewusst die Auffassungen unserer Fraktionen auch gegenüber der Landesregierung. Wir hatten im Koalitionsvertrag durchgesetzt, an den Kabinettsitzungen teilnehmen zu können. Das wurde zu einem wichtigen Element der Stabilität der Koalition. Die Fraktionen waren immer bestens über die Regierungsvorhaben informiert, ich traf mich vor den Kabinettsitzungen unter vier Augen mit dem Ministerpräsidenten. Und die Regierung hatte rechtzeitig die Gelegenheit, bei allen Entscheidungen die Haltung der

Fraktionen zu bewerten. Dadurch musste der Koalitionsausschuss nur in wenigen Ausnahmefällen tagen.

Vieles glättete sich zwar durch den regelmäßigen Kontakt der Fraktionsspitzen. Aber der wichtigste Grund für die Festigkeit der Koalition auch in schwierigen Situationen war das rationale Verhältnis der beiden entscheidenden Protagonisten im rot-grünen Projekt: Gerhard Schröder und Jürgen Trittin. Ihr Arrangement der politischen Vernunft war wirkungsvoll psychologisch-kulturell unterlegt. Es war die habituelle Nähe der beiden durch die studentische Sozialisation. Schröders antibürgerliches Flair durch seinen respektlosen Umgang mit dem Establish-

ment seiner Partei. Beide umgab noch das Odeur der noch nicht von politischen Rücksichtnahmen Angepassten.

Dennoch: Verständigungsarbeit war auch jetzt immer wieder nötig. Schröder sagte noch nicht »basta«, aber er verhielt sich so! Da war zum Beispiel seine Entscheidung, die große Mercedes-Teststrecke nach Niedersachsen zu holen und bei Papenburg anzusiedeln. Ausgerechnet Mercedes. In einem weitgehend intakten Moorgebiet. Mit ansehnlichen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen setzte Gerd sich durch.

Da war die Verlegung der von Norwegen kommenden Erdgasleitung durch die Nordsee und das nationalparkgeschützte Wattenmeer. Greenpeace beflaggte schon die Protestflotte. Doch Schröder setzte sich am Ende mit einem neuen umweltschonenden Bohrverfahren durch. Das Gas floss nach Niedersachsen.

Da war die wohl größte Belastung unseres Koalitionsfriedens: die U-Boot-Affäre. Der Kabinettsbeschluss war einstimmig und eindeutig: »Die Landesregierung lehnt jegliche Lieferung von Kriegsmaterial an Nicht-NATO-Staaten ab.« Beschlossen auch mit der Stimme des Ministerpräsidenten. Dennoch legte sich Schröder beim Bundessicherheitsrat für den Bau mehrerer U-Boote auf den Nordseewerken in Emden ins Zeug, die in das Krisengebiet nach Formosa geliefert werden sollten. Er begründete das schnörkellos mit dem Hinweis auf die zu sichernden Arbeitsplätze der Werftarbeiter. Außerdem habe er nicht gegen den Beschluss seiner Regie-

rung »gehandelt«, sondern lediglich seine »Meinung« geäußert. Die Opposition im Plenum stand Kopf. Die Grünen waren entsetzt. Letztlich rettete ein Kompromiss die Koalition: Die Grünen verzichteten auf eine Abstimmung im Kabinett, aber der generelle Waffenexportbeschluss blieb bestehen.

Diese Reihe der struktur- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen war wichtig fürs Land, aber belastend für die Koalition. Gerd war getrieben von der Sorge um die durch Strukturschwäche bedrohten Arbeitsplätze. Jedoch wird er sich nicht geärgert haben, dass sein Ansehen auch in Kreisen der Wirtschaft sich von Mal zu Mal steigerte. Er hat wohl gewusst, dass Bundeskanzler Brandt ohne den Wirtschaftsminister Karl Schiller nicht Realität geworden wäre. Und dass bei striktem Misstrauen der politischen Mitte keine Partei die Mehrheit in Deutschland gewinnen wird.

In all den beschriebenen Fällen war es bei den Grünen zuallererst Jürgen Trittin, der für die Stabilität der Koalition sorgte. Das verhinderte jedoch nicht, dass er einmal mit eigenen Äußerungen eine tief gehende emotionale Verstimmung zwischen uns und den Grünen bewirkte. Thesen aus seinem Ministerium und die Äußerungen dazu schienen die SPD in die Nähe von Fremdenfeindlichkeit und unklarer Abgrenzung zum Rechtsextremismus zu rücken. Damit ging es um die Identität unsrer Partei. Viele in der Fraktion fühlten sich ernsthaft beleidigt. Es traf unseren Wesenskern

des Internationalismus und des Widerstandes gegen den Rassenwahn des Nationalsozialismus. Jedenfalls wurde es so empfunden. Leicht war die Aufgabe von Gerd und mir nicht, in der parlamentarischen Debatte sowohl den Koalitionsfrieden zu wahren als auch den Bedürfnissen der Fraktion und der Partei nach Genußtuung zu entsprechen. Und ich war wohl etwas deutlicher, als Trittin es für angebracht hielt. Ich glaube, er hat es mir nie verziehen. Nach meinem jetzigen Studium der Protokolle verstehe ich ihn allerdings etwas besser.

Schwierigkeiten in der Koalition waren jedoch selten, vertrauensvolle Zusammenarbeit die Regel. Es wurde gut und erfolgreich regiert, die Schlussbilanz kann sich sehen lassen: Im Wirtschaftswachstum stieg Niedersachsen aus einer mittleren Position zur Spitzenposition auf, die Zahl der Arbeitsplätze erhöhte sich überproportional zum Länderdurchschnitt, die Exporte wuchsen dreifach schneller als im Bund, der Ökologiefonds füllte sich auf 27 Millionen DM jährlich, der Pflegenotstand verringerte sich, Altenpfleger wurden in großer Zahl eingestellt, der Wohnungsbau boomte, 65.000 neue Sozialwohnungen wurden gefördert (unter CDU-FDP 19.500), die Zahl der Kindergartenplätze stieg von 150.000 auf 195.000 an, 6.650 neue Lehrerstellen waren geschaffen, die Lernmittelfreiheit war wie versprochen eingeführt, die Müllentsorgung ökologisch kräftig modernisiert, der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen, die Ausbildung

der Polizei strukturell verbessert, 840 neue Stellen bei der Polizei waren eingerichtet. Die Verbrechensbekämpfung zeigte deutliche Erfolge, die Aufklärungsquote bewies, dass Niedersachsen konsequent die innere Sicherheit verbesserte.

Aber für manchen Skeptiker sicherlich besonders überraschend: Die von Schröder bei der Regierungsübernahme angekündigte solide Finanzpolitik wurde Realität. Im Gegensatz zu den jährlichen Rekordverschuldungsraten unter Albrecht zwischen 11,9 und 8,4 Prozent sank unter Gerd Schröder der kreditfinanzierte Anteil des Haushaltes auf 6,1 Prozent. Im Bundesgebiet stieg er auf 14 Prozent.

Wir haben das Land solide regiert und bewiesen, dass wir mit dem Geld der Steuerzahler besser wirtschaften als die Anderen. Eine wichtige Ursache für den strahlenden Sieg bei der Landtagswahl 1994.

Ich hatte das Glück, Parteivorsitzender zu sein, als wir 1990 die Wahl gewannen. Und Fraktionsvorsitzender, als wir 1994 die absolute Mehrheit holten. Ich bin dankbar. Und wir sollten sie ehren, die mit ihrer Arbeit den Wiederaufstieg der niedersächsischen SPD ermöglichten: die vielen aktiven Genossinnen und Genossen in Partei und Fraktion, Alfred Kubel, Helmut Kasimier, Peter von Oertzen, Karl Ravens, Gerd Schröder – und die Vielen, die es auch verdienen, hier genannt zu werden.

Ich gratuliere meiner Fraktion von Herzen!

Von Johann »Joke« Bruns



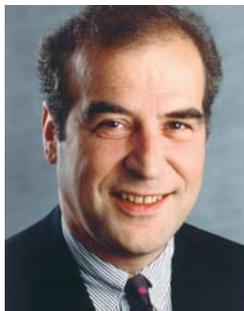
Bei der Landtagswahl am 1. März 1998 holte die SPD mit 47,9 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte in Niedersachsen. Die neue Fraktion zählte 83 Mitglieder, davon waren 24 Frauen. (Das Wahlergebnis galt als medial inszenierte Vorentscheidung, ob Gerhard Schröder oder Oskar Lafontaine Spitzenkandidat der Bundes-SPD in die Bundestagswahl im Herbst 1998 werden sollte.) Sigmar Gabriel war von der Wahl bis zum 14.12.1999 Fraktionsvorsitzender, bis er am Tag darauf zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Im Amt des Fraktionsvorsitzenden folgte ihm Axel Plauke nach.

KURZBIOGRAFIE DR. WOLF WEBER

Geboren am 16. November 1946 in Solingen.

1966 Abitur, 1968 bis 1972 Studium der Rechtswissenschaften an der Georg-August-Universität in Göttingen, 1972 bis 1977 dort wissenschaftlicher Mitarbeiter, 1977 bis 1978 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Internationales Recht der Christian-Albrechts-Universität (CAU) Kiel, 1978 bis 1980 Referent beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, 1980 bis 1986 Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg, 1981 Promotion an der CAU in Kiel.

1970 Eintritt in die SPD, 1981 bis 1991 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Ammerland. 1986 bis 1990 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, 1990 bis 1991 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Weser-Ems, 1991 bis 1994 Chef der Niedersächsischen Staatskanzlei, 1994 bis 1996 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1996 bis 1998 niedersächsischer Sozialminister, 1998 bis 2000 niedersächsischer Justizminister. 2001 bis 2002 Vorsitzender des SPD-Bezirks Weser-Ems, 2007 bis 2008 Vorsitzender des SPD-Kreisverband Ammerland.



Dr. Wolf Weber
Fraktionsvorsitzender
22.6.1994 – 14.10.1996

EIN BLICK IN DIE 90ER JAHRE: DR. WOLF WEBER

Nachdem die Sozialdemokraten 1990 das Trauma des Regierungsverlustes von 1976 überwunden hatten, schien die Landtagswahl am 13. März 1994 nur eine einfache Bestätigung der politischen Verhältnisse in Niedersachsen zu werden. Dennoch waren wir naturgemäß besonders am Wahltag selbst enorm gespannt auf die Ergebnisse. Schon bald stellte sich heraus, dass die entscheidende Frage war, ob SPD und Grüne ihre bisherige Koalition fortsetzen oder ob wir Sozialdemokraten sogar eine absolute Mehrheit der Mandate erreichen könnten. So war es eine fröhliche Runde, die sich schon am Nachmittag in meinem Dienstzimmer als Chef der Staatskanzlei zu-

sammengefunden hatte. Es zog mich allerdings schon bald heimwärts, denn es war immer noch völlig offen, ob ich persönlich im Ammerland ein Direktmandat erringen könnte oder ob mir dies wie schon 1986 und 1990 versagt bleiben würde. Alle Unsicherheit war bis zum Abend dahin, denn schon bei Ankunft in unserem Wahlkreislokal stand fest, dass wir zum ersten Mal überhaupt im Ammerland gewonnen und uns auf Landesebene mit einem gewaltigen Vorsprung vor Christian Wulff und seiner CDU durchgesetzt hatten. Für einige von uns gab es trotzdem einen kleinen Wermutstropfen zu verzeichnen, denn die absolute Mehrheit war mit einem einzigen Sitz vor CDU und Grünen äußerst knapp und erinnerte an die knappen Mehrheitsverhältnisse in den 70er Jahren, zumal klar war, dass sich die Grünen kaum als »Reserve« für den Fall verstehen würden, dass die SPD-Fraktion ihre eigene Mehrheit wieder einmal nicht zusammenhalten könnte.

Vom Wahltag bis zur konstituierenden Sitzung des neuen Landtages war noch ein Vierteljahr Zeit, die Raum für eine gründliche Vorbereitung der neuen Wahlperiode versprach. Sie verlief aber gänzlich anders, als ich es mir vorgestellt hatte. So hatte mich Gerhard Schröder überraschend schon in der ersten Sitzung der neuen Fraktion als neuen Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen und mich gebeten, bis zum Abschluss der Beratungen außer-

halb des Sitzungssaales zu warten. Offenbar war es nicht leicht, diesen Personalvorschlag durchzusetzen.

Der vergleichsweise lange Zeitraum bis zur Konstituierung des Landtages bot reichlich Platz für allerlei interne Diskussionen, zumal nicht wie 1990 richtungsweisende Koalitionsverhandlungen zu führen waren. Die Besetzung des Fraktionsvorstandes, der Arbeitskreise und Fachausschüsse nahm breiten Raum ein und trug nicht unwesentlich zu einer gewissen Unruhe bei, welche die inhaltliche Vorbereitung eher lähmte als förderte. So wartete man vor allem auf die Vorschläge der Landesregierung und die in der Öffentlichkeit naturgemäß viel aufmerksamer betrachteten Personalfragen. Hinzu kam, dass die Landesregierung nach dem klaren Wahlsieg dem Wahlprogramm der SPD Vorrang zu geben hatte und deshalb kein Bedarf an neuen Initiativen zu bestehen schien. Ganz deutlich unterstrich Finanzminister Hinrich Swieter außerdem durch eine allgemeine Haushaltssperre die Zurückhaltung der Landesregierung gegenüber neuen Vorhaben. Nicht ohne Einfluss war dafür sicher auch die bundespolitische Debatte über die Gestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleichs, denn es gab eine Reihe von Anzeichen des Bundesfinanzministers dafür, dass Niedersachsen in der kommenden Wahlperiode mit erheblich geringeren Mitteln auskommen müsste.

Die Medien mochten von einer gewissen Zäsur nicht richtig Kenntnis nehmen, die mit dem Ende des unschlagbaren Duos der Landespolitik mit dem Ostfriesen Johann Bruns und dem Sieger der Landtagswahl Gerd Schröder verbunden war. Johann »Joke« Bruns würde dem neuen Landtag nicht mehr angehören und beschrieb seine Betrachtung der Landespolitik gegenüber Journalisten in meinem Beisein. So kam es darauf an, vor allem Ruhe und Sachlichkeit zu demonstrieren.

Deutschland insgesamt war viel mit den Folgen der Wiedervereinigung, der Nachbarschaft zu den neuen Bundesländern und der Bundestagswahl 1994 beschäftigt. Dazu gehörte auch der mit lautem Getöse geführte Streit um die Stasivergangenheit mancher Politiker, für den allerdings in Niedersachsen gar kein konkreter Anlass bestand. Das hinderte aber nicht, in mitunter scharfer Form die Überprüfung durch die Stasiunterlagenbehörde zu verlangen, sei es auf freiwilliger oder sogar auf gesetzlicher Grundlage. Immerhin entschloss sich der geschäftsführende Fraktionsvorstand, für sich selbst die Überprüfung zu beantragen. Kurze Zeit darauf meldete sich Joachim Gauck, der Chef der Behörde, mit dem Angebot, nach Hannover zu kommen und uns einzeln über die vorhandenen Kenntnisse zu informieren. So lernte ich den späteren Bundespräsidenten in den Räumen der Landtagsfraktion kennen und erfuhr von ihm persönlich, dass

in Postkartengröße eine Aufzeichnung der Stasi über eine Einladung nach Greifswald bestand, die im Dezember 1989 auf Initiative von Rolf Wernstedt tatsächlich mehrere Abgeordnete der Landtagsfraktion in die DDR geführt hatte, um eigentlich über Angelegenheiten der Pädagogik zu sprechen.

Tatsächlich war es zum Besuch einer Erweiterten Oberschule und auch zu mehreren Diskussionsveranstaltungen gekommen. Der Besuch allerdings war vollständig überlagert durch die großen politischen Ereignisse seit dem wenige Tage zuvor erfolgten Fall der Mauer. Unsere Teilnahme an einer Demonstration am Tage der Besetzung des Stasibüros in Greifswald war mir selbstverständlich in äußerst lebendiger Erinnerung, ebenso wie politische Gespräche in einer privaten Wohnung im dunklen Greifswald und der Übergabe einer Unzahl gespendeter Medikamente und medizinischer Geräte aus dem Kreis Krankenhaus Ammerland und dem Bundeswehr-Krankenhaus in Bad Zwischenahn. Letzteres wäre vielleicht gar nicht erwähnenswert, wenn es in der Folgezeit keine so heftige niedersächsische Auseinandersetzung um die Stasiüberprüfung gegeben hätte.

So rückte der Tag der Konstituierung des Landtages heran. Nach einer kurzen Auseinandersetzung um die Anzahl der Landtagsvizepräsidenten, die Heiner Bartling als neuer Parlamentarischer Geschäftsführer souverän bestritt,

wurde Horst Milde mit großer Mehrheit zum Präsidenten des Landtages gewählt, zu Vizepräsidenten die Abgeordneten Edda Goede, Jürgen Gansäuer und Ernst-Henning Jahn. Gerhard Schröder wurde mit 83 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt bei 76 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Eine Stimme war ungültig. Gerd Schröder erhielt damit zwei Stimmen mehr als die Anzahl der SPD-Abgeordneten ausmachte, die Opposition unterlag mit vier Stimmen weniger, als ihre Gesamtzahl betrug. Der Ministerpräsident berief in sein zweites Kabinett Gerhard Glogowski als Innenminister, Hinrich Swieter als Finanzminister, Walter Hiller als Sozialminister, Rolf Wernstedt als Kultusminister, Dr. Peter Fischer als Wirtschaftsminister, Karl-Heinz Funke als Landwirtschaftsminister, Heidrun Alm-Merk als Justizministerin, Helga Schuchardt als Wissenschaftsministerin, Monika Griefahn als Umweltministerin, Christina Bührmann als Frauenministerin und Willi Waike als Leiter der Staatskanzlei.

Die Regierungserklärung enthielt naturgemäß zu weiten Teilen einen Rückblick auf die Politik der vorhergehenden Koalition und betonte die Kontinuität ihrer Arbeit. Was sonst sollte ein politisch erfolgreicher und in der Landtagswahl siegreicher und bestätigter Ministerpräsident dem neuen Landtag vortragen? Die sehr umfangreiche Erklärung umfasste gleichwohl alle Teile der Landespolitik.

Aus der Opposition gab es – wie nicht anders zu erwarten und eigentlich parlamentarischer Tradition entsprechend – ebenso umfangreiche wie grundsätzliche Kritik. Die der Grünen fiel sicher wegen der gemeinsamen Vergangenheit verhaltener aus, Christian Wulff dagegen stellte sich gleich in seiner ersten Landtagsrede mit einem wahren Feuerwerk von Angriffen vor, wohl auch um seine eigenen Karriereabsichten vom ersten Tag an zu unterstreichen. Ich will nicht verhehlen, diesen Angriffen nicht wirkungsvoll genug entgegengetreten zu sein. Wulff aber hatte zugleich einen sehr nachhaltigen strategischen Fehler gemacht, denn die Niedersachsen wollten Gerd Schröder als Ministerpräsidenten und nahmen ihn schon jetzt als kommenden Spitzenmann der Sozialdemokratie wahr. Deshalb kam es ihnen weder jetzt noch in den kommenden Jahren auf Detailfragen der Landespolitik, sondern entscheidend auf die Person des führenden Politikers an. So endete der gewaltige Auftakt, den Wulff unternommen hatte, bei der Landtagswahl 1998 mit der heftigsten Niederlage der CDU und einer nochmals gestärkten SPD, die eine noch größere absolute Mehrheit nach Mandaten erhielt und noch im gleichen Jahr die Bundestagswahl mit Gerhard Schröder gewann.

Begegnungen mit der Landespressekonferenz waren von dem Spannungsfeld geprägt, das zwischen kritischen Beobachtern und einer die Landesregierung tragenden

Fraktion nun einmal bestehen muss. Manchmal waren die Erwartungen größer als die Handlungsspielräume, manchmal traf ein unerwarteter Denkanstoß auf eine vielleicht konservative Grundeinstellung, die so gar nicht zueinander passen wollten. So fand die Überlegung keinen interessierten Widerhall, die Unterrichtszeiten nicht mehr strikt an der 45-Minuten-Grenze zu orientieren, sondern an der Aufnahmefähigkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen je nach Alter und Tageszeit. Die Frage aufzuwerfen, hieß leider, sie gleich zu verwerfen, denn sie erschien eher als unausgeglichene schulpolitische Revolution und keineswegs als Denkanstoß mit offenem Ausgang.

Meine Amtszeit als Fraktionsvorsitzender endete im Oktober 1996, als Walter Hiller sein Amt als Sozialminister aufgab und ich ihm in diesem Amt nachfolgte. Für den Ministerpräsidenten war es vermutlich eine politisch-praktische Entscheidung in Vorbereitung der Wahlen des Jahres 1998. Uns in die Traditionslinie sozialdemokratischer Sozialminister wie Heinrich Albertz und den kurz zuvor verstorbenen Kurt Partzsch einreihen zu dürfen, ist für Walter Hiller wie für mich eine große Ehre gewesen.

KURZBIOGRAFIE HEINRICH ALLER

Geboren am 30. September 1947 in Seelze.

Abitur in Hannover, Eintritt in den Polizeidienst, Lehramtsstudium in Hannover, währenddessen Arbeit als freier Journalist für verschiedene Zeitungen. 1975 bis 1976 Pressesprecher im Niedersächsischen Kultusministerium, danach Unterrichtstätigkeit am Gymnasium.

1965 Eintritt in die SPD, verschiedene ehrenamtliche Funktionen bei den Jusos, ab 1972 Mitglied im Rat der Stadt Seelze, 1976 bis 1982 Kreistagsabgeordneter im Landkreis Hannover, 1982 bis 2005 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hannover-Land, 2005 bis 2009 Vorsitzender der SPD-Region Hannover. 1982 bis 2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, ab 1990 stv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1996 bis 1998 Vorsitzender, 1998 bis 2003 niedersächsischer Finanzminister, 2003 bis 2013 Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.



Heinrich Aller
Fraktionsvorsitzender
14.10.1996 – 30.3.1998

DIE 13. WAHLPERIODE – TEIL II. HEINRICH ALLER

Die 13. Legislaturperiode des Niedersächsischen Landtages vom 21. Juni 1994 bis zum 30. März 1998 spielt in der 70jährigen Geschichte der SPD-Landtagsfraktion aus verschiedenen Gründen eine besondere Rolle. Mit 81 Abgeordneten sicherte sich die SPD die absolute Mehrheit. Nur eine Stimme mehr als die Oppositionsparteien CDU mit 67 und die Grünen mit 13 Mandaten.

Gerhard Schröder und die niedersächsische SPD hatten nach dem Wahlerfolg 1990 die zweite Landtagswahl mit einem überzeugenden Ergebnis gewonnen. Damit hatte sich die Ausgangsposition für einen möglichen Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder (»Politik mit Weit-

blick!«) erheblich verbessert. Für die Sozialdemokraten in Niedersachsen bedeutete das jedoch, dass eine Reihe von – zum Teil unvorhergesehenen – Herausforderungen zu meistern waren.

Mit Dr. Wolf Weber als Vorsitzendem startete die Fraktion in eine Wahlperiode, in der von Beginn an die Rollenverteilung im Plenum klar war. Die SPD-Fraktion auf den linken Bänken stets unter dem Druck, Abstimmungsmehrheiten sicherzustellen. Ganz rechts die CDU, stets auf Attacke gebürstet, um gegebenenfalls mit den Stimmen der Grünen und den Mitteln der Geschäftsordnung der Mehrheitsfraktion eine Abstimmungsniederlage zu bescheren.

So hatte der Fraktionsvorstand immer wieder dafür zu sorgen, dass das »Kräftedreieck« aus Regierung-Partei-Fraktion funktionierte und die Fraktionsmitglieder trotz mancher schwierigen Personal- oder Sachentscheidungen die Einstimmenmehrheit stabil und verlässlich sicherstellten. Nicht immer einfach, in einer Partei, die es gewohnt ist, bisweilen nach Regions- oder Quotenkriterien zu entscheiden.

Das außergewöhnliche gute Wahlergebnis 1994 – 81 Mandate für die SPD – hat manchen oder manche bereits zu Beginn der Wahlperiode an die Landtagswahl 1998 denken lassen. Dennoch:

1998 – das Jahr der Landtagswahl und der Bundestagswahl fest im Blick, galt es also, die SPD-Fraktion nach innen und außen regierungs- und handlungsfähig zu

positionieren. Es wäre eine Illusion gewesen, unter dem im Laufe der Wahlperiode ständig steigenden Druck der Interessenverbände oder Medien die Fraktion dem Regierungshandeln völlig unterordnen zu können.

Dabei war allen Beteiligten klar, dass die Haushaltskonsolidierung und die Sicherstellung verfassungskonformer Landeshaushalte auf absehbare Zeit das dominierende Thema sein musste. Wolf Weber hatte die Nachfolge von Johann »Joke« Bruns angetreten, der mit seinem einzigartigen Politikstil die Niedersachsen-SPD und die Landtagsfraktion als »Tandempartner« von Gerhard Schröder führte. Beide konnten sich auf die loyale Zusammenarbeit mit den Fraktionsgremien verlassen.

Letztlich kam deshalb der Rücktritt von Walter Hiller am 15. Oktober 1996 überraschend. Wolf Weber wurde von Ministerpräsident Schröder zum Sozialminister berufen und gewählt. Für die frei gewordene Position des Fraktionsvorsitzenden gab es offensichtlich personelle Vorüberlegungen.

Am Ende einer intern intensiv geführten Diskussion wurde ich mit deutlicher Mehrheit gewählt. Seit 1990 war ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion.

Anders als mein Amtsvorgänger legte ich von Beginn an Wert darauf, regelmäßig an den Kabinettsitzungen teilnehmen zu können. Meine Meinung: Für den Rest der Legislaturperiode sei eine engere Abstimmung zwischen

Regierung und Fraktion auf diese Weise besser zu gewährleisten. Dies sei insbesondere angesichts der anstehenden Debatten um den haushaltspolitischen Konsolidierungskurs und dessen Auswirkungen auf die Einzelpläne wichtig. Dabei sei unbestritten, dass die prekäre Haushaltslage gemeinsam bewältigt werden müsse.

Eine wichtige Etappe zur Kursbestimmung war hierfür die Klausurtagung auf der Insel Rügen. Fraktionsvorstand, Arbeitskreise und das Fraktionsbüro hatten in Abstimmung mit den Ressorts zentrale Themenschwerpunkte vorbereitet. Fazit: Die Ergebnisse waren ermutigend, die Stimmung gut. Bedauerlich, dass trotz einer verbindlichen Absprache, bis zu einer fest terminierten Pressekonferenz in Hannover keine Vorabinformationen an die Medien durchsickern zu lassen, noch von Rügen aus mit Hilfe des Fraktionsprechers an einen Journalisten geliefert wurde. Ein nicht zu akzeptierender Vorgang, der sein Nachspiel in der Fraktion hatte.

Wie entscheidend die verbleibenden eineinhalb Jahre der 13. Wahlperiode für die 1998 anstehenden Wahlen waren, lässt sich erst im Nachhinein einschätzen. In der 14. Wahlperiode stellte die SPD mit Gerhard Schröder, der nach seiner Wahl zum Bundeskanzler Amt und Mandat niederlegte, dem Rücktritt seines Nachfolgers Gerhard Glogowski und der Wahl von Sigmar Gabriel gleich drei Ministerpräsidenten.

Ausgerechnet in diese zweite entscheidende Phase der Wahlperiode fiel der Rücktritt von Hinrich (»Hinni«) Swieter am 1. November 1996. Er hatte das Amt des Finanzministers seit 1990 inne. Für Gerhard Schröder spricht, dass er die Nachfolge in enger Abstimmung mit mir, dem gerade gewählten Fraktionsvorsitzenden getroffen hat. Gemeinsamer Vorschlag: Willi Waike – bis dato Leiter der Staatskanzlei im Rang eines Ministers – war bestens für die Übernahme der Aufgabe ausgestattet.

Mit Willi Waike als Finanzminister, seinem Staatssekretär Frank Ebisch, Frank-Walter Steinmeier als Ansprechpartner in der Staatskanzlei und mir mit meinen Vorstandskollegen aus der Fraktion, waren personelle und fachliche Kompetenz und Kontinuität gesichert. Beides war für die verbleibenden rund 18 Monate der Wahlperiode wichtig. Die Messlatte für eine überzeugende Haushalts- und Finanzpolitik hing hoch. Die Strategie sollte sich an der Vorgabe verfassungskonformer Haushalte orientieren und trotz sparsamer Haushaltsführung »Politikfähigkeit« dokumentieren; d. h. als Regierung und Fraktion auch im Haushalt eigene Akzente zu setzen.

Erwartungsgemäß konzentrierten sich die Debatten im Landtag bei der Auseinandersetzung um den Haushalt 1997/98 auf die Themenbereiche Verschuldung, Kommunale Finanzausstattung, Personalkosten und Stellenabbau versus Personalbedarfe für Schule und Polizei, Verwaltungsreform, Steuerpolitik, Privatisierung von Landes-

beteiligungen/-liegenschaften sowie Bewältigung der Großprojekte EXPO und Tiefwasserhafen.

Gegenüber der ersten Hälfte der Wahlperiode nahmen die Konflikte zwischen Regierungsfraktion und Regierung auf der einen und insbesondere der CDU-Opposition auf der anderen Seite erheblich zu. Keine Frage – in der niedersächsischen Landespolitik wurde unter Einbeziehung von Bundespolitik mit harten Bandagen um den Wahlsieg bei den Landtagswahlen 1998 und damit die Kandidatur eines SPD-Kanzlerkandidaten aus Niedersachsen gerungen.

Die Landtagsfraktion nahm in diesen wichtigen Monaten ihre Rolle an. In den Ausschüssen und im Plenum des Landtages beschränkte sie sich nicht nur auf das Auskontern der Oppositionsattacken. Der Parlamentarische Geschäftsführer Heiner Bartling übernahm hierbei immer wieder einen wichtigen Part.

Das Fraktionsbüro unter Leitung von Birgit Honé und Hans-Peter Michel organisierte das Kommunikationsnetzwerk insbesondere mit Frank-Walter Steinmeier in der Staatskanzlei. Er war der »Garant und Gerhard Schröders Mann für das funktionierende Zusammenspiel zwischen Fraktion und Regierung« in der Tagespolitik und in strategischen Fragen. 81 Abgeordnete und aktive Arbeitskreisarbeit sorgten für SPD-Präsenz in der Fläche.

Die Sachberichterstattung über und aus dem Landtag hielt sich zunehmend in Grenzen. Folgerichtig versuchte

es vornehmlich die CDU-Opposition mit einer »Nadelstich-Strategie.« So mit dem »Zitieren« von Regierungsmitgliedern, in der Hoffnung, die Regierungsfraktion bekäme ihre notwendigen Stimmen gegen den spontanen Antrag nicht zusammen oder der/die MinisterIn kämen nicht rechtzeitig ins Plenum. Das Landtagsprotokoll weist z. B. aus, dass ich als Fraktionsvorsitzender und Redner der SPD bereits zwei Ordnungsrufe des amtierenden Landtagspräsidenten Jürgen Gansäuer wegen geschäftsordnungswidrigen Filibusterns kassiert hatte, bevor der Ministerpräsident gerade noch rechtzeitig das Plenum betrat. Tatsächlich ging es also darum, die Regierungs- und Parlamentsarbeit in den Wahlkreisen zu flankieren und regionale Themen »vor Ort« transparent zu machen.

Zwei Ereignisse haben die niedersächsische Politik nachhaltig beeinflusst. Erstens: Am 1. November 1996 hat Parlamentspräsident Horst Milde (SPD) anlässlich des Festaktes zum 50jährigen Bestehen des Landes Niedersachsen, wohl auch aus den aktuellen Erfahrungen heraus, gesagt:

»Wenn es die Parlamente weiterhin geschehen lassen, dass sie häufig nur noch Entscheidungen nachvollziehen, die andernorts getroffen worden sind, wird der parlamentarischen Demokratie keine gute Zukunft beschieden sein. (Laut Protokoll: Beifall) Solchen Entwicklungen entgegenzutreten, ist allerdings Sache von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern selbst und niemand anderem. Hier

können wir nichts wegschieben, das ist unsere eigene Verantwortung.

Deshalb appelliere ich am heutigen Tage mit Nachdruck an das Parlament in seiner Gesamtheit, sich dieser Aufgabe mit besonderem Ernst, aber auch großen Selbstbewusstsein zu stellen – denn Sie, meine Damen und Herren, haben alle ein Mandat.« (Beifall)

Ebenso wie in Horst Mildes Appell hat sich die SPD-Fraktion durch den Beitrag des Botschafters des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, S. E. Sir Nigel Broomfield, angesprochen gefühlt. Der hatte mit Bezug auf Äußerungen des Regional Commissioners MacReady auf der Sitzung des ersten Landtages am 9. Dezember 1946 die Abgeordneten zu beruhigen versucht, »die Befürchtungen hatten, im neuen Land Niedersachsen ihre regionale Identität einzubüßen. Die Parallele, die er zog, hat auch noch heute eine gewisse Aktualität.« MacReady war Schotte und versicherte, einen »Identitätsverlust« werde es nicht geben.

Nun ja. – Regionale Interessenvertretung hat in Niedersachsen und in der SPD gute Tradition. Das haben auch die Diskussionen gezeigt, die noch in der 13. Wahlperiode Fahrt aufgenommen haben.

Obwohl noch gar nicht ins Zentrum der politischen Gremienarbeit des Landtages vorgedrungen, spielten ganz im Sinne der Redebeiträge von Horst Milde und Sir Nigel Broomfield zwei Themen in der niedersächsischen

SPD und entsprechend in der SPD-Landtagsfraktion eine zunehmend wichtige Rolle: Gerungen wurde um die breite Zustimmung zu den Projekten EXPO 2000 und die Bildung der Region Hannover.

Der Ministerpräsident und der Innenminister hatten zur EXPO eine klar positive Position. In der Fraktion wurde jedoch mehr »Regionalität« der EXPO eingefordert. Erst nachdem von den Gebietskörperschaften im Großraum Hannover klare Voten »Pro Region« feststanden und in der Fraktion Zustimmung erreicht worden war, erklärten MP Schröder und danach MP Glogowski in entsprechenden Regierungserklärungen ihre grundsätzliche Zustimmung zur Regionsbildung.

Breite Unterstützung gab es für Gerhard Schröder und die Landesregierung aus der Landtagsfraktion für die Übernahme der Preussag Stahl AG durch das Land und die Norddeutsche Landesbank. Mitten in die Debatte um die anhaltende Haushaltsprobleme und hohen Arbeitslosenzahlen setzte Schröder ein Zeichen für Entscheidungs- und Handlungsbereitschaft. Diese industrie-, standort- und arbeitsmarktpolitisch strategisch so erfolgsorientiert angelegte Initiative fand weit über die eigene Klientel hinaus Zustimmung. Sie war meines Erachtens wahlentscheidend für die Landtagswahl 1998.

Die Landtagswahl 1998 wurde klar gewonnen. Der Übergang von der 13. Wahlperiode und der Start in die 14.

Wahlperiode entpuppten sich dennoch weit komplizierter als von der Landespartei Spitze geplant. Immerhin hatte die SPD ihre absolute Mehrheit mit 83 von 157 Mandaten gegenüberüber der CDU (62) und Grünen (12) noch einmal verbessern und die absolute Mehrheit ausbauen können.

Signalisiert worden war, dass es angesichts der bevorstehenden Bundesentscheidungen nur eine »kleine« Kabinettsumbildung geben solle. Auf Vorschlag des alten und neuen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder wurde ich in der konstituierenden Fraktionssitzung erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Nicht vorgesehen war dann, dass ich gestützt auf Stimmen aus der Fraktion Kultusminister Rolf Wernstedt als Kandidaten für das Amt des Landtagspräsidenten gegen den »gesetzten« Wolfgang Senff vorschlug. Wernstedt gewann die Abstimmung im Landesvorstand und fand später breite Unterstützung in der Fraktion. In der Folge nominierte MP Gerhard Schröder mit Thomas Oppermann (Wissenschaft und Kultur), Wolfgang Jüttner (Umwelt) und Heinrich Alker (Finanzen) drei neue Minister aus der Mitte der Fraktion sowie Renate Jürgens-Pieper (Kultus) für das verkleinerte neue Kabinett. Die Fraktion wählte Sigmar Gabriel zum neuen Fraktionsvorsitzenden.

Damit hatten die 83 Fraktionsmitglieder einen weiteren Abschnitt der 70jährigen Geschichte der SPD-Landtagsfraktion eingeleitet.

KURZBIOGRAFIE SIGMAR GABRIEL

Geboren am 12. September 1959 in Goslar.

1979 Abitur in Goslar, 1979 bis 1981 Zeitsoldat in Goslar und Faßberg, 1982 bis 1989 Lehramtsstudium in Göttingen, 1989 zweites Staatsexamen.

Ab 1976 Mitglied bei den Falken, 1977 Eintritt in die SPD, 1987 bis 1998 Mitglied des Kreistags des Landkreises Goslar, 1991 bis 1999 Ratsherr der Stadt Goslar, 1990 bis 2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtags. 1997 bis 1998 stv. Fraktionsvorsitzender, 1998 bis 1999 und 2003 bis 2005 Fraktionsvorsitzender. Mitglied des SPD-Parteivorstandes Niedersachsen von 1999 bis 2005, 2003 bis 2005 stv. Vorsitzender des Landesverbandes, 2003 bis 2009 Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig, 1999 bis 2003 Niedersächsischer Ministerpräsident, seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, 2005 bis 2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2009 bis 2017 SPD-Bundeschef, 2013 bis 2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Vizekanzler, seit 2017 Bundesaußenminister.



Sigmar Gabriel
Fraktionsvorsitzender
30.3.1998 – 14.12.1999 und
4.2.2003 – 28.6.2005

2003 BIS 2005: TRITT FASSEN IN DER OPPOSITION. SIGMAR GABRIEL

DIE NIEDERLAGE BEI DER LANDTAGSWAHL IM FEBRUAR 2003

Das Ergebnis der Landtagswahlen im Februar 2003 erschütterte die niedersächsische SPD zutiefst. Obwohl alle Prognosen darauf hingewiesen hatten – mit einer solchen massiven Niederlage hatte niemand wirklich gerechnet. Gegenüber der Landtagswahl 1998 verlor die Partei 14,5 Prozentpunkte, ein Absturz von 47,5 auf 33,4 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Die Abgeordnetenzahl sank von 83 auf 63. Vor allem aber: Nach zehn Jahren SPD-Alleinregierung bedeutete dies den bitteren Gang in

die Opposition. Auch die Landtagsfraktion war darauf in keiner Weise vorbereitet. Sie musste nun ihre Rolle neu finden. Bei der Wahl des Vorsitzenden hielt sie sich – vielleicht gerade deshalb – an das Altbewährte. Sigmar Gabriel, der einst treibende und starke Vorsitzende, der nun aber gerade als Ministerpräsident abgewählt worden war, wurde wieder an die Spitze gestellt.

Diese Entscheidung war Segen und Fluch zugleich. Ein Segen, weil Gabriel sofort anfang, in der ihm eigenen fordernden Art den tastenden Suchbewegungen der Fraktion nach der neuen Rolle eine Richtung zu geben. Fluch, weil damit der CDU/FDP-Regierung im Landtag ein personalisierter Anknüpfungspunkt für ihre Angriffe auf die SPD geliefert wurde. Diese Angriffe waren in den ersten Jahren ständige Begleitmusik für viele Maßnahmen der neuen konservativen Regierung und der Beleg für eine vermeintlich »bessere« Politik. Hinzu kam, dass der neue Vorsitzende und alte Ministerpräsident zwar seine Rolle im altbekannten zupackenden Stil annahm, aber auch an ihm die traumatische Wahlniederlage nicht ohne Spuren vorbeigegangen war. Seine eigenen Zweifel und seine anfängliche Suche nach anderen persönlichen Perspektiven schwächten ihn in seiner Durchschlagskraft und boten dem politischen Gegner immer wieder Ansatzpunkte für seine skrupellosen Angriffe.

DIE POLITISCHE DEFENSIVE DER ERSTEN OPPOSITIONSJAHRE

Aber die Angriffe der CDU waren wirkungsvoll. Die neue Regierung baute die zentralen Eckpunkte ihres Regierungshandels als eine Agenda auf, die sich aus der Kritik an der alten SPD-Regierung speiste und ihre zunächst hart konservative Politik als notwendiges Umlenken zum allgemeinen Wohle des Landes verkaufte. Zentral war dabei die Haushaltspolitik, die lange Zeit die Debatten der Landtagssitzungen dominierte.

In den letzten zwei Jahren unter einem SPD-Ministerpräsidenten war die Verschuldung des Landes stark angestiegen. Das Jahr 2002 endete mit einer Verschuldung von 2,9 Milliarden Euro, 2003 mit einer Verschuldung von 2,8 Milliarden Euro. Die Ursachen dafür waren aber nicht hausgemacht, sondern den negativen Rahmenbedingungen geschuldet. Die schon vom CDU-Finanzminister Möllring verantwortete Mittelfristige Finanzplanung (MIPLA) 2003 stellt dazu fest:

»Niedersachsen war in den vergangenen zwei Jahren von einer historisch einmalig negativen Einnahmeentwicklung betroffen. Im Jahre 2001 gingen die Steuereinnahmen um 4,5 Prozent oder rund 730 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr zurück, im Jahre 2002 betrug der Rückgang dramatische 8,3 Prozent. Waren die weitgehend steuerrechtsänderungsbedingten und geplanten Einnahmehinderun-

gen des Jahres 2001 für das Land und seine Kommunen schon kaum verkraftbar, so hat der Rückgang der Steuereinnahmen um weitere rund 1,3 Milliarden Euro im Jahre 2002 eine schwere Erosion der Einnahmehasis des Landes bewirkt. Ursachen hierfür liegen in den Auswirkungen der Wachstumsschwäche der Jahre 2001 und 2002, in gewollten und ungewollten Wirkungen des Steuersenkungsgesetzes, (...) Zur Finanzierung der Landesaufgaben standen im Jahre 2002 rund 2 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen zur Verfügung als noch im Jahre 2000.«

Die CDU nutzte diese prekäre Haushaltslage als Chance, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Sie konnte sich das Image eines seriösen Haushaltssanierers geben, der auch vor schmerzlichen und unpopulären Einsparmaßnahmen nicht zurückschreckte, wenn die Einnahmesituation dies nötig machte. Sie verschleierte mit dem Sparzwang ihre konservativ geprägten Einschnitte in den Haushalt und sie konnte zugleich die frühere SPD-Regierung als »Schuldenmacher« abstempeln – weil Sozialdemokraten eben mit Geld nicht umgehen könnten.

Dieser Coup gelang vollständig. Konservative Ziele wie Einkommenskürzungen bei den Beschäftigten des Landes, beim Kommunalen Finanzausgleich, im Sozialbereich und bei den Hochschulen mussten genauso wie der Verkauf von Landesvermögen (Domänen und Landesliegenschaften, vor allem aber der Verkauf der Landeskrankenhäuser)

nicht politisch-programmatisch begründet werden. Der Hinweis auf die unumgängliche Haushaltssanierung genügte in der öffentlichen Wahrnehmung als Begründung. Dass dabei bis 2008 noch 2,4 Milliarden Euro neue Schulden in so genannten »Schattenhaushalten« versteckt wurden, wurde kaum wahrgenommen. Immer wenn es notwendig wurde, holte die CDU neue Belege für die angebliche Geldverschwendung der »Sozen« – wie z. B. den sich rasch als unhaltbar erweisenden Vorwurf, extensiv teure Gutachten beauftragt zu haben – aus ihrer Trickkiste und inszenierte ein rhetorisches Feuerwerk im Landtag.

Der SPD-Fraktion gelang es auch deshalb zunächst nicht, in Landtagsdebatten und in den Medien, aus der Defensive herauszukommen. Alle Bemühungen liefen ins Leere. So machte sich bald in Teilen der Fraktion eine resignierte Haltung breit, die sich auch bremsend auf die Motivation, eine Neustrukturierung der Fraktionsarbeit zu erreichen, auswirkte.

NEUE LEITSÄTZE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT DER LANDTAGSFRAKTION

Intern versuchte der neu gewählte Fraktionsvorstand in einer Abfolge von Klausurtagungen des Vorstandes und der Gesamtfraktion mit der Erarbeitung von »Leitsätzen für die Arbeit der SPD-Fraktion« die Aktivitäten der Landtagsfraktion auf die neue Rolle als Oppositionspartei zuzuschneiden.

Der in einer zehnjährigen Praxis eingeschliffene und auf die Arbeit als Regierungsfraktion abgestellte Arbeitsstil musste verändert werden. Es galt, die Fraktion wieder zu aktivieren und als eigenständige politische Kraft im Landtag wahrnehmbar zu machen. Deshalb sollten programmatische Impulse und Ziele erarbeitet, diese in einer eigenständigen intensiven Öffentlichkeitsarbeit verbreitet und im ständigen Kontakt mit vielen gesellschaftlichen Zielgruppen weiterentwickelt werden. Die Intensivierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gelang relativ schnell, genauso die Einführung von Regionalbereisungen der Arbeitskreise und die Durchführung von größeren Themenveranstaltungen.

Auch die »Abteilung Kritik« an der Arbeit der Landesregierung wurde systematisch stärker. Sehr viel schwerer tat sich die Fraktion bei der Runderneuerung der eigenen inhaltlichen Arbeit. Wohl gelang es zunehmend in den Arbeitskreisen, eigene Parlamentsinitiativen zu erarbeiten. Im Frühjahr 2005 war aber zu konstatieren, dass die Erarbeitung eines eigenen umfassenden Zukunftsprogramms für Niedersachsen weitgehend in den Kinderschuhen stecken geblieben war.

Im Frühjahr 2005 spitzte sich auch das Spannungsverhältnis zwischen den unermüdlich treibenden Vorsitzenden Gabriel und der Fraktion zu. Auf der einen Seite stand eine Fraktion, die wieder Tritt gefasst und an Selbstbe-



Sigmar Gabriel als Niedersächsischer Ministerpräsident auf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover.

wusstsein gewonnen hatte. Auf der anderen Seite agierte ein Vorsitzender, dem nichts gut genug war und der notfalls – wer kennt diese oft bemühte, aber richtige Charakterisierung nicht – auch selbst in die Tasten griff und ein Thesenpapier oder eine Organisationsvorgabe formulierte. Dabei stellte der Begriff »Überforderung« keine Kategorie dar. Zugleich wurde immer deutlicher, dass Gabriel auf dem Absprung nach Berlin war. Abwesenheiten des Vorsitzenden bei wichtigen Terminen oder bei Landtagssitzungen waren dabei nur die Spitze des Eisbergs. Bei den Frak-

tionsmitgliedern wuchs der Wunsch nach einem anderen Führungsstil und einem Vorsitzenden mit mehr Haftung auf dem Parkett des Niedersächsischen Landtages. Ob dieser sich anbahnende Konflikt zu einem Showdown geführt hätte, ist nicht abzusehen. Aber dazu kam es nicht. Gabriel verließ Hannover und wechselte bei den Bundestagswahlen 2005 nach Berlin. Sein Nachfolger wurde der an einem kollektiven Führungsstil orientierte und in der Partei und der Fraktion in Hannover fest verankerte Wolfgang Jüttner.

Von Dr. Cornelius Schley

KURZBIOGRAFIE ROLF WERNSTEDT

Geboren am 6. Mai 1940 in Hamburg.

1958 Abitur in Beetzendorf (DDR), ab 1959 Studium in Göttingen und Heidelberg, ab 1968 Tätigkeit als Gymnasiallehrer in Hannover. 1972 bis 1974 Akademischer Rat an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen in Braunschweig, 1975 bis 1989 Lehrauftrag an der TU Hannover, ab 1989 Honorarprofessur an der Universität Hannover.

1969 Eintritt in die SPD, 1973 bis 1987 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hannover-Stöcken und Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand Hannover-Stadt, ab 1991 im Landesvorstand der SPD Niedersachsen, 1974 bis 2003 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, 1976 bis 1983 Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, 1983 bis 1990 stv. Fraktionsvorsitzender, 1990 bis 1998 Niedersächsischer Kultusminister, 1998 bis 2003 Präsident des Niedersächsischen Landtags.



Rolf Wernstedt

»WICHTIG IST, DASS MAN DEN MENSCHEN ZUHÖRT«

Rolf Wernstedts Blick von allen Seiten – Parlamentarier, Minister und Landtagspräsident

Das Jahr 1976 ist eine Zäsur für die Sozialdemokratie in Niedersachsen: Bei der Probeabstimmung für die Wahl Helmut Kasimiers zum neuen Ministerpräsidenten gibt es ein klares Ergebnis. Die Ein-Stimmen-Mehrheit der Koalition aus FDP und SPD steht. Kasimier soll Nachfolger von Alfred Kubel werden, der zur Hälfte der Wahlperiode von 1974 bis 1978 aus Krankheitsgründen das Amt des Ministerpräsidenten abgibt. Am nächsten Tag im Plenum aber gibt es keine Mehrheit. Und so wird es auch bei den

folgenden beiden Abstimmungen bleiben. Die Koalition aus SPD und FDP zerbricht, der Rest ist Geschichte. »Das war ein Schock«, sagt Rolf Wernstedt, damals junger Abgeordneter der SPD-Landtagsfraktion.

Wernstedt, der bis heute gesellschaftlich und beruflich aktive ehemalige Professor, hat als Abgeordneter, stv. Fraktionsvorsitzender, Minister und späterer Landtagspräsident alle Seiten der Politik erlebt. Bis heute ist er Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Mitglied des Seniorenrates beim SPD-Parteivorstand, war bis 2015 Präsident der Leibniz-Gesellschaft.

»Jede Perspektive hat ihre guten Seiten«, sagt er im Rückblick. »Ich war gerne Parlamentarier, obwohl Opposition zwar nicht nur Mist ist, wie Franz Müntefering mal gesagt hat, aber Regierungsarbeit heißt eben vor allem, dass man mitgestalten kann. Und das ist der Antrieb, wenn man politisch arbeitet. Du willst ja verändern und gestalten. Die Fraktion ist in jeder Rolle entscheidend.« Und gute Opposition, sagt er, sei die Voraussetzung für ein gutes Wahlergebnis bei der nächsten Landtagswahl.

»Geschlossenheit und gute Arbeit als Regierungsfraktion ist Voraussetzung fürs Gelingen. Das schließt harte inhaltliche Debatten nicht aus, sondern ein. Wir hatten ja damals auch Flügelkämpfe in der Fraktion, das ist heute sicher ausgewogener. Mir ist in Erinnerung geblieben, wie Helmut Kasimier, der als Finanzminister Nachfolger von

Rolf Wernstedt, damals niedersächsischer Kultusminister, referierte auf der Fraktionsklausur der Landtagsfraktion in Bergen auf Rügen im Mai 1997. Flankiert wird er von Sigmar Gabriel (links) und dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Heiner Aller (rechts).



Alfred Kubel werden sollte, dazu einmal sagte: Die einen sind links, die anderen sind rechts und ich bin Rumpf«, lacht Wernstedt.

1976 scheidet auch im dritten Wahlgang der neue Kandidat von FDP und SPD fürs Amt des Ministerpräsidenten, es ist Karl Ravens, und die Illoyalität in den Reihen der damaligen sozialliberalen Koalition bringt einen Mann ins Amt, der das Land danach 14 Jahre regieren sollte. Es ist Ernst Albrecht von der CDU, der mit seinem Regierungsstil nicht selten verwundert. »Albrecht durfte

man während des Plenums auf der Regierungsbank kaum ansprechen, auch seine Leute nicht«, erinnert sich Rolf Wernstedt.

Unvergessen sind ihm auch die heute nicht mehr möglich erscheinenden Staatsaktionen wie die Sprengung des Celler Lochs und das harte Vorgehen gegen Anti-Atomkraft-Demos zu Zeiten von Albrechts Regierung. »Da gab es den einen oder anderen im konservativen Lager, die sich durchaus vorstellen konnten, dass auf Demonstranten auch geschossen wird«, schaudert

es Wernstedt bis heute. Namen nennt er nicht, aber er kennt sie natürlich.

Der frühere Kultusminister Rolf Wernstedt – er übernimmt das Amt mit dem Regierungswechsel zu SPD und Grünen unter Führung von Gerhard Schröder 1990 – hat das zweifelhafte Vergnügen, über eine 400 Seiten dicke Stasi-Akte zu verfügen. Das passt in unsere Zeit, in der eine Enquete-Kommission die Machenschaften des ehemaligen Ministeriums der Staatssicherheit der DDR mit seinen Spitzel-Armeen in Niedersachsen untersucht. »In meinem Heimatdorf in Sachsen-Anhalt gab es zwölf inoffizielle Mitarbeiter (IM). Das weiß ich seit einigen Jahren.«

Die Unzufriedenheit mit dem System veranlasst den jungen Rolf Wernstedt, der es später auch zum Landtagspräsidenten in Niedersachsen bringen sollte, 1958, vor dem Mauerbau, das Weite zu suchen und der Enge in der Deutschen Demokratischen Republik in die Freiheit der Bundesrepublik zu entkommen. »Ich hätte nach dem Abitur zur verhassten Nationalen Volksarmee gemusst.« Also steigt er nach dem Abitur in der DDR in den Zug und gelangt über Umwege nach Berlin, fährt von dort aus mit der S-Bahn in den Westen und fängt wieder von vorne an. »Man spürte damals schon die Arroganz im Westen. Ich musste mein Abitur quasi mit einer neuen Reifeprüfung bestätigen.«

Zurück ins Jahr der Zäsur und zur Arbeit der Fraktion, die sich plötzlich in der Opposition wiederfindet: »Wir ha-

ben 1976 nach der gescheiterten Wahl von Karl Ravens beschlossen, dass wir verstärkt ins Land müssen, zu den Leuten. Wichtig ist, dass man als Politiker den Kontakt zu den Menschen behält, dass man mit den Menschen spricht, dass man ihnen zuhört. Deshalb war uns klar: In der Opposition kannst Du mit parlamentarischer Arbeit allein kaum etwas erreichen. Also haben wir viele Veranstaltungen in den Regionen gehabt, waren an der Basis, haben dafür gesorgt, dass wir gut verankert bleiben, um wieder die Mehrheit zu erreichen und regieren zu können.«

Ein großartiges Gefühl sei es auch deshalb gewesen, als 14 Jahre danach, am Wahlabend 1990 klar war, dass Albrecht abgewählt war und die SPD als stärkste Fraktion den Ministerpräsidenten stellen würde. Daran hat auch der stv. Fraktionsvorsitzende Rolf Wernstedt seinen Anteil. »Großartig war das, wir hatten ein prima Ergebnis, Gerhard Schröder wurde Ministerpräsident und ich Kultusminister. Das war ein Unterschied. Du bist im Ministerium nicht mehr Herr Deines Tages, alles ist durchgeplant und wir hatten viel vor«, erinnert sich Wernstedt an den Aufbruch, wie er sagt. Daran, dass sich die SPD auf den Weg macht, Niedersachsen zu modernisieren, wichtige Aufgaben anzupacken und Probleme zu lösen, die von der Vorgängerregierung liegen gelassen wurden.

»Wir haben die Lernmittelfreiheit umgesetzt, das erste Kindergartengesetz geschrieben, in dessen Folge zwi-

schen 1990 und 1998 80.000 neue Kindergartenplätze gebaut wurden. Das haben die Konservativen nicht angepackt. Und wir haben die Gesamtschule als Regelschule durchgesetzt. Das war ein volles Programm, aber wir haben damit viel zum Besseren verändert«, zieht der ehemalige Kultusminister eine Bilanz, die beachtlich ist. Eine Anekdote aus seiner achtjährigen Amtszeit ist ihm natürlich besonders in Erinnerung geblieben: »Gerhard Schröder hatte als Ministerpräsident 1992 einer Schülerzeitung ein Interview gegeben. Darin tauchte das berühmte Zitat, dass Lehrer faule Säcke seien, auf. Das muss in einer Plenarwoche gewesen sein. Ich traf Schröder in der Mittagspause in einer Gaststätte und sagte ihm, dass ich das als Kultusminister kommentieren und mich vor die Lehrerschaft stellen müsse. Der MP kommentierte nur trocken: Kannst Du machen, aber nicht so hart gegen mich, sonst muss ich Dich entlassen.« Daraus wird eine Presseerklärung des Kultusministers Rolf Wernstedt, die in etwa so formuliert ist. »Diese Äußerung ist ein tiefes Unrecht gegenüber den hart arbeitenden Lehrerinnen und Lehrern im Land.« Der MP ist zufrieden, der Kultusminister beruhigt die Kollegien und wer zwischen den Zeilen lesen kann, weiß, worin der Kunstgriff bestand.

Vergangene Zeiten: Heute, da die AfD das stabile demokratische Gefüge in der Republik zu bedrohen scheint, fällt der Blick zurück auf die Rechtspopulisten, die ja kein

neues Phänomen in der Bundesrepublik sind. »Wir haben schon 1995 vor den »Neuen Rechten« gewarnt, damals waren das die Republikaner. Heute ist es die AfD«, erinnert sich Rolf Wernstedt.

Er glaubt zu wissen, wie man die AfD, die früher in anderem Gewand erschien, entzaubern und stellen kann: »Zuerst muss man klarmachen, dass die Rechtspopulisten nicht im Blick haben, etwas zum Besseren zu verändern. Für mich versucht die AfD, vielleicht nachlässig und unklar politisch bearbeitete Bereiche für sich auszunutzen, ohne Verantwortung zu übernehmen. Und das ist der Kern«, weiß Rolf Wernstedt.

Und fügt hinzu: »Wir müssen auch als Sozialdemokraten mit den Menschen zuhörend, argumentativ und klar umgehen, nicht besserwisserisch und belehrend. Politik darf kein eigenes Universum sein. Und es zeigt sich heute, dass die Bedrohung durch Rechtspopulisten viele Menschen, die sich vielleicht abgewendet hatten, wieder für die Demokratie begeistern kann, wie wir aktuell erleben mit der Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten und neuen Parteivorsitzenden Martin Schulz.«

Deshalb richtet Rolf Wernstedt das Wort an »seine« SPD-Fraktion, deren Arbeit er genau betrachtet: »Bleibt bei den Menschen, hört ihnen zu. Nehmt ihre Sorgen auf, lasst sie mit den Unsicherheiten unserer Zeit nicht allein.«

Von Frank Jungbluth

KURZBIOGRAFIE AXEL PLAUE

Geboren am 20. Oktober 1950 in Hannover.

1966 Bauzeichnerlehre, Grundwehrdienst von 1970 bis 1971, Studium an der Fachhochschule Hildesheim, Tätigkeit als Ingenieur in Hannover und Frankfurt/Main, bis 2012 Vorsitzender des AWO-Bezirksverbands Hannover.

1969 Eintritt in die SPD, 1978 bis 1992 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hannover-Misburg, 1991 bis 1995 stv. Vorsitzender der SPD Hannover-Stadt, 1986 bis 2008 Mitglied des Niedersächsischen Landtags. 1998/99 stv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, 1999 bis 2003 Fraktionsvorsitzender, 2009 und 2010 Mitglied der Bundesversammlung



Axel Plauze
Fraktionsvorsitzender
14.12.1999 – 4.2.2003

DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION 1999–2003. AXEL PLAUE

Nach dem grandiosen Wahlsieg der SPD bei der Landtagswahl am 1. März 1998 war den Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion, die auch personell gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgegangen war, völlig klar, dass in den Monaten bis zu Bundestagswahl im verstärkten Maße nicht nur Landespolitik auf der Tagesordnung stand. Wir wollten, dass Gerhard Schröder Kohl als Bundeskanzler ablöst und damit auch in der Bundesrepublik wieder sozialdemokratische Handschrift geschrieben wird. Die Fraktionsmitglieder haben sich mit heißem Herzen im sofort einsetzenden Bundestagswahlkampf engagiert. Als dann Gerhard Schröder zum

Bundeskanzler und Gerhard Glogowski zum Ministerpräsidenten gewählt wurden, begann für die SPD-Landtagsfraktion eine Phase der Neuorientierung.

Glogos Rücktritt nur ein Jahr später, die Wahl von Sigmar Gabriel zum Ministerpräsidenten – damit verbunden meine Wahl zum Fraktionsvorsitzenden – bedeutete auch für die Fraktion eine Zäsur. Sigmars umtriebige Art als Vorsitzender der Fraktion trug er in sein neues Amt hinüber. Die Fraktion stand vor der Aufgabe, dem jungen Ministerpräsidenten genügend Freiraum zu verschaffen, um sich als MP zu positionieren und ein bei den Menschen im Lande akzeptiertes und als positiv wahrgenommenes Profil zu verschaffen. Das stand nicht selten gegen den Wunsch einiger in der Fraktion, sich selbst gegenüber der Regierung zu profilieren. Dieser Spagat war nicht einfach, er tat auch gelegentlich richtig weh. Und dass manchmal Minister oder der Ministerpräsident etwas öffentlich sagten, was die Fraktionsmitglieder auf der Anfahrt zur Fraktionsitzung bereits im Rundfunk hörten, soll es auch schon früher und später gegeben haben. Politiker zu sein erfordert auch gelegentlich ein gesundes Selbstbewusstsein.

Die von Sigmar Gabriel durchgeführte Regierungsumbildung löste nicht nur bei den ehemaligen Ministern und der Ministerin persönliche Betroffenheit aus. Auch, dass die neuen Ministerinnen und der Minister nicht aus der Fraktion stammten, nahmen Fraktionsmitglieder, die sich zu

Recht oder zu Unrecht für ministrabel hielten, als Affront gegenüber der Fraktion wahr – natürlich nicht für sich selbst, sondern für andere. Man mag die daraus notwendig werdenden intensiven Gespräche des Fraktionsvorsitzenden lapidar für Tagesgeschäft der Führung halten.

Das Jahr 2000 war das der EXPO in Hannover. Die Fraktion engagierte sich stark dafür, dass sowohl die Landtagsausschüsse und auch die Fraktionsgremien die EXPO als Schaufenster für Niedersachsen und als Lernort für die Zukunft begriffen und nutzten. Jedenfalls kann die SPD-Landtagsfraktion für sich in Anspruch nehmen, diese Chancen offensiv ergriffen zu haben. Durch die Entscheidung, die EXPO nicht nur am Standort Hannover, sondern mit Projekten auch an anderen Regionen in Niedersachsen zu platzieren (z.B. EXPO am Meer) konnte die Weltausstellung niedersachsenweit wahrgenommen werden. Und dass die EXPO nicht nur der Region Hannover, sondern dem ganzen Land einen Schub für die Infrastruktur gegeben hat, ist heute unumstritten.

Die Fraktion hat sich zwar auch, aber nicht nur, auf die gute Arbeit der Landesregierung verlassen. Mit einer breit aufgestellten Stärke-Schwächen-Analyse ging die Fraktion daran, zu wesentlichen landespolitischen Fragen mit regionalen Fachleuten niedersachsenweit Problemlösungen zu erarbeiten, die sie sowohl in ihrer Tagesarbeit, als auch in ihre längerfristig angelegten landespoli-

tischen Konzepte einarbeiten konnte. Unter dem Begriff »Landes-TÜV« (noch nachträglich Entschuldigung, liebe DEKRA) wurden die Themen Schule, Umwelt, Wirtschaft, Ländlicher Raum und Innenpolitik/Innere Sicherheit angepackt, Ideen gesammelt und öffentlich diskutiert. Das Thema »Internationaler Terror«, das durch den Anschlag auf das WTC in New York zusätzliche Brisanz erhalten hatte, kam dazu. Die Situation der Familien war ein weiteres Politikfeld, das diskutiert wurde – gerade auch im Kontext zu den anderen Themen.

Mit einer Veranstaltungsreihe »Sozial und sicher leben in Niedersachsen« ging die Fraktion dann in Niedersachsens Regionen und diskutierte die gefundenen Ansätze, die dann in politische Initiativen umgesetzt wurden oder zumindest für die nächste Legislaturperiode angeschoben werden sollten.

Das Thema »Schule« hatte – wen wundert das eigentlich noch – eine besondere Brisanz. Wohl in keinem anderen Politikfeld gingen und gehen die Meinungen – nicht nur die der Fachleute – so weit auseinander. Es gibt deshalb nicht wenige gutgemeinten Ratschläge, das Projekt »Schulreform« bloß nicht vor der Wahl anzupacken. Vor welcher Wahl denn eigentlich? Oder besser eigentlich nicht? Oder wann ist es eigentlich vor der Wahl? Nicht nur die Fraktion, sondern auch die Partei und diverse Parteitage und zurück wieder die Fraktion hatten Tage – und

nächtelange Diskussionen dazu. Und dort nicht nur die sogenannten »Fachpolitiker«. Bis der MP seinen Laptop mit nach Hause nahm Das Ende der Geschichte ist genauso bekannt, wie es umstritten ist, ob »wir dadurch die Wahl verloren haben« (siehe unten).

Erwähnt werden sollte noch, dass schon erstens im Jahr 2000 Vorbereitungen für einen Architektenwettbewerb zur Neukonzeption des Plenarbereiches auf den Weg gebracht wurden, die zu einem Wettbewerb geführt haben, welcher immerhin 2002 mit einem preisgekrönten Entwurf endete. Allerdings wurde dieser von der neuen Mehrheit nach der Wahl in den Aktenkeller gelegt (O-Ton eines nicht ganz unbekanntenen CDU-Politikers damals: »leider nicht durchsetzbar«). Und zweitens hatte die Opposition – trotz weit verbreiteter Skepsis innerhalb und außerhalb des Parlamentes – auf eine Enquete-Kommission »Parlamentsreform« bestanden, die sogar bis zum Ende der Legislaturperiode Ergebnisse abgeliefert hatte (Stichwort: mehr Rechte für die Opposition). Die Oppositionsvertreter und die in der Kommission vertretenen Journalisten pochten auf eine schnelle Umsetzung. Als dann nach der Landtagswahl plötzlich die vormalige Opposition Regierungspartei wurde, verschwanden die Ergebnisse in der Ablage. Proteste sind aus Journalistenkreisen nicht bekannt.

Das Wahlergebnis im Jahre 2003 war für die SPD grotten-schlecht. Dass das Wahlergebnis fünf Jahre später noch viel



Der Arbeitskreis Wirtschaft auf einer Bereisung.

schlechter ausfiel, war zusätzlich deprimierend. Die leidenschaftlich geführte Diskussion, ob daran bundespolitische oder landespolitische Gründe maßgeblich waren, war und ist weitgehend sinnfrei, weil: beides trifft zu, und Politiker sind nicht nur für die eigene kleine Scholle verantwortlich.

Aber: nach Niederlagen muss man aufstehen, sich schüt-teln und weiterkämpfen. Das entspricht jedenfalls guter so-zialdemokratischen Tradition – und zwar mit Erfolg!

Den Erfolg wünscht den heute aktiven Fraktionsmit-gliedern

Axel Plaue

KURZBIOGRAFIE WOLFGANG JÜTTNER

Geboren am 21. März 1948 in Lüdersfeld.

1967 Abitur, 1967 bis 1970 Wehrdienst, 1970 bis 1976 Studium für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Hannover, 1976/77 Lehrer an der IGS Langenhagen, 1979 bis 1986 Dozent an der Heimvolkshochschule Springe.

1970 Eintritt in die SPD, 1971 bis 1979 verschiedene Funktionen bei den Jusos, 1986 bis 2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, 1987 bis 1991 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hannover, 1993 bis 2009 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover, 1998 bis 2003 Niedersächsischer Umweltminister, 2003 bis 2005 stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, 2003 bis 2005 SPD-Landesvorsitzender, 2005 bis 2010 Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, 2007/08 Spitzenkandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten.



Wolfgang Jüttner
Fraktionsvorsitzender
28.6.2005 – 14.6.2010

DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION 2005–2010. WOLFGANG JÜTTNER

Seit 1986 gehörte ich dem Landtag an, 1996 stellte sich die Frage des Fraktionsvorsitzes für mich zum ersten Mal: Die Sozialministerin schied kurzfristig aus dem Kabinett aus, der Fraktionsvorsitzende Wolf Weber wurde Minister, seine bisherige Funktion also vakant. Ich befand mich gerade privat mit einer Reisegruppe in China, und meine Bewerbung aus der Ferne löste in Hannover nicht nur Freude aus. Trotz vorzeitiger Rückkehr: bei meinem Eintreffen in der Heimat waren die Karten schon gut gemischt, an mir vorbei, ich konnte es verschmerzen.

2003 war die Situation ganz anders. Bei der Landtagswahl mussten wir damit rechnen, unsere absolute Mehrheit zu verlieren. Die Grünen standen als Koalitionspartner bereit, drängten aber darauf, das Umweltressort zu übernehmen, dass ich innehatte. Da in einer Koalition der Fraktionsvorsitz von extremer Bedeutung ist, bat mich der Ministerpräsident, gegebenenfalls nach der Wahl aus dem Kabinett auszuscheiden und die Fraktionsführung zu übernehmen. Dazu ist es bekanntermaßen nicht gekommen.

Die verlorene Wahl 2003 bedeutete eine schwere Zäsur für die niedersächsische SPD. Viele sichere Wahlkreis waren verlorengegangen, die Landesliste zog überproportional, der Anteil neuer Abgeordneter war entsprechend hoch. Die Neuen waren motiviert, andere Abgeordnete hatten ihre Probleme mit der neuen Rolle. Das Ausscheiden früherer Kabinettsmitglieder aus der Fraktion (Uwe Bartels wurde Oberbürgermeister in Vechta, Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann wechselten in den Bundestag) erleichterte sicherlich eine Konsolidierung der neuen Fraktion. Mit der Übergabe des Landesvorsitzes, den ich nach der verlorenen Wahl 2003 übernommen hatte, an Garrelt Duin und meiner Wahl zum Vorsitzenden der Fraktion im Juni 2005 waren auch praktisch die Weichen gestellt für die Landtagswahl 2008. Für mich folgten fünf Jahre, in denen ich die Landtagsfraktion führen durfte,

aber eigentlich waren es zweimal zweieinhalb Jahre: Die erste Hälfte als Spitzenkandidat, um die Regierungsverantwortung für die Sozialdemokratie zurückzugewinnen – leider erfolglos, nach der Wahl 2008 als Organisator für einen erfolgreichen Generationswechsel.

Was waren aus meiner Sicht die wichtigsten Projekte in diesen fünf Jahren Landespolitik?

Wie zu allen Zeiten stand auch von 2005 bis 2010 die Bildungspolitik irgendwie im Mittelpunkt jedweder Landtagssitzung. Neben der immer wiederkehrenden Strukturdebatte – für alle Nichtbildungspolitiker immer schwerer zu ertragen – ging es uns darum, mehr Kostenfreiheit im Bildungssektor durchzusetzen, vor allem im vorschulischen Bereich, und darüber hinaus die Einführung von Studiengebühren abzuwehren. Daneben: die Umsetzung des Bundesprogramms zum Ausbau der Ganztagschulen, die Rängeleien um die Zukunft der Gesamtschulen mit einem typischen Wulffschen Wahlkampfmanöver, die Ausgestaltung der eigenverantwortlichen Schule, die Lehramtsausbildung. Zum Ende meiner Amtszeit setzte dann die Debatte um die Inklusion mit aller Macht ein.

Niedersachsen ist und bleibt Volkswagen-Land, ein Eckpfeiler jeder Landespolitik und im Kern auch vergleichsweise unstrittig zwischen den Parlamentsfraktionen in den letzten Jahrzehnten. Der Versuch von Porsche, diesen Zustand durch eine feindliche Übernahme außer

Kraft zu setzen, mobilisierte die Landespolitik – neben üblichen taktischen Scharmützeln – zu einheitlichem Handeln, wie auch andere Unternehmensvorstöße zu Lasten von Arbeitsplätzen in Niedersachsen; ich erinnere an die Einstellung der Reifenproduktion bei Continental, die beabsichtigte Schließung von Produktionsstandorten bei Airbus, die Übersiedlung der gesamten Produktion ins Ausland bei Otis.

Richtig strittig dagegen war der Privatisierungswahn in der Landesregierung. Dieser machte nicht vor dem Verkehrsmittel Schiene Halt, wie die Veräußerung der OHE 2007 signalisierte. Und dramatischer noch: Der Verkauf der Landeskrankenhäuser verhinderte einen rechtskonformen Maßregelvollzug, was nicht von ungefähr vom Staatsgerichtshof auf unsere Klage hin wieder in Teilen korrigiert werden musste.

Aus heutiger Sicht ist kaum noch nachvollziehbar, mit welcher Härte um den Nichtraucherschutz gestritten wurde. Allen war klar, dass Handlungsbedarf bestand, aber die Mehrheitsfraktionen legten Wert auf eine Zustimmung des gesamten Parlaments. An dieser Stelle waren wir durchaus bereit, auch aufgrund der öffentlichen Stimmungslage, uns überstimmen zu lassen. Diese taktischen Finessen führten letztlich zu einem einvernehmlichen Beschluss im Jahr 2007, härter als in anderen Ländern, aus heutiger Sicht mit einem akzeptablen Ergebnis. Es war

schon sehr fahrlässig, in welchem Qualm wir früher oft gearbeitet und kulinarischen Genüssen nachgegangen sind. Erstaunlich, wie schnell die neue Rechtslage Akzeptanz fand und heute außerhalb jeder Kritik steht.

Die verlorene Bundestagswahl 2005, der Konflikt mit den Gewerkschaften und innerhalb der eigenen Partei wegen der Agenda 2010, der dramatische Mitgliederschwund – all dies waren Rahmenbedingungen, die unsere landespolitischen Spielräume deutlich schmälerten. Und uns stand eine Regierung gegenüber, die in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung als relativ unverbraucht daherkam, gleichwohl hinreichend Anlässe für scharfe Attacken bot: Dies schlug sich beispielsweise nieder in Entlassungsanträgen gegen die Kultusministerin Heister-Neumann und vor allem den Umweltminister Sander, der durch sein Gebaren keinen Fettnapf ausließ.

Die Fraktion nutzte natürlich das gesamte parlamentarische Besteck, wie die intensive Mitwirkung in allen Ausschüssen, Kleine Anfragen, Große Anfragen, alternative Haushaltsanträge bis hin zu Klagen beim Staatsgerichtshof, vieles davon unter dem Schirm der medialen Wahrnehmung. In der Öffentlichkeit wird unterschätzt, dass ein Großteil der Beschlüsse und Gesetze in Parlamenten einstimmig beschlossen werden. Unstrittiges gilt dann in der Regel bei den Medien als nicht berichtenswert, trotz oft weitreichender Konsequenzen für viele Betroffene.

Zum parlamentarischen Alltag gehört natürlich auch der Blick über den Tellerrand hinaus. Die internationale Finanzkrise wurde nach 2008 genauso regelmäßig in ihren Auswirkungen besprochen, wie die Entwicklung in Europa, wobei die landespolitischen Mitwirkungsmöglichkeiten bei Europa ja kontinuierlich zugenommen haben.

Die Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern haben sich in meiner fünfjährigen Amtszeit durch zwei Föderalismusreformen deutlich verändert. Die erste, im Februar 2006 verabredet, hatte zum Ziel, die Mitwirkungsrechte der Länder im Bundesrat einzuschränken und dies an anderer Stelle auszugleichen. Die Kompensation bestand im Mitwirkungsverbot des Bundes bei allen Fragen der Kultus- und Wissenschaftspolitik.

Was gut klang, hatte einen Haken. Es war dem Bund zukünftig verboten, in diesen zwei wichtigen Politikfeldern mitzuwirken bzw. mitzufinanzieren. Hatte noch 2003 ein Vier-Milliarden-Programm im Haushalt von Edelgard Bulmahn zu einer dramatischen Verbesserung im Bereich von Ganztagschulen geführt, war dies für die Zukunft verbaut. Ein schwerer Fehler, den wir damals scharf kritisierten, der zum Glück wenigstens teilweise bis heute korrigiert worden ist. Zum anderen ist das Verschuldungsverbot für alle Länderhaushalte problematisch, denn es erschwert in Zukunft, notwendige große Infrastrukturinvestitionen in eigener Verantwortung der



Wolfgang Jüttner (1. Reihe, links) im Plenum.

Länder zu organisieren, es sei denn, eine kreative Finanzpolitik findet angemessene Umgehungsstatbestände.

Worüber ließe sich noch berichten: den kontinuierlichen Kampf gegen den Rechtsextremismus, die Aufarbeitung der Einlagerung radioaktiven Materials in der Asse II, die Umsetzung der Beschlüsse zum Jade-Weser-Port, Lohndumping und illegale Beschäftigung in der Fleischindustrie, der Kampf um die Erdverkabelung bei der Verlegung von Stromtrassen, kurzum: zahlreiche landespolitische Themen, die auch jetzt auf der Agenda weit oben stehen.

Zum Ende meiner Amtszeit eskalierte die Debatte um den zukünftigen Tagungsort des Landesparlaments. Die Arbeitsbedingungen waren nicht länger verantwortbar, der Handlungsbedarf war unstrittig. Der Kern der Kontroverse war die Vereinbarkeit eines Neubaus mit den denkmalschutzrechtlichen Bestimmungen des Landes einerseits, die Chancen einer finanziell vertretbaren, den Anforderungen Rechnung tragenden Sanierung andererseits. Selten hat eine Auseinandersetzung im Landtag eine so intensive Begleitung in der hannoverschen Stadtgesellschaft erhalten. Wir sehen der Eröffnung des Hauses in wenigen Monaten mit großer Spannung entgegen.

Die letzten Monate meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender waren gefüllt mit der Personalie Christian Wulff als Vorteilsnehmer, Verdunkler und Versteckspieler. Die Weste des über Jahre hochgeschriebenen Helden des konservativen Deutschlands erhielt die ersten sichtbaren Flecken und war gleichzeitig der Auftakt einer Demonstagen, die ihn letztlich auch zu Recht das Präsidentenamt kostete. Seine Wahl ins höchste Staatsamt fiel einher mit Neuwahlen in der SPD-Fraktion, und am 1. Juli 2010 antwortete ein junger SPD-Fraktionsvorsitzender auf die Regierungserklärung eines neuen Ministerpräsidenten. Der Generationswechsel war vollzogen.

Von Wolfgang Jüttner

KURZBIOGRAFIE STEFAN SCHOSTOK

Geboren am 12. Mai 1964 in Hildesheim.

1985 Fachhochschulreife am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Hannover, 1986/87 Zivildienst, 1988 bis 1991 Studium der Sozialpädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Hannover, 1991 bis 1994 Mitarbeiter des Bildungswerks Niedersächsische Volkshochschulen, 1995/96 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 1996 bis 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, 1999 bis 2000 Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Niedersächsischen Umweltministerium.

1983 Eintritt in die SPD, 2000 bis 2009 leitender Geschäftsführer des SPD-Bezirks Hannover, 2008 bis 2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, seit 2009 Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover, 2010 bis 2013 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, seit Oktober 2013 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover.



Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender
14.6.2010 – 22.1.2013

DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION 2010–2013. STEFAN SCHOSTOK

Nach der Niederlage bei der Landtagswahl 2008 mit einem aus heutiger Sicht respektablen Ergebnis für die SPD folgte bei der Bundestagswahl 2009 eine in ihrer Schwere nicht erwartete Wahlniederlage mit einem historischen Tief der SPD. Mit Blick auf die 2011 bevorstehende Kommunalwahl und die 2013 anstehende Landtagswahl in Niedersachsen sollte auf den Generationswechsel und die Erneuerung der organisatorischen und personellen Schlagkraft der Partei und der Zuspitzung des Profils der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag gesetzt werden.

2010 war dann das Jahr, in dem frühzeitig die Weichen gestellt werden sollten, ohne die Frage der Spitzenkandidatur selbst zu früh zu thematisieren. Garrelt Duin als Landesvorsitzender und Wolfgang Jüttner als Fraktionsvorsitzender machten den Weg für eine neue interne Aufstellung und Verständigung der SPD, ihrer Bezirke und des Landesverbandes frei. Olaf Lies ging in den zehn landesweiten mitgliederoffenen und vielbesuchten Foren zwischen Aurich und Göttingen als Vorschlag für den neuen Landesvorsitzenden hervor. Auf dem Landespartei-tag wurde er einhellig bestätigt. In der Landtagsfraktion wurde ich am 14. Juni 2010 mit 91,5 Prozent zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Vierzehn Tage später löste die CDU ihren Ministerpräsidenten Christian Wulff durch David McAllister ab. Wulff wurde zum Bundespräsidenten gewählt. Einen Tag später erfolgte die Regierungserklärung McAllisters und meine erste Redeerwiderung als neuer Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer.

Die Regierungserklärung McAllisters blieb merkwürdig unambitioniert. Der Eindruck ging deutlich in Richtung Abnutzung und Konzeptionslosigkeit der Landesregierung, das hervorstechendste Projekt war die Vorbereitung von 300 Jahre royaler Union des Hauses Hannover und des britischen Königshauses 1714 und dazu dienender Treffen mit dem damaligen Regierungschef in

London. Der Wechsel vom Attackenredner zum Zukunftsgestalter des Landes als Regierungschef war nicht sehr gelungen.

Unser Angebot an Parlament und Bevölkerung war das einer konstruktiven Opposition, dies gerade in Zeiten des misslungenen Wiedereinstiegs in die Atomenergie, den damit ungelösten Themen der Energiewende und der Endlagerung und den Versäumnissen einer altbackenen Bildungspolitik gegen Gesamtschulen und der verschlafenen Initiativen für die Inklusion. Sehr konstruktiv machte sich die gesamte SPD-Fraktion mit neuem Vorsitzenden, neuem Vorstand, der parlamentarischen Geschäftsführerin Hanne Modder und dem Geschäftsführer Dr. Cornelius Schley an die kreative Arbeit an einem Zukunftsprogramm für Niedersachsen, um sich als Alternative für die Landtagswahl 2013 zu präsentieren.

Unerbittlich waren wir als Opposition in der Aufdeckung diverser Verstrickungen und Fehlleistungen der CDU/FDP-Landesregierung. Angefangen hat alles mit dem Fall der Landwirtschaftsministerin Grotelüschen und später der zögerlichen Aufklärung im Futtermittel-Dioxin-Skandal durch den Ministerpräsidenten. Am Ende musste ein neuer Landwirtschaftsminister Gert Lindemann den Neustart in der Landwirtschaftspolitik versuchen. Der brachte es dann zum Helden einer in der SPD-Fraktion vom damaligen Pressesprecher Olaf Rei-

chert produzierten politischen Satire und stets vergriffenen Groschenromans mit dem Titel »Saubermacher Dr. Lottemann – Der Mann, dem die Sauen vertrauen.« Darüber hinaus ein herrlich komischer Blick in das Innenleben des Kabinetts McAllister. Immer noch lesenswert.

Einen weiteren Erfolg hatten wir in der Finanzpolitik errungen, die Landesregierung war trotz gegenteiliger Bekundungen und vollmundigem Marketings als seriöser Konsolidierer nicht nur zum ewigen Landesmeister der Verschuldung geworden, in zehn Jahren um 20 Milliarden Euro von 40 auf 60 Milliarden Euro. Sie bedienten sich unserer Ansicht nach auch nicht gerade seriöser Finanzierungsmöglichkeiten durch unausgenutzte Kreditspielräume aus Vorjahren. Die jahrelange Praxis, allgemeine Rücklagen nicht als Kredite zu behandeln, widersprach der Verfassung. Die Landesregierung verlor vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof, hatte aber Glück, dass das Gericht eine Übergangsfrist einräumte, der Doppelhaushalt, gerade eine Woche vorher verabschiedet, war also dennoch gültig. Die Niederlage aber saß tief und das Image der Regierung als Sparmeister und Schuldenbremsen war schwer getroffen.

Anfang 2012 setzte sich die fehlende politische Kultur der CDU/FDP-Regierung mit der unzureichenden und falschen Beantwortung von Anfragen zum Nord-Süd-Dialog durch die damalige Landesregierung und den ehemaligen

Ministerpräsidenten Wulff fort. Wieder endete es mit einer krachenden Niederlage vor dem Niedersächsischen Verfassungsgerichtshof. Die Verfassungsrichter gaben der SPD recht, dass das Parlament im Januar 2012 unzureichend und unvollständig über die Rolle der Regierung Wulff bei der Organisation des »Nord-Süd-Dialogs« informiert wurde. Die wochenlangen Auseinandersetzungen im Landtag mit der (Nicht-) Beantwortung hunderter Fragen und immer tieferer Verstrickung sind unvergessen. Finanzminister Hartmut Möllring war von David McAllister als »offensiver Verteidiger« beauftragt worden, der immer wieder betonte, dass die Landesregierung nichts damit zu tun gehabt habe. Das Gegenteil war der Fall. Das Parlament war nicht wahrheitsgemäß informiert worden.

Wir haben als Fraktion unsere Oppositionsarbeit 2010 bis 2013 nicht allein auf die Aufklärung von Fehlleistungen ausgerichtet, sondern an vielen Punkten unser Profil als zukünftige Regierung aufgezeigt. In der Haushaltspolitik mit Renate Geuter als verantwortlicher Sprecherin an der Spitze hat die Fraktion sich nicht nur einfach beklagt. Wir haben frühzeitig die Alternative einer nachhaltigen Finanzpolitik für Niedersachsen beschrieben, die wegen der Schuldenbremse die Konsolidierung voranbringt und gleichzeitig die notwendigen Investitionen nicht vernachlässigt. In der Bildungs- und Schulpolitik mit Frauke Heiligenstadt haben wir nicht nur scharf gegen das G8-Abitur gekämpft, sondern

konstruktiv die Rechte von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen in der Inklusion vorangebracht und den Gesamtschulen eine gleichberechtigte Koexistenz neben den Gymnasien in Aussicht gestellt. In der Wirtschaftspolitik mit Olaf Lies und Gerd Will haben wir die Tatenlosigkeit bei der Krise und Insolvenz der Emdener Nordseewerke und den Stillstand am Jade-Weser-Port kritisiert, aber dennoch Alternativen in der regionalen Verkehrspolitik und der Standortpolitik für die Mobilitätswirtschaft aufgezeigt. Gemeinsam wurde mit der Wissenschaftssprecherin Dr. Gabriele Andretta eine Fachkräfteinitiative und mit dem sozialpolitischen Sprecher Uwe Schwarz ein Masterplan Soziale Gesundheitswirtschaft erarbeitet. In der Energiepolitik haben wir mit Detlef Tanke und Petra Emmerich-Kopatsch entgegen dem Zick-Zack-Kurs der Regierung bei der Energiewende in vielen öffentlichen Dialogveranstaltungen gezeigt, wie eine Energiewende in Niedersachsen mit Konzernen und Stadtwerken vorangebracht und regenerative Energie gefördert werden kann.

Unsere konstruktive und zukunftsgerichtete Oppositionsarbeit hat nicht nur zum Wahlsieg der SPD und des Spitzenkandidaten Stephan Weil beigetragen, sie half auch der Politik insgesamt zu einem besseren Ruf. Allein Lautstärke hilft eben nicht. Sagt das mal der Opposition.

Von Stefan Schostok

KURZBIOGRAFIE JOHANNE MODDER

Geboren am 12. Juli 1960 in Bunderhee.

1975 Qualifizierter Hauptschulabschluss an der Mittelpunktschule in Bunde, 1975 bis 1977 Mittlere Reife an der Berufsfachschule Wirtschaft in Leer, 1977 bis 1979 Ausbildung zur Verwaltungsangestellten bei der Samtgemeinde Bunde, 1979 bis 1985 Verwaltungsangestellte bei der Samtgemeinde Bunde.

1986 Eintritt in die SPD, seit 1986 kommunalpolitisch in der Samtgemeinde, später der Gemeinde Bunde aktiv, seit 2001 erste stv. Bürgermeisterin und SPD-Fraktionsvorsitzende im Rat der Gemeinde Bunde, seit 2001 Mitglied des Kreistags des Landkreises Leer, seit 2003 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, seit 2010 Vorsitzende des SPD-Bezirks Weser-Ems, seit 2010 stv. Landesvorsitzende der SPD Niedersachsen, 2010 bis 2013 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, seit 2013 Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.



Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende
seit 22.01.2013

REGIERUNGSPOLITIK GESTALTEN: JOHANNE MODDER

Die SPD-Landtagsfraktion kann bis heute auf 15 Vorsitzende blicken. Mit Johanne Modder steht dabei die erste Frau als Vorsitzende an ihrer Spitze. Auch wenn sich der Fraktionsvorsitz im Landtagswahlkampf 2012/2013 für sie abzeichnete: Im beruflichen und politischen Lebenslauf von Johanne Modder war dies keine Selbstverständlichkeit.

Johanne Modder ist verwurzelt in Ostfriesland. Hier wurde sie am 12. Juli 1960 in Bunderhee, einem kleinen Ortsteil der Gemeinde Bunde, geboren und verbrachte ihre Kindheit mit ihren Eltern und Geschwistern. Sie besuchte die Volksschule. Es folgte der Hauptschulabschluss und schließlich die »Mittlere Reife«. Es schlossen sich die Ausbildung zur

Verwaltungsangestellten bei der Samtgemeinde Bunde und eine berufliche Tätigkeit dort an. Eine Tätigkeit, die Johanne Modder 1985 beendete. Grund war die Pflegebedürftigkeit ihrer Mutter, die die Zeit von 1985 bis 1990 mit prägte. In diesen Jahren wurden auch die beiden Kinder geboren.

1986 erfolgte der Eintritt in die SPD. Seit der Kommunalwahl 1986 ist Johanne Modder in ihrer Heimat kommunalpolitisch aktiv. 2001 wurde sie Mitglied des Kreistages des Landkreises Leer. »Kommunalpolitik ist das Herz der Demokratie. Hier wird Politik direkt erlebt und gelebt – eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft und unser Gemeinwesen. Das war mein Beweggrund, in die Kommunalpolitik zu gehen: die Belange vor Ort, dort wo ich wohne, mitzugestalten«, betonte Johanne Modder in einem Interview 2015. Die kommunalen Mandate hat Johanne Modder trotz oder vielleicht aufgrund ihres Landtagsmandates und des Fraktionsvorsitzes weiter inne. »Die Gemeinde Bunde und der Landkreis Leer sind meine Heimat. Ich finde es wichtig, dort weiterhin an der Gestaltung der örtlichen Angelegenheiten mitzuarbeiten. Und außerdem hilft die Kommunalpolitik, Bodenhaftung zu behalten. Manche Probleme relativieren sich, wenn man in der Kommunalpolitik unterwegs ist. Dann zeigt sich, wo die wirklichen Sorgen liegen.«

2003 folgte der nächste politische Schritt, das Mandat im Niedersächsischen Landtag. Ein Zeitpunkt, der für die niedersächsische SPD schwierig war. Mit der Landtags-

wahl 2003 und einem Absturz bei diesen Wahlen endete für die niedersächsische SPD eine 13jährige Regierungszeit, von 1998 bis 2003 sogar mit einer absoluten Mehrheit. Die Fraktion musste auf die harten Bänke der Opposition. Viele Abgeordnete aus sozialdemokratischen Kernbereichen hatten den Wiedereinzug in den Landtag verpasst. Die Landtagsfraktion musste sich zu Beginn der Wahlperiode und in der Oppositionsrolle neu aufstellen.

Johanne Modder wurde Mitglied im Innenausschuss des Niedersächsischen Landtages, eine Schwerpunktsetzung, die aufgrund der kommunalpolitischen Erfahrungen naheliegender war. 2005 kam die Mitarbeit in der Enquetekommission »Demografischer Wandel – Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Niedersachsen« dazu. »Eine oftmals anstrengende und doch wichtige Arbeit«, so Johanne Modder im Rückblick. »Die Arbeit in der Kommission gab mir einen Einblick in die unterschiedliche Entwicklung unseres Bundeslandes, die unterschiedlichen Chancen und Herausforderungen.« Eine Erfahrung, die sich bei der Neugestaltung der Regionalpolitik nach der Landtagswahl 2013 als hilfreich erwies.

2010 kamen zentrale Funktionen in der Landes-SPD auf Johanne Modder zu. In diesem Jahr wurde sie Vorsitzende des SPD-Bezirks Weser-Ems und zur stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden gewählt. Auch in der SPD-Landtagsfraktion stand 2010 ein Generationenwechsel an. Wolfgang Jüttner als Fraktionsvorsitzender und



Johanne Modder im Ditzumer Hafen.

Heiner Bartling als Parlamentarischer Geschäftsführer verzichteten auf eine weitere Kandidatur. Neuer Fraktionsvorsitzender wurde Stefan Schostok, zur Parlamentarischen Geschäftsführerin wurde Johanne Modder gewählt.

Die Funktion der Parlamentarischen Geschäftsführung ist wenig öffentlichkeitswirksam, für das Funktionieren der Fraktions- und Landtagsarbeit aber enorm wichtig. Die Arbeit gestaltete Johanne Modder geräuschlos, aber effektiv und erfolgreich. Hinzu kam die Begleitung des Wahlkampfes und der Wahlkampforganisation.

Die Landtagswahl 2013 endete mit einem Erfolg: SPD und Bündnis90/Die Grünen waren in der Lage, im Nieder-

sächsischen Landtag eine Koalition zu bilden. Stephan Weil wurde zum Ministerpräsidenten gewählt. Die SPD-Landtagsfraktion wählte Johanne Modder zu ihrer Vorsitzenden.

So groß wie die Freude über den Regierungswechsel, so groß auch die Herausforderungen. Rot-Grün verfügt über eine Stimme mehr, eine dünne Mehrheit, die das Finden von Kompromissen und Austangieren von Positionen innerhalb der eigenen Fraktion, aber auch mit dem Koalitionspartner erforderlich macht.

Eine Ein-Stimmen-Mehrheit, ein 96seitiger Koalitionsvertrag, eine Vielzahl gemeinsamer und doch in den Detailfragen variierende Vorhaben, Haushaltsberatungen, gelegentlicher Krisenmodus und neue Herausforderungen, so eine Kurzfassung im Rückblick. »Wir arbeiten die Themen ab, Schritt für Schritt«, so Hanne Modder gegenüber der hannoverschen Allgemeinen Zeitung im Dezember 2014. Ein Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung, die Abschaffung der Studiengebühren, die 3. Kraft in Krippen, der Ausbau der Ganztagschulen und die Bewältigung der Flüchtlingskrise, Investitionen in die Krankenhausversorgung, diese Beispiele sprechen für den Erfolg.

Ein Thema, dass sie bereits 2014 hervorhob und sich bis heute durchzieht, war die Inklusion und die inklusive Gesellschaft. »(...) Wir diskutieren das Thema viel mehr, weil es dem sozialdemokratischen Gesellschafts- und Menschenbild entspricht. Ziel sozialdemokratischer Politik war und ist

gesellschaftliche Emanzipation und Partizipation mit dem Ziel, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen«, so die Hildesheimer Resolution zu dem Thema Bildung und Inklusion, die auf Initiative von Johanne Modder zustande kam und von ihr mitformuliert wurde. Eine Bereisung 2013/2014 zu Projekten und Umsetzungsbeispielen, Besuche in Schulen und Einrichtungen, der Schwerpunkt ist in der politischen Arbeit der Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder nach wie vor präsent. »Das ist eine Generationenaufgabe«, betont sie in diesem Zusammenhang. »Wir müssen dafür werben und die Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion schaffen.«

Die Wahlperiode neigt sich dem Ende zu. Einige Vorhaben stehen noch auf der Tagesordnung. Der Blick weist aber bereits in die nächste Wahlperiode. Johanne Modder ist als Leiterin des Programmbüros auch verantwortlich für die Erarbeitung des Regierungsprogramms der niedersächsischen SPD für die Landtagswahl 2018.

Der Blick zurück auf die bisherige Wahlperiode erfüllt sie mit Stolz. »Wir haben viel erreicht, Herausforderungen des Landes abgearbeitet und Akzente gesetzt«, unterstreicht Johanne Modder. »Die SPD-Landtagsfraktionen waren in jeder Zeit das Getriebe sozialdemokratischer Regierungspolitik. Die Fraktion führen zu dürfen, ist eine wichtige Aufgabe und für mich eine große Ehre.«

Von Sven Wieduwilt

DANK

Die Redaktion bedankt sich herzlich bei den vielen, die in der kurzen Zeit zur Fertigstellung dieser kleinen Festschrift beigetragen haben, neben den ehemaligen Abgeordneten und Fraktionsbeschäftigten besonders aber bei den Mitarbeitern des Archivs des Niedersächsischen Landtags. Nicht zuletzt ganz besonderen Dank für die große Geduld bei Anette Gilke und Rita Scholvin.

IMPRESSUM

Herausgeber	SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag Hannah-Arendt-Platz 1 30159 Hannover www.spd-fraktion-niedersachsen.de de-de.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
V.i.S.d.P.	Sebastian Böhrs
Redaktion	Clemens Wirries, Frank Jungbluth
Mitarbeit	Lara Beumer, Susanne Ceesay, Eva Güntzel, Andrea Kayka, Christiane Kelly
Fotonachweis	SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag: 2, 3, 5, 15, 31, 44 (Bruns), 49, 51, 56, 62, 65, 67, 68, 72, 76, 81, 85 Archiv des Niedersächsischen Landtags: Titelseite, 4, 8, 11, 19, 24, 29, 36, 39, 44, 65 Sammlung Wirries: 5 Pressestelle des Niedersächsische Landtags: Titelseite Privatarchiv Johann »Joke« Bruns: 46 Privatarchiv Axel Plaue: 74
Fotografen	Tom Figiel Titelseite, Hans Jürgen Fratzer Titelseite (links), Joachim Giesel 21, Dieter Hayssen 44, Frank Jungbluth 15, 67, Marc Theis 49, Heinz Wehrhahn 65
Hinweis	Die Verwertungsrechte der Fotografien konnten nicht in allen Fällen geklärt werden. Sollten Ansprüche vorliegen, bitten wir um Nachricht an die angegebene Anschrift im Impressum.
Layout und Satz	Anette Gilke
Druck	BWH GmbH, Hannover klimaneutral – ClimatePartner ID 53326-1702-1009

